PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) — Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier — Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 — Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 — Auflage: 50 000 — Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 — Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 — Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto. Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 — Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 3.6.1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

5. Juni 1975 Jg. 3 Nr. 22 50 Pfennig



Bundesrat lehnt Berufsbildungsgesetz ab

Den Kampf für eine einheitliche Ausbildung weiterführen!

Der Bundesrat hat mit den Stimmen der von CDU und CSU regierten Ländern den Entwurf der Bundesregierung zur Reform der beruflichen Bildung abgelehnt.

Es schmeckt der CDU/CSU nicht, daß der Entwurf die Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten und eine Berufsbildungsabgabe der Unternehmer in bestimmten Fällen vorsieht.

Mehr hat die CDU/CSU gegen diesen Entwurf nicht vorgebracht, da er ansonsten ihren Vorstellungen entspricht. Denn bezüglich der entscheidenden Frage, wer über die Ausbildung der Arbeiterjugend bestimmen soll, rührt der Regierungsentwurf an den bestehenden Verhältnissen nicht: Ausdrücklich legt er die Berufsausbildung als Privatangelegenheit der Kapitalisten und ihrer Kammern fest.

Somit stehen die Vorstellungen aller bürgerlichen Parteien bezüglich der Reform der beruflichen Bildung den Forderungen gegenüber, die die Arbeiterjugend in vielen Demonstrationen aufgestellt hat. Daß die bürgerlichen Parteien sich solches leisten können, hat seinen Grund auch darin, daß in der Arbeiterjugend noch keine Einheit über die zu stellenden Forderungen besteht, und auch nicht darüber, daß nur die Interessen der Arbeiterklasse Richtschnur für eine Umgestaltung der beruflichen Bildung sein können.

Auch die Forderungen der DGB-Führung, der SPD-Gewerkschafter und der DKP gehen nicht von den Interessen der Arbeiterjugend aus, sondern sind halbherzig darauf bedacht, nur solche Verbesserungen zu fordern, die an den bestehenden Ausbeuterverhältnissen und ihrer Sicherung durch den bürgerlichen Staat nicht rühren.

So fordert der DGB die *"Ablösung der Zuständigkeit der Kammern im Bereich der Berufsbildung"*, was richtig wäre, läuft es darauf hinaus, die Berufsausbildung den Kapitalisten zu entreißen. Aber statt die Berufsausbildung zu einer Angelegenheit der Arbeiterklasse und ihrer Jugend zu machen, will er die *"Mitbestimmung*

Fortsetzung: Seite 2

Komitees gegen den Paragraphen 218 beschliessen Unterschriftensammlung und Demonstration

Weg mit dem §218! Volksentscheid gegen den §218!

Am letzten Wochenende trafen sich in Ludwigshafen 174 Vertreter von Komitees aus 78 Städten und Initiativen gegen den § 218, um die Fortsetzung des Kampfes nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu beraten. Mit großer Mehrheit beschlossen die anwesenden Vertreter eine Resolution über das weitere Vorgehen und einen Aufruf. Bereits auf dem Treffen wurden die Resolution und der Aufruf von 48 Komitees als verbindliche Grundlage anerkannt. In anderen Komitees muß über die Resolution und den Aufruf noch beraten werden. Der beschlossene Aufruf lautet:

Aufruf der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Der Paragraf 218 stellt Frauen, die, durch die Verhältnisse gezwungen, eine Abtreibung vornehmen lassen, und alle, die ihnen dabei helfen, unter Strafandrohung. Jährlich treibt er Hunderttausende von Menschen in die Illegalität und liefert Zehntausende von Frauen Kurpfuschern und Halsabschneidern aus. Der Paragraf 218 richtet sich gegen die Angehörigen der besitzlosen und unterdrückten Klassen, d.h. gegen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Sie werden durch die Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen. Die Frauen aus diesen Klassen werden durch den Paragrafen 218 in die Hände von Kurpfuschern und Halsabschneidern getrieben. Sie sind durch diesen Paragrafen unerträglichen Schikanen und Gefahren ausgesetzt.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat den Paragrafen 218 in den Rang eines Ewigkeitswertes erhoben. Nachdem die Mehrheit des Bundestags versucht hatte, die Bewegung gegen den § 218 mit der Fristenlösung aufzufangen und ihr die Spitze zu brechen, hat das Bundesverfassungsgericht der Abschaffung des Paragrafen 218 grundsätzlich einen Riegel vorgeschoben. Das kann und darf das Volk nicht hinnehmen.

Seit seinem Bestehen ist der Paragraf 218 den Volksmassen verhaßt. In den letzten Jahren ist die Ablehnung dieses Paragrafen immer größer geworden. Eine breite Meinung hat sich gebildet für die Forderung: Dieser Paragraf muß weg! Diese Forderung ist vollkommen gerecht und entspricht den Interessen des Volkes. Daran kann keine Bundestagsentscheidung, kein Kirchenspruch und kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes etwas ändern.

Der Paragraf 218 ist kein Ewigkeitswert. Er ist von Menschen gemacht, und er muß durch Menschen beseitigt werden. Gemacht hat ihn die herrschende Klasse, gemacht haben ihn die Reichen und ihre politischen und kirchlichen Handlanger. Beseitigt werden muß er durch die Besitzlosen und Unterdrückten, durch das Volk und den Kampf der Arbeiterklasse. Er kann beseitigt werden, wenn das Volk seine Interessen in die eigene Hand nimmt.

Ihre Interessen in die eigene Hand nehmen und sie gegenüber der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat durchsetzen, das ist jetzt die Aufgabe der breiten Volksmassen.

Schließen wir uns deshalb unter folgenden Forderungen zusammen:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Unterstützt die Unterschriftensammlung der Komitees gegen den § 218! Bringt die Mehrheiten gegen den § 218 in den Gewerkschaften und Betrieben, in den Stadtteilen, den Schulen und Universitäten zum Ausdruck. Beteiligt Euch an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn!

Der Aufruf wurde bisher von Komitees und Initiativen in folgenden Städten unterzeichnet:

Aachen, Bensheim, Berlin, Braunschweig, Bremen, Celle, Darmstadt, Delmenhorst, Dortmund, Eschwege, Essen, Freiburg, Gießen, Göttingen, Gummersbach, Hamburg, Hamm, Heidelberg, Heilbronn, Hockenheim, Kaiserslautern, Kassel, Köln (Fachhochschule), Ludwigshafen, Lübeck, Lüneburg, Mannheim, Mönchengladbach, München, Neuss, Northeim, Offenburg, Oldenburg, Osnabrück, Paderborn, Ravensburg, Rüsselsheim, Schwetzingen, Sinsheim, Stuttgart, Verden, Walsrode, Wesel, Wiesbaden, Wiesloch, Wilhelmshaven, Wolfsburg, Worms.

Bundesrat lehnt Berufsbildungsgesetz ab

Den Kampf für eine einheitliche Ausbildung weiterführen!

Der Bundesrat hat mit den Stimmen der von CDU und CSU regierten Ländern den Entwurf der Bundesregierung zur Reform der beruflichen Bildung abgelehnt.

Es schmeckt der CDU/CSU nicht, daß der Entwurf die Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten und eine Berufsbildungsabgabe der Unternehmer in bestimmten Fällen vorsieht.

Mehr hat die CDU/CSU gegen diesen Entwurf nicht vorgebracht, da er ansonsten ihren Vorstellungen entspricht. Denn bezüglich der entscheidenden Frage, wer über die Ausbildung der Arbeiterjugend bestimmen soll, rührt der Regierungsentwurf an den bestehenden Verhältnissen nicht: Ausdrücklich legt er die Berufsausbildung als Privatangelegenheit der Kapitalisten und ihrer Kammern fest.

Somit stehen die Vorstellungen aller bürgerlichen Parteien bezüglich der Reform der beruflichen Bildung den Forderungen gegenüber, die die Arbeiterjugend in vielen Demonstrationen aufgestellt hat. Daß die bürgerlichen Parteien sich solches leisten können, hat seinen Grund auch darin, daß in der Arbeiterjugend noch keine Einheit über die zu stellenden Forderungen besteht, und auch nicht darüber, daß nur die Interessen der Arbeiterklasse Richtschnur für eine Umgestaltung der beruflichen Bildung sein können.

Auch die Forderungen der DGB-Führung, der SPD-Gewerkschafter und der DKP gehen nicht von den Interessen der Arbeiterjugend aus, sondern sind halbherzig darauf bedacht, nur solche Verbesserungen zu fordern, die an den bestehenden Ausbeuterverhältnissen und ihrer Sicherung durch den bürgerlichen Staat nicht rühren.

So fordert der DGB die "Ablösung der Zuständigkeit der Kammern im Bereich der Berufsbildung", was richtig wäre, läuft es darauf hinaus, die Berufsausbildung den Kapitalisten zu entreißen. Aber statt die Berufsausbildung zu einer Angelegenheit der Arbeiterklasse und ihrer Jugend zu machen, will er die "Mitbestimmung

Fortsetzung: Seite 2

Aufruf der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Der Paragraf 218 stellt Frauen, die, durch die Verhältnisse gezwungen, eine Abtreibung vornehmen lassen, und alle, die ihnen dabei helfen, unter Strafandrohung. Jährlich treibt er Hunderttausende von Menschen in die Illegalität und liefert Zehntausende von Frauen Kurpfuschern und Halsabschneidern aus. Der Paragraf 218 richtet sich gegen die Angehörigen der besitzlosen und unterdrückten Klassen, d.h. gegen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Sie werden durch die Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen. Die Frauen aus diesen Klassen werden durch den Paragrafen 218 in die Hände von Kurpfuschern und Halsabschneidern getrieben. Sie sind durch diesen Paragrafen unerträglichen Schikanen und Gefahren ausgesetzt.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat den Paragrafen 218 in den Rang eines Ewigkeitswertes erhoben. Nachdem die Mehrheit des Bundestags versucht hatte, die Bewegung gegen den § 218 mit der Fristenlösung aufzufangen und ihr die Spitze zu brechen, hat das Bundesverfassungsgericht der Abschaffung des Paragrafen 218 grundsätzlich einen Riegel vorgeschoben. Das kann und darf das Volk nicht hinnehmen.

Seit seinem Bestehen ist der Paragraf 218 den Volksmassen verhaßt. In den letzten Jahren ist die Ablehnung dieses Paragrafen immer größer geworden. Eine breite Meinung hat sich gebildet für die Forderung: Dieser Paragraf muß weg! Diese Forderung ist vollkommen gerecht und entspricht den Interessen des Volkes. Daran kann keine Bundestagsentscheidung, kein Kirchenspruch und kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes etwas ändern.

Der Paragraf 218 ist kein Ewigkeitswert. Er ist von Menschen gemacht, und er muß durch Menschen beseitigt werden. Gemacht

nimmt.

Ihre Interessen in die eigene Hand nehmen und sie gegenüber der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat durchsetzen, das ist jetzt die Aufgabe der breiten Volksmassen.

Schließen wir uns deshalb unter folgenden Forderungen zusammen:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Unterstützt die Unterschriftensammlung der Komitees gegen den § 218! Bringt die Mehrheiten gegen den § 218 in den Gewerkschaften und Betrieben, in den Stadtteilen, den Schulen und Universitäten zum Ausdruck. Beteiligt Euch an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn!

Der Aufruf wurde bisher von Komitees und Initiativen in folgenden Städten unterzeichnet:

Aachen, Bensheim, Berlin, Braunschweig, Bremen, Celle, Darmstadt, Delmenhorst, Dortmund, Eschwege, Essen, Freiburg, Gießen, Göttingen, Gummersbach, Hamburg, Hamm, Heidelberg, Heilbronn, Hockenheim, Kaiserslautern, Kassel, Köln (Fachhochschule), Ludwigshafen, Lübeck, Lüneburg, Mannheim, Mönchengladbach, München, Neuss, Northeim, Offenburg, Oldenburg, Osnabrück, Paderborn, Ravensburg, Rüsselsheim, Schwetzingen, Sinsheim, Stuttgart, Verden, Walsrode, Wesel, Wiesbaden, Wiesloch, Wilhelmshaven, Wolfsburg, Worms.

Die Lage im Sozialversicherungswesen Seite 7

Antwort auf die DKP: Ist die Sowjetunion ein sozialistisches Land? Seite 8

Interview mit portugiesischen Soldaten Seite 13

Zimbabwe: Das Volk gegen Manöver des Smith-Regimes Seite 14

Genosse Ndabaningi Sithole, Präsident der ZANU, besucht die BRD vom 11. bis zum 14. Juni. Solidaritätsveranstaltungen mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe (Rhodesien)

- **11.6. in Heidelberg, Stadthalle, 20 Uhr**
- **12.6. in München, Pschorr-Keller, Theresienhöhe, 19.30 Uhr**
- **13.6. in Westberlin, Neue Welt, Hasenheide, 19 Uhr**
- **14.6. in Köln, genaue Angaben folgen.**

EG-Volksentscheid in Grossbritannien

Bleibt Großbritannien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft oder nicht? Über diese Frage wird in der ersten Volksabstimmung in der Geschichte des Landes am Donnerstag, den 5. Juni, entschieden.

Alle kapitalistischen Länder befinden sich in einer schweren Wirtschaftskrise. In Großbritannien zeigt sich diese Krise an einer hohen jährlichen Inflationsrate. Der augenblickliche Durchschnittswert liegt über 25 Prozent. Weiter ist die Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber anderen Ländern stark negativ, so daß das britische Pfund, die Währung des Landes, schon mehrfach abgewertet werden mußte in der letzten Zeit. Die Konkurse und Zusammenbrüche von Kapitalgesellschaften haben ein seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekanntes Ausmaß angenommen, so daß der derzeitige Premierminister Wilson erklären mußte, Großbritannien befinde sich in der schwersten Krise seit 30 Jahren. Auf die Arbeiterklasse und das ganze Volk wirkt sich diese Lage durch steigende Arbeitslosigkeit und wachsendes soziales Elend aus.

Breite Debatte über die Zukunft des Landes

Angesichts dieser krisenhaften Lage ist es nur natürlich, daß die Abstimmung über das Verbleiben in der EG zu einer breiten Debatte über die Zukunft des Landes geführt hat. Diese Debatte wird auch nicht mit der Abstimmung beendet sein. Das wird bereits damit ausgedrückt, daß die Abstimmung überhaupt noch durchgeführt wird. Denn der Beitritt zur EG wurde vor zwei Jahren unter der konservativen Regierung Heath vollzogen. Inzwischen ist die Labour Party an der Regierung, die die letzten Unterhaus-Wahlen gewonnen hat mit dem Versprechen, den Beitritt neu zu verhandeln, um günstigere Bedingungen herauszuschinden. Besonders ging es um eine Übergangszeit, während der britische landwirtschaftliche Produkte vor der Konkurrenz aus den übrigen EG-Ländern geschützt bleiben sollen, und um höhere Subventionen für einzelne Wirtschaftszweige in Großbritannien, ebenfalls um sie vor der scharfen Konkurrenz besonders der westdeutschen Konzerne zu schützen. Diese Verhandlungen haben Anfang dieses Jahres in Dublin stattgefunden. Die britische Regierung hat gewisse Erfolge gehabt, so daß eigentlich die Volksabstimmung hätte abgesagt werden können. Das aber war nun der Regierung Wilson nicht mehr möglich, nachdem alle Teile des Volkes sich an der Debatte beteiligten und stärker denn je sich über den Weg des Landes in der Zukunft Gedanken machen.

Auf folgender Grundlage wird die Debatte geführt: *Ist der gegenwärtigen britischen kapitalistischen Wirtschaft am besten in den Grenzen der EG gedient oder durch die Entwicklung des Handels mit anderen Teilen der Welt, insbesondere den Resten des britischen "Empire". Ein weiterer zentraler Punkt ist die Frage der britischen Souveränität und die Einschränkung der Autorität des Parlaments durch die EG-Verträge (Slogan: "Sollen wir uns von Bürokraten in Brüssel regieren lassen, die wir nicht einmal gewählt haben? "). Dies sind die beiden Hauptstandpunkte der Kampagne der "linken" Labour-Leute und der Kommunistischen Partei.* (Aus einer Korrespondenz aus Großbritannien)

Gegen den linken Flügel der Labour Party, die Gewerkschaften und die revisionistische Kommunistische Partei Großbritanniens stehen die Pro-Markt-Leute, das ist die Mehrheit der Regierung, die Mehrheit der Parlamentsfraktion der Labour Party sowie die Konservative und die Liberale Partei. Und natürlich ist der britische Kapitalistenverband CBI für das Verbleiben in der EG.

Die Antworten der Markt-Gegner:

1. Großbritannien kann seine Weltmachtstellung nicht zurückgewinnen

Die Rückkehr in das britische Commonwealth, in die alte Weltmachtstellung, die Großbritannien als Beherrscher eines riesigen Kolonialreiches und vieler Völker hatte, ist längst vorbei. Großbritannien hatte dieses Imperium auf die Unterdrückung und Ausbeutung der Völker gegründet. Und nach der politischen Unabhängigkeit vieler dieser Kolonien hat es die Völker weiter in seiner Abhängigkeit gehalten durch ungleiche Verträge im sogenannten Commonwealth. Seitdem haben sich aber die Völker zusammengeschlossen und mit immer größerem Erfolg auch gegen diese Form des Kolonialismus den Kampf geführt. Sie haben sich zusammengeschlossen und sprechen gegenüber den imperialistischen Ländern mit einer immer mächtiger werdenden Stimme. Das zeigen die Verhandlungen um die Frage der Rohstoffe, die zwischen Repräsentanten der Länder der Dritten Welt und den imperialistischen Ländern geführt werden, ebenso wie das Handelsabkommen, das kürzlich zwischen der EG und 46 Ländern der Dritten Welt abgeschlossen wurde und in dem die EG den Ländern der Dritten Welt günstige Bedingungen zusichern mußte. 22 der 46 Länder sind frühere Commonwealth-Länder.

2. Keine Wiederbelebung der "Kleinen Freihandelszone" (EFTA)

Auf der anderen Seite kann Großbritannien aber auch nicht zurück in die sogenannte Kleine Freihandelszone (EFTA). Einmal geht das nicht, weil die früheren Mitgliedsstaaten entweder inzwischen selber der EG angehören oder ihr assoziiert sind oder sich nicht erneut auf eine besondere Verbindung mit Großbritannien einlassen wollen, die nur zu einer erneuten Bevormundung durch das britische Kapital führen würde.

Fortsetzung: Seite 2

Forts. Kampf für Ausbildung

... auf allen Ebenen und in allen Bereichen der beruflichen Bildung".

Das ist nicht nur halbherzig, sondern geht auf Kosten der Arbeiterjugend, die damit vom Kampf um eine Berufsausbildung, in der die Kapitalisten nichts zu sagen haben, abgehalten wird.

Weiter fordert der DGB "*das Recht auf qualifizierte Ausbildung*", was aber heißen muß, eine Ausbildung zu fordern, die die Arbeiterjugend befähigt, die Produktion zu beherrschen. Das kann freilich nicht fordern, wer die kapitalistische Ausbeuterordnung erhalten will, denn die Arbeiter müssen zur Beherrschung der Produktion auch über die Produktionsmittel verfügen.

Richtig und doch zu wenig ist auch die Forderung nach der "*Einführung des 10. Pflichtschuljahres*", worin zugestanden wird, daß das bestehende Volksbildungswesen miserabel und das Recht auf Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr hierzulande ein Pappenstiel ist.

Soll aber dieses Recht, das die Arbeiterjugend braucht, etwas wert sein, so kann man sich nicht mit dem 10. Schuljahr begnügen, sondern muß die Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr fordern, muß der Spaltung der Jugend durch das bestehende Schulwesen entgegentreten.

Auch bezüglich der Finanzierung der Berufsbildung kann der DGB von Halbherzigkeiten nicht lassen, wenn er "*eine Berufsbildungsabgabe aller Betriebe und Verwaltungen fordert*". Man sieht an dieser Forderung, daß er der Trennung des Ausbildungswesens in Berufsbildungs- und Volksbildungswesen nicht entgegentreten will, daß er nicht die Einheitsschule, in der die praktischen Kenntnisse zur Beherrschung der Produktion vermittelt werden, sondern die Berufsausbildung als besonderen Zweig der Ausbildung beibehalten will.

Die DGB-Führung trägt ihre Mitbestimmung aber nicht nur den Kapitalisten, sondern auch dem bürgerlichen Staat an. Nicht nur die Kapitalisten und die Gewerkschaften, sondern auch der Staat soll ein gewichtiges Wort bei der Regelung der Berufsausbildung mitsprechen. Aber sowenig die Arbeiterklasse ein Interesse daran haben kann, daß die Kapitalisten über die Ausbildung der Arbeiterjugend bestimmen, sowenig kann sie ein Interesse daran haben, daß der bürgerliche Staat darüber bestimmt. Nicht ein Staatsschulwesen muß die Arbeiterklasse fordern, sondern ein Gesetz, das die Einheitsschule garantiert, die als Angelegenheit der Arbeiterklasse und des Volkes von diesen kontrolliert und verwaltet wird.

Die Forderungen der DGB-Führung wollen so in der Arbeiterjugend Vertrauen für den bürgerlichen Staat erwecken, statt Vertrauen in die Interessen der Arbeiterklasse und ihre eigene Kraft.

Unter falschen Forderungen aber kann die Arbeiterjugend nicht die Kraft entwickeln, die sie braucht, um eine Ausbildung in ihrem Interesse zu erkämpfen und um zu verhindern, daß ihre Interessen von den bürgerlichen Parteien und ihrem Parlament abgeschmiert werden. —e.r.—



350 ausländische Kollegen demonstrierten am 31.5. in Braunschweig für gleiche Rechte. Der DGB mußte inzwischen seine Unterstützung der Kindergelddiskriminierung aufgeben. Der DGB-Kongreß beschloß, gleiches Kindergeld für die ausländischen Kollegen zu fordern.

Teurer und weniger

Für die "Neuordnung" des öffentlichen Personennahverkehrs hat jetzt das Bundeskabinett dem Bundesverkehrsminister Gscheidle freie Fahrt gegeben. Von den 36 Milliarden an Bundeszuschüssen für die nächsten zehn Jahre hat der Minister in seinem Plan gleich 6 Milliarden gestrichen.

Nach seinem rabiaten Sparprogramm wird von dem ständig verkündeten Ausbau des Nahverkehrswesens nichts mehr übrig bleiben als der weitere Ausbau der Tarife und der Abbau der Strecken und Leistungen.

Im "Bundesverkehrswegeplan" von 1973 hatte die Regierung noch von dem "Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht in allen Teilbereichen der Bundesrepublik" geredet.

Getan wurde ganz anderes. Schon bis zum Ende des Jahres 1974 wurden bei der Bahn 4 053 Kilometer sogenannte "unrentierliche Strecken" stillgelegt.

Jetzt ist nur noch die Rede von "Wirtschaftlichkeit" und Verkleinerung der Defizite. Die in Bau gegangenen Projekte sollen noch fertig gemacht werden. Dann soll nur noch dahin investiert werden, wo "das Wirtschaftsergebnis nicht weiter verschlechtert" wird. Gscheidle hat, so der "Spiegel" vom 5. Mai, "nicht den Eindruck, daß die Öffentlichkeit" für sein Sparprogramm "schon ausreichendes Verständnis hätte".

Wer sollte dafür auch Verständnis haben? In den Ballungszentren ist der Personennahverkehr in den Stoßzeiten längst vollständig unerträglich; die Arbeiter und Angestellten, die Rentner, alle, die auf die Nahverkehrsmittel angewiesen sind, müssen in überfüllten Waggons zusammenquetschen; oft bis zu zwei Stunden täglich zwischen Wohn- und Arbeitsplatz, zu den Einkaufszentren, zum Arzt.

In den wirtschaftlich schwach entwickelten Regionen und auf dem Land haben sich die Verkehrsverhältnisse ständig verschlechtert. Viele Orte sind am Wochenende oder am späten Abend ohne Auto überhaupt nicht mehr erreichbar; das gesellschaftliche Leben verödet dort ständig mehr.

Die jetzt beschlossene Kürzung der Bundeszuschüsse, von denen die Nahverkehrsunternehmen weitgehend abhängig sind, wird diese Entwicklung vorantreiben. Die Zusammenballung in den Industriezentren und die Abwanderung aus den unterentwickelten Regionen wird sich beschleunigen.

In den Ballungszentren werden die Kommunalpolitiker versuchen, durch neue Tariferhöhungen und drastische Rationalisierungen trotz Kürzung der Bundeszuschüsse zurandezukommen. Frankfurt z.B. wird allein rund eine Milliarde weniger an Zuschüssen erhalten.

Vom Sparprogramm ausgenommen wird allein der auf die Bedürfnisse der Kapitalisten und ihres Anhangs zugeschnittene schnelle Fernverkehr. Für den Ausbau des Intercity-Systems, in dem vor allem Manager und Politiker von Konferenz zu Konferenz eilen, war man nicht kleinlich; weitere Schnellbahnen sind geplant.

Schwetzinger Bauern, die sich gegen den Bau einer Schnellbahntrasse zwischen Mannheim und Stuttgart bisher erfolgreich gewehrt haben, tauften die Schnellbahn treffend "Bonzenschleuder", für das Volk so "überflüssig" wie "dem Papscht sei Eier".

Am öffentlichen Personennahverkehr interessiert die Kapitalisten nur, daß die Zufuhr der Arbeitskräfte zu den Fabriken und Büros und der Käufer zu den Märkten überhaupt funktioniert, unter welchen Umständen, ist ihnen gleichgültig. Anspruch auf Bequemlichkeit wird nicht eingeräumt. Wer abends aus den Schlafsilos in den Vorstädten raus will, kann sehen, wie er zurückkommt.

Die Regierung begründet ihr Sparprogramm mit den Defiziten bei der Bundesbahn und den meist staatlichen Nahverkehrsunternehmen.

Was es mit dem Defizit auf sich hat, kann man daran sehen, daß bei der Bundesbahn jede Tonne Stückgut mit 200 DM subventioniert wird. Hauptsächlich kommt das Defizit also davon, daß der Staat den Kapitalisten Billigsttarife für ihren Güterverkehr einräumt. Damit das so bleiben kann, wird das Volk noch mehr zur Kasse gebeten und die Leistungen für den öffentlichen Personenverkehr beschnitten. h.v.

Südvietnam: Lebensmittel billiger

In Südvietnam wurden nach der Befreiung landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fisch billiger. Das hat seinen Grund darin, daß die Bauern ohne Furcht vor Überfällen und Bombardierungen arbeiten können, und in der Tatsache, daß die Bauern jetzt nicht mehr die zehn Prozent aufschlagen, die sie früher als Bestechungsgeld für die Polizisten des Marionettenregimes einkalkuliert hatten. Teurer geworden sind Luxusgüter, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen. (Süddeutsche Zeitung vom 3. Juni)

Verfassungsgebende Versammlung in Portugal einberufen

In Lissabon ist am 2. Juni die Verfassungsgebende Versammlung Portugals zusammengetreten, die aus den Wahlen am 25. April 1975 hervorgegangen ist. Die 258 Abgeordneten sollen eine Übergangsverfassung ausarbeiten, die für eine Zeit von fünf Jahren gelten soll. Die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung soll in 90 Tagen abgeschlossen sein. Die neue Verfassung muß vom Revolutionsrat der MFA gebilligt sein, bevor sie in Kraft treten kann. Zum Präsidenten der Versammlung ist von der Sozialistischen Partei, die mit 119 Abgeordneten die stärkste Fraktion stellt, Henriques de Barros gewählt worden.

Portugal: Nationalsekretariat zur Schaffung von Arbeiterräten fordert Bewaffnung von Volksmilizen

Das von der MFA geschaffene "Nationalsekretariat zur Schaffung revolutionärer Arbeiterräte" hat nach Zeitungsberichten in Lissabon die Bewaffnung von Volksmilizen gefordert. In der Erklärung des Nationalsekretariats heißt es, die Waffen sollten im gegebenen Augenblick durch die zu schaffenden revolutionären Arbeiterräte an das Volk verteilt werden. (Süddeutsche Zeitung vom 30. Mai)

Kriminalstatistik: Der Kapitalismus erzeugt das Verbrechen

Die Kriminalität ist am stärksten innerhalb der herrschenden Kapitalistenklasse gestiegen. Um 8,6 Prozent lagen die wirtschaftskriminellen Verbrechen 1974 über denen des Vorjahres. Gleichzeitig läßt die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit Arbeitslosigkeit, Teuerung und wachsendem materiellem Elend die Anzahl der Diebstähle anwachsen. Sie lagen 1974 um 7,1 Prozent höher als 1973. Leicht zurückgegangen ist die Zahl der Fälle von Mord und Totschlag.

Forts. EG-Volksentscheid

Die Zeit der Sonderbeziehungen mit den USA ist vorüber

Schließlich wird von den Beitrittsgegnern behauptet, die Sonderbeziehungen zu den USA machten die Mitgliedschaft in der EG überflüssig. Sie wollen diese Beziehungen noch enger gestalten. Aber die Zeit dieser Sonderbeziehungen ist längst vorüber. Während sich in den sechziger Jahren Frankreich gegen den Beitritt Großbritanniens zur EG gerade wegen der engen Verflechtung des britischen und amerikanischen Kapitals aussprach, um ein Beherrschen Europas durch das US-Kapital zu verhindern, ist Frankreich jetzt für den Beitritt. Der Grund ist, daß die EG-Länder längst die USA aus ihrer führenden Stellung in und gegenüber Großbritannien verdrängt haben. Die Beziehungen zwischen Großbritannien und den europäischen Ländern sind sehr viel enger geworden als sie zwischen Großbritannien und den USA waren. So beträgt das Handelsvolumen zwischen Großbritannien und den EG-Ländern heute 35 Prozent statt 22 Prozent im Jahr 1961.

Die Sowjetrevisionisten stellen sich hinter die Markt-Gegner

Das Rad der Geschichte kann man nicht zurückdrehen, obwohl das die eine Supermacht, die revisionistische Sowjetunion, vorgibt zu können. Die Machthaber im Kreml unterstützen nach Kräften die Befürworter des Austritts aus der EG:

"*Nach der Dublin-Gipfelkonferenz der neun EG-Länder im März dieses Jahres tat der Sowjetrevisionismus sein Möglichstes, die Leute davon zu überzeugen, daß die EG eine 'Fessel' für Großbritannien sei, daß sie 'ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens intensiviert' und daß sie 'die traditionellen Beziehungen zu den Commonwealth-Ländern beträchtlich einschränken' werde. Die Sowjetrevisionisten erklärten, 'der Kampf um den Austritt Großbritanniens aus der EG ist weit davon entfernt, beendet zu sein'.*" (Nach: Peking Rundschau Nr. 21/75)

Heath, der frühere konservative Regierungschef, griff diese Erklärung der Sowjetrevisionisten auf. Er stellte fest: "Die Sowjets sagen, sie seien ernsthaft besorgt über eine angebliche Verminderung der britischen Souveränität. Sie sind Experten in der Einschränkung der Souveränität." (Le Monde vom 30. Mai) Heath weist auf die Lage der Staaten Osteuropas hin, die von den Sowjetrevisionisten beherrscht werden. Andere Befürworter des EG-Beitritts sagen, daß die Revisionisten der Sowjetunion gegen die europäische Einheit seien, um selber Europa in ihre Abhängigkeit zu bringen.

Unter dem Fortbestehen der Herrschaft des Kapitalismus hat Großbritannien also tatsächlich keine andere Wahl, als in der EG zu bleiben und sich mit den übrigen europäischen EG-Ländern zusammenzuschließen, nachdem es einmal seine Weltmachtstellung verloren hat und zu einer mittleren imperialistischen Macht herabgesunken ist. Für eine selbständige Existenz ist eine solche mittlere Macht nicht stark genug, sie würde schnell zum Spielball der Supermächte, die immer heftiger miteinander um die Vorherrschaft in der Welt rivalisieren. Andererseits sehen die Volksmassen insbesondere an der ungeheuren Verteuerung der Lebenshaltung, daß die Mitgliedschaft in der EG nichts an der Verschlechterung ihrer Lage ändert.

Welcher Ausweg bleibt?

Der Ausweg ist die soziale Revolution der Arbeiterklasse

Der Ausweg, der dem Volk in Großbritannien angesichts dieser Lage bleibt, ist die Beseitigung der herrschenden Bedingungen. Das ist die Beseitigung des Kapitalismus und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, die Durchführung der sozialen Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse. Diese einzig mögliche Antwort wird von den Volksmassen in Großbritannien früher oder später eingeschlagen werden müssen, denn für sie bleibt unter der Herrschaft der Bourgeoisie und des Kapitalismus nichts weiter als Unterdrückung und Ausbeutung. Ihre Lage wird sich deshalb auch nicht bessern, solange die Herrschaft der Kapitalisten in Großbritannien besteht. g.j.

Dieses Urteil muß weg!

Terrorurteil gegen Baha Targün: die Anschuldigung eines Kapitalisten genügt dem Gericht

"Eines Tages werden hier Volksvertreter und keine Faschisten sitzen." Das waren die letzten Worte von Baha Targün, bevor ihn der als Kommunistenjäger bekannte Richter de Somoskeoy am 2. Juni aus dem Gerichtssaal abführen ließ.

Nachdem er ihn zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt hatte und Baha Targün hierüber seine Wut zum Ausdruck brachte, befand Somoskeoy die weitere Anwesenheit des Verurteilten als störend. Gerichtsdiener führten ihn daraufhin ab.

Das Hohe Gericht sah es als erwiesen an, daß der durch den Ford-Streik 1973 bekannt gewordene türkische Genosse eine räuberische Erpressung, eine Freiheitsberaubung und eine gefährliche Körperverletzung begangen hat. Hauptbelastungszeuge und gleichzeitig angeblich Geschädigter ist der türkische Kapitalist Yelmaz Asöcal. Dieser wollte zur Zeit der Zypern-Krise im August 1974 100 000 DM für die türkische Luftwaffe zur Unterstützung des Krieges auf Zypern spenden. Da Asöcal als Produzent von Tonbandkassetten viel an fortschrittlichen Sängern verdient hatte, versuchte Baha Targün ihn dazu zu bewegen, das Geld lieber den politischen Gefangenen in der Türkei zukommen zu lassen. Dieses berechtigte Verlangen spielte natürlich für das Gericht keine Rolle: Um Politik gehe es in diesem Prozeß nicht, sondern nur um die eingesetzten kriminellen Mittel. Das Urteil des Gerichts stützt sich ausschließlich auf die Behauptungen des Kapitalisten Asöcal. Diesem "*intelligenten, nüchtern rechnenden Kopf*" traute de Somoskeoy keine Schandtaten zu. So perfekt habe man einen Komplott gegen Targün gar nicht arrangieren können, und daß der türkische Geheimdienst hinter der ganzen Angelegenheit stecke, das sei bei einem "*harmlosen Idealisten*" wie Baha Targün abwegig. Die "*freie*" Beweiswürdigung diente den Agenten der Bourgeoisie in den schwarzen Roben dazu, den Standpunkt der herrschenden Klasse durchzusetzen und einen Beitrag zur Unterdrückung und zur Spaltung der ausländischen und deutschen Arbeiter zu leisten: Ein Mitglied des Streikkomitees von Ford soll zum Kriminellen gestempelt werden.

Baha Targün selbst hat sich dadurch nicht brechen lassen. Und die Ford-Arbeiter wird auch der Richter nicht davon abhalten können, weiter für ihre Interessen gegen die Kapitalisten zu kämpfen. —R., Ortsgruppe Köln—

Streik in Erwitte

Durch das Urteil des Arbeitsgerichtes sind die Kündigungen des Zementkapitalisten Seibel aufgehoben worden (vgl. KVZ Nr. 21).

Die Kollegen boten nach dem Urteil erneut ihre Arbeitskraft an.

Verhandlungen zwischen Seibel und dem Betriebsrat sind jetzt gescheitert. Seibel will am Freitag, dem 6.6., 38 Kollegen wieder einstellen, die restlichen 100 Arbeiter hat er ausgesperrt.

Korrektur: Heuchelei auch auf seiten der DDR

Mehrere Leser haben uns darauf hingewiesen, daß in dem Artikel "Rivalität und Heuchelei auf beiden Seiten der Spree", den wir in der letzten Nummer aus der Ortsbeilage Westberlin nachgedruckt hatten, die Überschrift keinen Sinn ergebe. Berichtet worden war nur über die Heuchelei der einen Seite, der westdeutschen und Westberliner Bourgeoisie, angesichts des ertrunkenen türkischen Kindes. Der Fehler ist entstanden durch eine Kürzung der Redaktion an dem Westberliner Artikel. Dort heißt es u.a. weiter: "Nicht daß die neue Bourgeoisie in der DDR menschlicher wäre. Sie ist es schließlich, die die Menschen mit Waffengewalt und Todesstreifen von der Flucht aus ihrem Staat abhalten muß."

Red.

Im Windschatten der USA um die Vorherrschaft in Europa

Die BRD auf der NATO-Konferenz

"Die führenden Staatsmänner des Bündnisses ... bekräftigen erneut, daß der wesentliche Zweck des Bündnisses darin besteht, die Unabhängigkeit und die Sicherheit seiner Mitglieder zu wahren." So steht es im Schlußkommunique der NATO-Gipfelkonferenz von Brüssel.

Tatsächlich haben die stärksten imperialistischen Mächte der NATO, die USA und die Bundesrepublik, starken Druck auf die kleineren und weniger starken Mächte ausgeübt und sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen versucht.

BRD: Zweite Macht im Bündnis

Das geschah kaum in öffentlicher Sitzung, sondern hauptsächlich in dem von allen Presseorganen für *"wesentlich wichtiger"* gehaltenen bilateralen Sitzungen. Nacheinander ließ der amerikanische Präsident Ford den portugiesischen Ministerpräsidenten Goncalves, den griechischen und den türkischen Ministerpräsidenten zu sich bestellen und machte ihnen seine Vorhaltungen. Die Griechen und die Türken sollten sich gefälligst im Rahmen der NATO einigen über Zypern und die Ägäis, die Portugiesen wurden wegen kommunistischer Umtriebe gewarnt. Als gleichberechtigte Macht wurde die Bundesregierung behandelt: Mit Bundeskanzler Schmidt gab es ein längeres Gespräch. Die 'Frankfurter Rundschau' kommt zu dem Ergebnis:

"Immer deutlicher entwickelt sich die Bundesrepublik auf Grund ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität zu dem einzigen in jedem Fall verläßlichen Partner der Vereinigten Staaten." Und sie zitiert einen deutschen NATO-Diplomaten mit den Worten: *"Unsere Rolle ist ganz klar die der zweiten Macht im Bündnis."*

Zwar jammert die 'Frankfurter Allgemeine', daß man diese Form von wachsendem Gewicht der Bundesrepublik nicht wünschen könne, *"denn es ist lediglich der zunehmenden Schwäche der anderen zuzuschreiben"*. Das hat den Bundeskanzler nicht davon abgehalten, die gewachsene relative Stärke der Bundesrepublik gegenüber den anderen NATO-Ländern, die noch stärker von der Krise geschüttelt werden, in die Waagschale zu werfen.

Die ökonomischen Forderungen des BRD-Imperialismus

Vor den versammelten Regierungschefs hat Schmidt eine Rede gehalten, in der er von ihnen gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise forderte. Gemeinsam müsse gehandelt werden in der Geld-, Zins- und Kreditpolitik, damit die internationale Nachfrage nicht schrumpfe. In der Handelspolitik müßte *"ein Wiederaufleben des nationalen Handelsprotektionismus unter allen Umständen"* vermieden werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.5.). In der Einkommenspolitik müsse *"Disziplin"* gewahrt, d. h. die Löhne gesenkt werden. Hier stellte Schmidt die deutschen Gewerkschaften als vorbildlich hin: *"Die Gesellschaften der freien Welt wären auf dem falschen Weg, wenn ihre Gewerkschaften weniger bereit wären anzuerkennen, daß für höhere Investitionen zur Sicherung der Arbeitsplätze auch höhere Erträge gehören"* (Die Welt vom 31.5.). Und schließlich forderte Schmidt eine gemeinsame Politik gegenüber den Rohstoffländern, um den Reichtum dieser Länder möglichst billig in die Hand zu bekommen.

Der Hintergrund dieser weltwirtschaftlichen Mahn- und Forderungsrede ist nicht schwer zu entschlüsseln. Wie kein anderes imperialistisches Land in Europa ist Westdeutschland vom Export abhängig. Und die westdeutschen Exporte gehen gegenwärtig zurück. Welches Ziel der westdeutsche Imperialismus deshalb verfolgen muß, hat die 'Welt' dargelegt: *"Sie"* (die Bundesrepublik) *"muß ihre Energie darauf richten, Westeuropa stabilisieren zu helfen. Die Aufgabe erwächst ihr aus der eigenen Stärke, mehr aber noch aus der Schwäche der anderen, der Nachbarn. Ihre Erkrankung, die unsere sinkenden Exportziffern signalisieren, ihre politische Willensschwäche sind erregend und gefährlich zugleich. Ob man nach England, Italien, Dänemark oder den Niederlanden blickt – man muß Zweifel hegen, ob die selbstheilenden Kräfte ausreichen, um die Krise zu überwinden."* (Die Welt vom 31.5.)

"Erregend und gefährlich": Vorherrschaft über Westeuropa

Daß sich ihnen die Möglichkeit eröffnet, zur vorherrschenden Macht in Westeuropa aufzusteigen, das finden die westdeutschen Imperialisten "erregend". Daß das in einer Situation der Krise stattfindet, finden sie "gefährlich". Auf jeden Fall aber soll die Gunst der Stunde genützt werden, um das zur "Selbstheilung" unfähige Westeuropa am deutschen Wesen genesen zu lassen.

Im Bewußtsein ihrer Stärke ist die Bundesregierung vor allem den kleineren NATO-Ländern gegenüber aufgetreten. Nach einer Unterredung mit dem portugiesischen Ministerpräsidenten Goncalves ließ Schmidt mitteilen, die Antworten, die er bekommen habe, hätten *"ihn nicht zufriedengestellt"* (Die Welt vom 31.5.). Man kann sich vorstellen, was das für eine Art von Gespräch war: der eine der Frager, der andere der Befragte, der einer hochnotpeinlichen Prüfung unterzogen wurde.

Offenbar hat sich der portugiesische Ministerpräsident nicht gebückt. Auf jeden Fall weiß die 'Welt' zu berichten: *"Schmidt zeigte sich über die dozierende, doktrinäre Art des Revolutionsgenerals ausgesprochen verärgert. Ihn störte besonders, daß Goncalves keine plausible Auskunft über das Schicksal der von der Regierung auf kommunistischen Druck geschlossenen Zeitung 'Republica' geben konnte."* (Die Welt vom 31.5.) Man stelle sich die Sache umgekehrt vor und man wird leicht den imperialistischen Charakter des Ansinnens von Schmidt bemerken. Man stelle sich vor, Goncalves hätte verlauten lassen, der Kanzler Schmidt habe ihm keine befriedigende Auskunft hinsichtlich der Übernahme einer bestimmten westdeutschen Zeitung durch den Springer-Konzern und der daraufhin verstärkt arbeiterfeindlichen Berichterstattung geben können. Und das habe ihn *"besonders gestört"*.

Die peinliche Prüfung wurde von Schmidt ergänzt durch Drohung mit ökonomischem Druck.

Jahrelang haben die westdeutschen Imperialisten beklagt, die Bundesrepublik sei zwar *"ökonomisch ein Riese, aber politisch ein Zwerg"*. Diesen Zustand haben sie heute überwunden. Auf der NATO-Konferenz demonstrierten sie, daß sie nächst den USA politisch und militärisch die zweitstärkste imperialistische Macht des Westens geworden sind. *"Die tragende Achse (der NATO) wird von der Bundeswehr und von den Amerikanern gebildet."* (Neue Züricher Zeitung vom 31.5.) Und am Auftreten des Kanzlers wurde deutlich, daß die westdeutschen Imperialisten im Schatten der USA die Vorherrschaft über Westeuropa erringen und ausbauen wollen.

–W.M.–

US-Spionage-Flugzeug abgestürzt

Wie die Supermächte den Krieg vorbereiten und dabei das Schlachtfeld Europa ausstecken, zeigt der Flugzeugabsturz der U 2 vor einer Woche bei Winterberg im Sauerland. Die U 2 ist ein Spionageflugzeug, das erstmals durch den Abschuß über dem Gebiet der Sowjetunion während der Gipfelkonferenz 1960 bekannt wurde. Schon damals zeigte dieser Zwischenfall die zwei Seiten der Entspannungspolitik der Supermächte. Entspannungsschwindel, um die Völker in Frieden zu wiegen und Vorbereitungen auf den Krieg um die Vormachtstellung in der Welt.

Die U 2 ist ein Spionageflugzeug, das in großen Höhen operiert (26 000 km Höhe) und durch seine Bauweise (Düsenflugzeug mit Segeleigenschaften aus Holz und Kunststoff) schwer zu orten ist. Es kann Fotos aufnehmen, die gestochen scharf jedes Detail auf einer Flugschneise von 780 km Breite wiedergeben. (Nummernschilder eines Autos noch erkennbar!)

Nach Angaben der Washington Post war die abgestürzte U 2 für ein Projekt des "US-Verteidigungsministeriums" in Mitteleuropa eingesetzt. Eine spezielle Elektronik der Maschine soll es im Kriegsfall ermöglichen, feindliche Radarstellungen in kürzester Zeit zu lokalisieren, die Position des "feindlichen Ziels" an eine automatische Kommandozentrale weiterzugeben, die damit eine bombenbestückte Rakete ins Ziel lenke.



Abtransport der U 2

Die Absturzstelle der Maschine liegt 100 km westlich der DDR-Grenze. Die Maschine, die mehrere hundert Kilometer in feindliches Gebiet "hineinsehen" könnte, sei nicht über "östliches Territorium" geflogen.

Nach dem Absturz wurde die Absturzstelle sofort von US-Militär abgeriegelt, Fotografen wurden Filme und Kameras abgenommen – wo ein solches Flugzeug niedergeht, ist offensichtlich Hoheitsgebiet der USA.

In England, wo derzeit eine Staffel der U 2-Flugzeuge stationiert ist, gibt es breite Proteste in der Bevölkerung, die den Abzug der Staffel fordern, die bis in die Labour Partei hineinreichen. Der britische Labour-Abgeordnete Litterick äußerte den Verdacht, daß das notgelandete Flugzeug von einer Flugabwehrrakete getroffen oder von Abfangjägern der DDR angegriffen worden sei.

Die Bundesregierung erklärte, daß der Flug ordnungsgemäß angemeldet gewesen sei und nur Gebiet verbündeter NATO-Staaten überflogen habe. Als treue Verbündete unterstützt sie jeden Aggressionsakt des US-Imperialismus, stellt sie das Territorium und den Luftraum Westdeutschlands als Aufmarschgebiet und Spionagestützpunkt dem US-Imperialismus zur Verfügung und rüstet selbst die Bundesrepublik zur stärksten Macht in Westeuropa. Zugleich ist sie Vorreiter des Entspannungsschwindels, um ihre Rüstungsanstrengungen zu kaschieren.

–bb–

DGB-Kongreß: Mit dem Kapital für den Kapitalismus

Mit Mitbestimmung und Investitionskontrolle geht die DGB-Führung über die gegenwärtig entscheidenden gewerkschaftlichen Kampfaufgaben hinweg

Zum Abschluß des 10. ordentlichen Bundeskongresses des DGB erklärte der DGB-Vorsitzende Vetter:

"Die Bundesregierung und die in der Wirtschaft Verantwortlichen müssen begreifen, wir werden diese Reservearmee der einen Million und mehr nur eine begrenzte Zeit ertragen können. Laßt uns alle zusammenwirken, daß dieses Joch der Arbeitslosigkeit von uns genommen wird, ehe es in Politik umschlägt."

Ein wahrhaft hilfloses Stoßgebet, an Regierung und Kapital gerichtet unter dem Beifall der Delegierten!

Und was ist es, was sie mit Sorge erfüllt? Nicht so sehr die Arbeitslosigkeit selbst, sondern daß sie *"in Politik umschlagen"* könnte.

Doch so wenig, wie Regierung und Kapital in der Lage sind, das Joch der Arbeitslosigkeit einfach von uns zu nehmen, wie der DGB-Vorsitzende es erbittet, so sicher ist, daß die Arbeitslosigkeit erst beseitigt werden kann, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigt wird. Dazu muß sich die Arbeiterklasse politisch gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat zusammenschließen. Und das ist die Politik, vor der sich die bürgerliche Gewerkschaftsführung fürchtet.

CDU-Vorsitzender Kohl als Vorredner von Vetter

So möchte die DGB-Führung nicht einmal den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit als Kampfaufgabe der Gewerkschaften anerkennen. Außer dem Vetter'schen Schlußgebet wurde die Arbeitslosigkeit auf dem ganzen DGB-Kongreß nicht behandelt. Kein Antrag lag dazu zur Beratung vor. Und selbst die angeführten Beschwörungen Vetters am Schluß des Kongresses sind überhaupt nur in die Schlußrede aufgenommen worden, weil bei den Begrüßungsansprachen ausgerechnet der CDU-Vorsitzende Kohl als einziger die Frage angesprochen hatte, fast wörtlich in der gleichen Weise wie nachher Vetter. Kohl sagte: *"Laßt uns zusammen der Not der Arbeitslosigkeit zu Leibe rücken. Denn ... die Gewinner sozialer Katastrophen sind immer die Extremisten."*

Für die Kapitalistenklasse und ihre bürgerlichen Politiker ist die Verschlechterung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung nur unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Kapitalistenherrschaft von Interesse. Der soziale Sprengstoff, den die Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit Notwendigkeit aufhäuft, das Elend der Arbeitslosen und die verschärfte Ausbeutung derer, die ihre Arbeitskraft noch verkaufen können, ist für die DGB-Führung nur Anlaß, die Scheuklappen aufzusetzen und umso zielstrebiger ihren Weg auf das Ziel der Mitbestimmung zu nehmen.

Scheel für Mitbestimmung

Unterstützung bekam sie dabei sogar vom Bundespräsidenten Scheel, der zu den Delegierten sagte:

"Mit den jüngsten Tarifabschlüssen haben die Gewerkschaften erneut Verantwortungsbewußtsein, Weitblick und Anpassungsfähigkeit an die jeweilige wirtschaftliche Situation bewiesen. Sie wissen, es ist auch ihr Staat, auch ihre Wirtschaft, vor allem aber auch ihre Sicherheit und Freiheit, die es gegen die Gefahren von Innen und Außen abzusichern gilt.

Wer mitarbeitet, mitträgt, mitverantwortet und notfalls auch mitopfert, der hat auch das Recht auf Mitbestimmung erworben ... Die Zeit für die Entscheidung ist reif ..."

Noch deutlicher wurde Wirtschaftsminister Friderichs, der den Betriebsräten und Vertrauensleuten dankte, daß sie es fertiggebracht hätten, die Wirtschaftsprozesse, die zu der hohen Arbeitslosigkeit geführt hätten, ohne soziale Unruhe abzuwickeln.

Damit haben sie die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaftsführer auf den Punkt gebracht, der die Kapitalisten im Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse gegenüber der Mitbestimmung aufgeschlosse macht: Mitbestimmung bei Entlassungen, Mitbestimmung bei Rationalisierungsinvestitionen, das heißt: die Arbeiterklasse mitverantwortlich zu machen, wenn die kapitalistische Krise auf ihrem Rücken ausgetragen wird.

Die Krise mitbestimmen

Nach der Krise 1966/67 hatte sich der damalige Vorsitzende der IG Bergbau gerühmt, daß die Montanmitbestimmung dazu beigetragen hätte, Arbeitslosigkeit und "Umstrukturierung ohne soziale Unruhe" zu meistern. Damals war es so, daß Tausende auf die Straße gegangen waren und die Gewerkschaftsführung unter Ahrendt mit allen Tricks gewerkschaftliche Schritte sabotiert hat. Für diese Verdienste ist er auch mit einem Ministeramt belohnt worden.

Heute muß hingegen der IG Metall-Vorsitzende Loderer erklären, daß der VW-Konzern, in dessen Aufsichtsrat eine Mehrheit aus Vertretern der Gewerkschaftsführung und der SPD-Landesregierung sitzt, kein Beispiel für Mitbestimmung sei. Denn nach seinem Vorschlag hätte es weniger Entlassungen gegeben.

Mitbestimmung und Investitionskontrolle seien Mittel, um die kapitalistische Krise zu meistern. An der kapitalistischen Krise meistern sie jedoch gar nichts. Mitbestimmung und Investitionskontrolle sind allenfalls Mittel, die Arbeiterklasse in der Krise zu meistern, sie mitverantwortlich für ihre eigene, immer schlechter werdende Lage im Kapitalismus zu machen. Mit dem angenehmen Nebeneffekt für die bürgerlichen Gewerkschaftsführer, sich gutbezahlte Posten zu ergattern, und insgesamt der Kapitalistenklasse mehr Spielraum zu geben, gewählte Vertreter der Arbeiter in ihre Korruptionsnetze zu fangen.

Kein Kampf für Mitbestimmung

Deshalb kämpft die Arbeiterklasse nicht für die Mitbestimmung. Einen solchen Kampf der Gewerkschaften zu propagieren, hat auch die Gewerkschaftsführung nicht vor, denn sie bekäme dafür kaum einen Kollegen auf die Straße – oder, würde sie wirklich ohne Einschränkung das Signal für eine Mobilisierung geben, dann würde die Arbeiterklasse sich über die Zielsetzung der Mitbestimmung hinwegsetzen mit ihrem ureigensten revolutionären Kampfziel: Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft und Übernahme der gesellschaftlichen Produktionsmittel in die Hand der Arbeiterklasse zum Aufbau des Sozialismus.

Gegenwärtig sieht es so aus, als ob die sozialliberale Regierungskoalition noch vor den nächsten Bundestagswahlen ein Mitbestimmungsgesetz verabschiedet. Natürlich nicht völlig der Forderung der Gewerkschaftsführung entsprechend, die auf dem Modell der Montanmitbestimmung beharrt. Das wird der Gewerkschaftsführung noch eine Zeitlang die Möglichkeit geben, mangelnde Wirkung auf den Zustand von "zu wenig Mitbestimmung" zu schieben.

Bei der Mitbestimmung bleibt die Kapitalistenklasse immer im Vorteil

Die Kapitalisten sind dennoch keineswegs Freund der Mitbestimmung: Sie fürchten Ärger und Reibereien und lassen sich ungern in ihre Geschäfte reinpfuschen. Zugleich sind diese Reibereien aber gar nicht von der Arbeiterklasse auszunutzen, denn diese Reibereien drehen sich immer um den Punkt der kapitalistischen Betriebsführung, auf die die Aufsichtsratsmitglieder verpflichtet sind. Die Arbeiterbewegung ist nicht angetreten, um mit den Kapitalisten gemeinsam an der unmöglichen Aufgabe zu scheitern, den Kapitalismus krisenfest und überlebensfähig zu machen.

Politisch bringt die Mitbestimmung die Kapitalistenklasse besonders in der Krise in eine relativ günstige Situation, und zwar auf doppelte Weise. Auf der einen Seite ist sie ein Mittel, die Gewerkschaften festzulegen auf die Ziele der kapitalistischen Wirtschaft. Zum anderen wird die Mitbestimmung das Chaos, das die kapitalistische Krisenwirtschaft hervorruft, nicht verhindern. Das Argument, das die Gewerkschaftsführung jetzt gebraucht, um die Mitbestimmung durchzusetzen, daß nämlich die Krise Ergebnis von Mißwirtschaft und schlechtem Management sei, werden die Kapitalisten voll zurückgeben, um ihrerseits von der Ursache der kapitalistischen Krise, von Profit und Ausbeutung, abzulenken, und die Mitbestimmung für die Krise verantwortlich zu machen. Schon jetzt benutzt die Kapitalistenklasse das Gewerkschaftsbonzentum in demagogischer Weise, um die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften im Volk schlecht zu machen. Die Mitbestimmung, die die Gewerkschaftsführung noch enger vor allem auf die Interessen der Monopole verpflichtet, wird so zum Mittel, das Volk, das insgesamt von den Monopolen abhängig und unterdrückt ist, von seinem führenden Teil, von der Arbeiterklasse, abzuspalten. Diese Demagogie, die jetzt schon von der CDU/CSU betrieben wird, erhält durch die erweiterten Möglichkeiten der Korrumpierung und des Komplizentums der Gewerkschaftsführung mit der Mitbestimmung weitere Nahrung.

Mit der Durchsetzung einer klassenkämpferischen Politik der Gewerkschaften gegen die Kapitalistenklasse und gegen die bürgerliche Gewerkschaftsführung schafft sich dagegen die Arbeiterklasse eine entscheidende Voraussetzung, um geeint als revolutionäre Klasse die Führung des Volkes zum Sturz der Kapitalistenherrschaft zu gewinnen.

–bb–

Bayer Leverkusen

Kurzarbeit für 10 000 Kollegen noch vor den Sommerferien

Zwangsurlaub für 2 000 / Nach Einführung des Monatslohns für Arbeiter: Neubewertung der Arbeitsplätze

Immer mehr Profit holt der Bayer -Konzern aus den Kollegen heraus. Gleichzeitig aber droht er mit Entlassungen und Kurzarbeit. Dabei geht der Bayer-Vorstand ebenso geschickt wie unverfroren zu Werke.

Der Bayer-Konzern ist ein ausgesprochenes Mammut-Unternehmen. Allein in Leverkusen sind dort zusammen mit Agfa und Kronos-Titan 54 000 Kollegen beschäftigt. Der Gesamtumsatz des Konzerns in der ganzen Welt betrug im Jahre 1974 18,6 Milliarden DM, im Inland allein 9,44 Milliarden.

Bayer ist eines der "gesundesten" westdeutschen Chemiekonzerne. Die Lage bei Bayer prägt die Lebensumstände und das Denken bei Hundertausenden von Menschen – nicht nur in Leverkusen, sondern in der ganzen Umgegend. Von Bayer abhängig sind, die Zulieferbetriebe und Subunternehmer eingeschlossen, im Raume Leverkusen über 200 000 Menschen. Die Stadt Leverkusen hat den höchsten Anteil an Arbeitern an der gesamten Bevölkerung.

Ähnlich wie bei VW war es jahrzehntelang bei Bayer wie in einem Musterhaus des "Wirtschaftswunders" zugegangen. Die Tariflöhne machten häufig noch nicht mal 2/3 des Effektivlohns aus, den Bayern-Werkern wurden soziale Vergünstigungen geboten wie keinen anderen Arbeitern im Raum Leverkusen, Bayer hatte ein eigenes Bildungswesen aufgebaut, Bayer finanzierte auch das Kulturprogramm der Stadt und baute Sport- und Erholungsstätten. Seit Anfang des Jahres 1975 begann sich die Sache sehr deutlich zu verschlechtern – jedenfalls für die Bayer-Werker.

Es begann mit Kurzarbeit bei Bayer Dormagen, einem Bayer-Werk, das auf der anderen Rheinseite in Köln liegt und in großem Umfang Chemiefasern produziert.

Zwangsurlaub bei Bayer Leverkusen

3 000 Beschäftigte dieses Werkes mußten im ersten Quartal 75 ihren Jahresurlaub nehmen. Damit wurde die ansonsten geplante Kurzarbeit verdeckt. Das war ein Signal auch für Bayer-Leverkusen.

Vor Ostern wurden die Kollegen in der Faserproduktion und bei der Farbenherstellung gezwungen, ihren Jahresurlaub teilweise vorwegzunehmen. Der Grund lag in der angeblich nur zu ca. 80 % bestehenden Auslastung der Produktionsanlagen. 2 000 Kollegen waren davon betroffen.

In Wirklichkeit wurde die Zeit des Zwangsurlaubs dazu benutzt – wir berichteten darüber in der Ortsbeilage vom 21.2. – notwendige Renovierungsarbeiten an den Anlagen durchzuführen.

Durch den Zwangsurlaub wurde auch die Anmeldung der Kurzarbeit beim Arbeitsamt und etwaige Schwierigkeiten umgangen. Auf diese Art und Weise konnte Bayer einerseits sowohl die Produktion entsprechend der Auftragslage drosseln und andererseits, ohne die Anlagen längere Zeit stillegen zu müssen, mit verringerter Belegschaft Renovierungsarbeiten und auch Rationalisierungsmaßnahmen durchführen.

Scheibchen für Scheibchen: Rationalisierungen werden angekündigt, Entlassungen jedoch ausgeschlossen

Mitte März kündigte der Bayer-Vorstand erhebliche Rationalisierungsmaßnahmen an. Die Rationalisierungsinvestitionen machen den größten Teil der Gesamtinvestitionen aus. Bis zum 30. Juni wird ein Einstellungsstopp erlassen sowie in großem Umfange Handwerker im Betrieb umgesetzt. Vor allem in der Sparte Farben werden keine Überstunden mehr gemacht oder Überstunden abgefeiert.

Die Einführung des Monatslohns auch für Arbeiter – Neubewertung der Arbeitsplätze

Das betrifft die Kollegen umso mehr, als die IG Chemie einen Nacht-und-Nebel Abschluß in den Tarifverhandlungen von 6,8 % über die Bühne gebracht hatte. Übertarifliche Leistungen werden z. T. auf die Tariflohnerhöhung angerechnet.

Im April wurde der Stundenlohn abgeschafft und dafür auch für Arbeiter der Monatslohn eingeführt.

Was als Ausgleichung von Arbeitern und Angestellten von Vorstand und auch Betriebsrat verkauft wurde, ist nichts anderes als eine flankierende Maßnahme zu den geplanten Rationalisierungen. Denn durch die Einführung des Monatslohns wird es möglich, jeden Arbeitsplatz neu zu bewerten, und zwar unter dem Gesichtspunkt der künftigen Anforderungen an diesen Arbeitsplatz und den Kollegen, der ihn ausfüllt. Die Neubewertung geht zu Lasten der Kollegen.

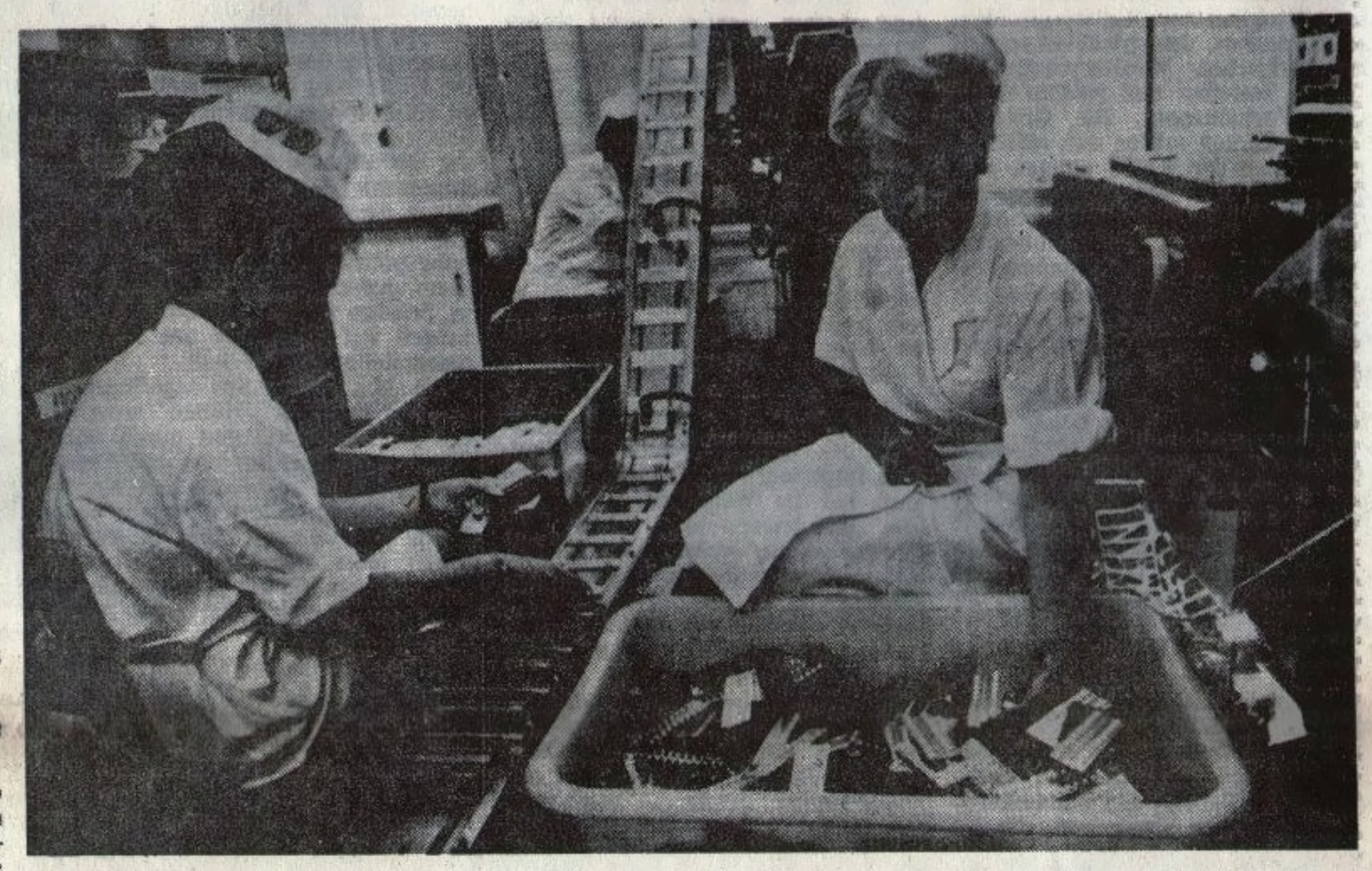
Kurzarbeit für 10 000 Kollegen noch vor den Sommerferien

Derzeit steht fest: Bayer wird zu guter Letzt noch vor den Sommerferien in großem Umfang Kurzarbeit einführen. Das kam vor 2 Wochen heraus. Es sollen ungefähr 10 000 Kollegen davon betroffen sein, und zwar in Sparten Fasern, Farben, Kunststoffe, Chemikalien. Damit erreichen die Maßnahmen der Werksleitung, mit denen sie auf die kapitalistische Krise reagiert, die sich auch in der Chemiebranche vor allem in Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt zeigt, einen vorläufigen Höhepunkt. Auch hinsichtlich der Entlassungen, sieht es anders aus. Hieß es noch vor einem Monat: *"Keine Entlassungen"* so heißt es heute *"keine Massenentlassungen"*.

Auch in der Krise! Es geht um den Profit

Die Profite sind im Jahre 1974 wieder ganz erheblich gestiegen. Gegenüber 1973 um etwa das Doppelte: Zwar weist die Biland 392 Millionen DM Gewinn gegenüber 1973 aus, das stimmt aber nicht. Denn die Rücklagen für die nunmehr gesetzlich vorgeschriebene betriebliche Altersversorgung in Höhe von 230 Millionen und den Ankauf des Metzeler-Konzerns, der 200 Millionen DM gekostet hat, muß man hinzurechnen. So kommen dann etwa 820 Millionen DM Gewinn heraus, also sogar etwas mehr als das Doppelte als im Vorjahr. Die Bayer-Aktionäre haben sich dann auch eine Dividendenerhöhung von 17 % bewilligt. Damit es auch 1975 so weitergeht, will Bayer die Produktion weiter ausweiten und dafür weniger Kollegen zu geringerem Lohn beschäftigen. Darauf läuft die ganze Sache immer offener hinaus.

H., Ortsaufbaugruppe Lerverkusen



Beim Abpacken von Tabletten

SEL Dortmund

Streik geht weiter

Dortmund. Nachdem am 22. Mai die Werksleitung von Standard-Elektrik-Lorenz (SEL) in Dortmund bekannt gab, daß 350 der 500 Arbeiter entlassen werden sollen, schmissen die Arbeiter und Arbeiterinnen sofort die Brocken hin.

Zum dritten Mal sollten bei SEL Dortmund Massenentlassungen vorgenommen werden (vgl. letzte KVZ).

Doch diesmal haben sich die SEL-Arbeiter nicht nur empört und die Brocken für einen Tag hingeschmissen, sondern sie haben gemeinsam den Kampf gegen diese Entlassungen organisiert.

Während der ganzen letzten Woche von Montag bis Freitag ist der Streik fortgesetzt worden.

Jeden Morgen, spätestens nach der Frühstückspause, legten einzelne Abteilungen die Arbeit nieder, gingen die entschiedensten Kollegen durch das Werk und überzeugten die anderen davon, daß sie die angekündigten Massenentlassungen nur vom Tisch bekommen, wenn die Belegschaft weiter geschlossen streikt. Gleichzeitig versuchte der Betriebsrat, in Stuttgart Verhandlungen mit der Konzernleitung aufzunehmen. Doch ihm wurde nur gesagt, daß der US-Konzern ITT über die Entlassungen entscheide und alles schon feststände. Die SEL-Kapitalisten wollen die Produktion nach Berlin und Hannover verlegen und die Werke in Dortmund und Mannheim schließen. Wenn die ITT- und die SEL-Kapitalisten meinen, daß das schon feststeht, dann haben sie sich schwer getäuscht. So erreichte am Montag, dem 2. Juni, der Streik einen erneuten Höhepunkt.

Die Arbeiter zogen in einem Protestmarsch durch das Werksgelände vor das Büro der Werksleitung und forderten:

Werksleiter Hoffmann soll sofort zu den Entlassungen Stellung beziehen! Offenlegung aller Stillegungspläne bei SEL! Keiner darf entlassen werden!

–R., OAG Dortmund–

Jugendversammlung bei Röhm/Darmstadt:

„Wie ist denn bei Kurzarbeit Ausbildung möglich?"

Röhm-Kapitalisten greifen die Arbeitsbedingungen aller Kollegen an / Breiter Widerstand

Darmstadt. Wie in den letzten Nummern der KVZ berichtet wurde, hat die Geschäftsleitung der chemischen Fabrik Röhm Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen geplant. Dagegen haben die Kollegen den Kampf aufgenommen.

Röhm stellt hauptsächlich Plexiglas her und ist von der Krise in der Bau- und Automobilindustrie betroffen.

Im Laufe der letzten Monate mußte schon ein Viertel der Belegschaft kurzarbeiten. Jetzt plant die Geschäftsleitung zunächst 90 Entlassungen. Im Betrieb entwickelt sich gegen diese Pläne der Widerstand der Kollegen. Die Vertrauensleuteversammlung beschloß, daß die Entlassungen nicht hingenommen werden können.

Am 3. Juni fand die geforderte Betriebsversammlung statt. (Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)

Inzwischen hat sich auch der Betriebsrat klar zu den anstehenden Entlassungen geäußert. In einem Gespräch zwischen ihm und der Geschäftsleitung stellte er sich gegen die Entlassungen.

In der letzten Woche nun hat eine Jugendversammlung stattgefunden, die eine gute Vorbereitung für die anstehende Betriebsversammlung war. Auf der Jugendversammlung wurde deutlich, daß die Krise auch Ausdruck findet in der zunehmenden Disziplinierung und Ausplünderung der Arbeiterjugendlichen. Auf der Jugendversammlung kamen diese Verhältnisse zur Sprache, und die Jugendversammlung zeigte, daß die Kollegen sich diesen Verhältnissen entgegenstellen.

An der Jugendversammlung nahmen hundert Kollegen teil, also fast alle, die bei der Firma Röhm ausgebildet werden sollen.

Die Jugendvertretung trug zuerst ihren Bericht vor. Angeschnitten wurde von der Jugendvertretung die Verschlechterung der Ausbildung, und in mehreren Beiträgen wurde nachgewiesen, daß die Ausbildung zunehmend monotoner wird und die Lehrlinge in den Labors und den Abteilungen oft lediglich als Hilfskräfte eingesetzt werden.

Zunehmende Disziplinierung

Es wurde vorgetragen, daß der Grund für die teilweise schlechte Diskussionsbeteiligung auf Jugendversammlungen darin besteht, daß die Kontrollmaßnahmen von seiten der Ausbildungsleitung zunehmen. So hatte in einem Fall die Beauftragte der Geschäftsleitung für die Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge gleich, nachdem sie festgestellt hatte, daß ein Lehrling auf dem Betriebsratsbüro gewesen war, weitere Nachforschungen angestellt. Ob denn der Betriebsrat überhaupt dagewesen sei und welche anderen Lehrlinge denn zur selben Zeit auch dagewesen seien.

Auf der Jugendversammlung zur Rede gestellt, brachte sie dann vor, daß sie jederzeit das Recht hätte, die Kollegen zu kontrollieren, um so zu verhindern, daß die Kollegen bei der Arbeit "bummeln". Unter dem Beifall der Jugendlichen wurde dem entgegengehalten, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn die Kollegen Pausen nutzen, wenn in den Abteilungen nicht Ausbildung auf sie wartet, sondern Hilfsarbeit. Aus dieser Feststellung heraus wurde die Forderung entwickelt, daß es unbedingt notwendig ist, die Geschäftsleitung zu verpflichten, für jede Abteilung, die einen Lehrling hat, einen Ausbildungsbeauftragten zu ernennen. Ihm muß eine bestimmte Zeit zur Verfügung gestellt werden, damit er den jungen Kollegen auch etwas beibringen kann und nicht einfach in die Lage kommt, seine Arbeit, weil sie zuviel ist, auch noch dem Lehrling aufzuhalsen.

Erziehung zum "Wohlverhalten" gegenüber der Firma

Weiter meldeten sich die Kollegen zu Wort, die von ihrem Recht auf Beschwerde Gebrauch gemacht hatten und über den Betriebsrat Stellung genommen hatten zu den Persönlichkeitsbeurteilungen, die bekanntermaßen von den meisten Firmen angefertigt werden. So auch bei der Firma Röhm.

In den Beurteilungen, um die es sich handelt, war den Kollegen unter anderem von Ausbildern bescheinigt worden, daß sie "albern" seien, "unklar denken", "schwer verstehen" würden und "umständlich" seien.

Die Kollegen berichteten, daß sie in dieser Sache zu dem Ausbildungsleiter bestellt worden seien, der ihnen dann sinngemäß erläutert hat, daß diese Beurteilungen nützlich dafür seien, eine Erziehung zum "Wohlverhalten" gegenüber der Firma zu gewährleisten. Gelächter und Empörung war die Reaktion auf den Beitrag dieser Kollegen.

Auch als berichtet wurde, daß ein Lehrling nicht weiter beschäftigt werden soll, weil er sich, wie die Geschäftsleitung in mehreren Gesprächen gegenüber dem Betriebsrat hatte verlauten lassen, außer für Chemie noch für Musik interessiere, konnte die Geschäftsleitung sich keine neuen Freunde machen.

Klar wurde festgestellt, daß mit solchen Maßnahmen die Kollegen insgesamt dazu gebracht werden sollen, nur noch im Sinne der Firma zu funktionieren.

Kurzarbeit wird abgelehnt

Auch die von der Geschäftsleitung geplanten Entlassungen von 90 Kollegen und die weiter geplante Kurzarbeit für die Angestellten wurde behandelt. Daß Kurzarbeit neue Entlassungen vorbereiten soll und nur dazu dienen soll, in weniger Zeit mehr aus den Kollegen rauszuholen, wurde festgestellt und unter Beifall festgehalten, daß der Kurzarbeit auch von seiten der Jugendvertreter nicht zugestimmt werden kann, da sie lediglich dazu dienen soll, die Gewinne der Firma zu steigern.

Davor hatte sich ein Vertreter der Personalabteilung noch vor der ganzen Versammlung lächerlich gemacht, weil er auf die Frage, wie denn unter den Bedingungen der Kurzarbeit die Ausbildung möglich sein soll, nur den monotonen Satz wiederholte: *"Der geregelte Ablauf der Ausbildung wird gewährleistet."* Zu dieser Frage konnte er außer diesem Satz nichts vorbringen.

Zum Abschluß berichtete der Jugendsekretär der IG Chemie über den Kampf in Erwitte, und die Versammelten beschlossen eine Solidaritätsresolution an die streikenden Zementarbeiter, die seit mehr als 10 Wochen mit Streik und Besetzung des Werkes gegen ihre Entlassung kämpfen. In der Resolution heißt es:

"Die Jugendversammlung der Firma Röhm solidarisiert sich mit Eurem entschiedenen Kampf um die Arbeitsplätze in Erwitte. Wir sehen in Eurem Kampf ein Beispiel dafür, wie man um die Arbeitsplätze kämpfen muß."

–Betriebszelle Röhm–

Während des letzten Jahres haben die Kapitalisten in der Automobilindustrie mit Kurzarbeit und tausenden von Entlassungen ihre Profite gesichert. Die Arbeitsleistung pro Mann wurde erhöht, aus jedem einzelnen wurde mehr Arbeit herausgeholt, so daß bei sinkender Nachfrage die Kapitalisten ihre Profite stabil hielten. Auf den Knochen der Arbeiter wollen sie aus der Krise herauskommen.
Jetzt, bei steigender Nachfrage, nutzen die Opel-Kapitalisten das von ihnen geschaffene Arbeitslosenheer. Sie stellen Arbeiter für drei Monate befristet zu schlechteren Lohnbedingungen ein. Ein Teil des Lohns wird dabei vom Arbeitsamt bezahlt.

Außerdem verlangen sie Sonderschichten und wollen keine weiteren Arbeiter mehr einstellen. Von der verringerten Belegschaft soll eine noch größere Stückzahl produziert werden.

Bei Opel in Rüsselsheim lehnen viele Kollegen diese Sonderschichten ab, denn sie wollen den immer stärkeren Verschleiß ihrer Arbeitskraft nicht hinnehmen.

Opel Rüsselsheim

Auseinandersetzung um Sonderschichten

Die Geschäftsleitung mußte Zugeständnisse machen

Wie in der letzten Nummer der KVZ berichtet wurde, ist der Antrag der Opel-Geschäftsleitung in Rüsselsheim nach sechs Sonderschichten vom neuen Betriebsrat abgelehnt worden.

worden.

Inzwischen hat die Einigungsstelle, besetzt durch je drei Vertreter von Geschäftsleitung und Betriebsrat, am Mittwoch, dem 28.5., entschieden: Danach sollen fünf Sonderschichten durchgeführt werden.

Die Auflagen für die Geschäftsleitung bestehen darin, daß sie verpflichtet ist, bis zum Jahresende keine Entlassungen wegen Auftragsmangel vorzunehmen; auch darf bis zum 31. Oktober keine Kurzarbeit durchgeführt werden.

Diese Verpflichtungen gelten, insofern *"kein Zusammenbruch der Automobilindustrie mit Auswirkungen auf die Adam-Opel-AG erfolgt oder ein Zusammenbruch der Firmenproduktion (Katastrophenfälle)"* eintritt.

Die Geschäftsleitung von Opel gab bekannt, daß der Produktionsverlust im Falle der Ablehnung der Sonderschichten 3 600 Wagen betragen würde. Rechnet man pro Wagen nur einmal 10 000 DM, so geht es um stolze 36 000 000 DM. Daran sind die Opel-Kapitalisten sehr interessiert. Die Geschäftsleitung mußte Zugeständnisse machen, aber sie hat Mittel in der Hand, weitere Entlassungen trotz des Abkommens vorzunehmen:

1. Über 1 000 der Beschäftigten haben nur einen auf drei Monate befristeten Arbeitsvertrag, der im August ausläuft. Treten Produktionsschwierigkeiten auf, so haben die Kapitalisten mit der Entlassungsmöglichkeit dieser Kollegen ein gutes Steuerungsmittel in der Hand.

2. In dem Schlichtungsabkommen steht nichts über den "natürlichen Abgang".

Während der Kurzarbeitsperiode betrug der "natürliche Abgang" monatlich 49 Beschäftigte! Dafür brauchte die Geschäftsleitung natürlich auch nicht die Zustimmung des Betriebsrats.

Zusammenfassend kann man sagen: Das Schlichtungsergebnis sichert den Profit der Kapitalisten, ein Risiko gehen sie nicht ein; allerdings mußten sie gewissen Zugeständnisse machen.

Für die Arbeiter bedeuten diese Sonderschichten jedoch eine zusätzliche Ausbeutung durch die Opel-Kapitalisten.

Die Bandarbeit führt ohnehin schon zu einem starken Verschleiß der Arbeitskraft. Die 6-Tage-Woche verschärft diesen Zustand noch mehr.

Darüberhinaus bleibt kaum noch Zeit für die Familie, zur Erholung und zur politischen Betätigung. Von dem Bruttomehrverdienst durch die Überstunden bleibt nach Abzug der Lohnsteuer durch den Staat kaum mehr etwas übrig. Es kommt sogar vor, daß durch den Mehrverdienst sich die Lohnsteuer derart erhöht, daß netto weniger rauskommt, als wenn man keine Überstunden gearbeitet hätte.

Richtig war es, daß der Betriebsrat den Antrag der Opel-Kapitalisten nach Sonderschichten ablehnte, daß er die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit aufstellte und zur Bedingung für seine Zustimmung zu den Sonderschichten machte.

Im Betrieb wurde aber für diese Forderung nicht breit mobilisiert. Dies wäre aber die Voraussetzung gewesen, die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit durchzusetzen, zumal viele Kollegen bei Opel gegen die Sonderschichten sind.

Gespräch mit Opel-Kollegen

Über die Sonderschichten / 1 000 Kollegen mit 3-Monats-Verträgen

Ein Kollege, 60 Jahre alt, ist ziemlich sauer über die Sonderschichten. Er ist Springer und muß ohnehin schon soviel schaffen, weil in seiner Abteilung zuwenig Leute sind.

Er möchte den Springer-Posten schon seit Monaten abgeben, weil er es in seinem Alter nicht mehr schafft und für die paar Pfennige nicht den letzten Rest seiner Gesundheit ruinieren möchte.

Er hat schon mehrere jüngere Kollegen an den Meister empfohlen, damit sie den Posten bekommen, aber es hat nichts genutzt.

Ein zweiter Kollege, 58 Jahre, ist krank; er kriegt keine Luft mehr, weiß aber nicht, was er hat. Der Arzt hat ihn nur für fünf Tage krankgeschrieben, was ihm aber gar nicht viel geholfen hat. Jetzt muß er auch noch samstags arbeiten. Die Bandarbeit macht ihn sowieso schon so kaputt und er weiß nicht, wie er das alles durchstehen soll. Wenn er die Überstunden verweigert, hat er Angst, daß er demnächst zum "natürlichen Abgang" gehört und dann viel weniger Rente bekommt.

Ein jüngerer Kollege (35) sagt, Überstundenarbeit sei nur etwas für Dumme. Er hat dem Meister schon dauernd eine Abfuhr erteilt, wenn es um die Samstagsschicht ging. Er denkt nicht daran, für den Staat zu schaffen, weil die Überstunden höher besteuert werden. Viele Kollegen haben sich gewundert, daß sie nach der Abrechnung nur 40 DM mehr hatten als er ohne Überstunden.

Er bekommt auch gleich wieder Arbeit als Fernfahrer, wenn man ihn rausschmeißt, weil er nicht am Samstag arbeitet.

Ein 40-jähriger Kollege antwortet ihm, das wäre ja eine Ausnahme. Er selber kann sich das nicht erlauben, rauszufliegen, weil er nämlich gar keine neue Arbeit mehr bekommt.

In der Kurzarbeitsperiode hat er dauernd nach einer anderen Arbeit gesucht, aber überall habe man ihm gesagt, er sei zu alt.

Ein Kollege meint, das, was der Betriebsrat erreicht hat, ist wenigstens etwas und besser als Sonderschichten ohne Zugeständnisse.

Wir hielten ihm entgegen, daß die 1 000 Kollegen mit den Dreimonatsverträgen ja trotzdem noch rausfliegen können.

Ach was, sagte er, diese Leute wollen ja sowieso nichts schaffen, das sind Wanderarbeiter, die mal hier, mal dort sind, wo es gerade Arbeit gibt.

Hier zeigten wir die Unsicherheit der Arbeiterexistenz auf, daß diese Kollegen nichts für ihre Zukunft planen können, daß sie ständig in der Angst leben ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Mehrzahl der Dreimonatigen kommt aus den Grenzgebieten zur DDR um Fulda und Eschwege. Sie sind in hervorragender Zusammenarbeit von Opel-Kapitalisten und Arbeitsamt extra aus diesen "strukturschwachen" Gebieten angeworben worden als Reserve. Sie sind von ihren Familien getrennt und wohnen in den Ghettos der Wohnheime.

Sie werden von der Geschäftsleitung geschickt als Spaltungsinstrument eingesetzt.

Wenn die Produktion zurückgeht, freut sich der "Stamm", wenn die "Faulenzer" entlassen werden, damit für die Verbliebenen genug Arbeit da ist. Damit ist eine eventuelle Kampffront unter der Forderung "Keine Kurzarbeit, keine Entlassungen" von vornherein geschwächt. Sie kann nur stark sein, wenn alle Arbeiter gemeinsam, Stamm und Neue, Deutsche und Ausländer, ihren gemeinsamen Feind, die Kapitalisten, bekämpfen.

–g., Sympathisantengruppe Rüsselsheim–

Stahlindustrie in der Krise

Auch im Juni und Juli Kurzarbeit bei P+S

In der Stahlindustrie weiten die Kapitalisten die Kurzarbeit aus und bauen die Arbeitsplätze ab. Bei Klöckner Bremen ist vom 23.6. bis 5.7. für das ganze Werk Kurzarbeit, bei Salzgitter-Peine im Juni und Juli im Durchschnitt die 32-Stunden-Woche angekündigt. Bei den Krupp-Hüttenwerken ist seit Mitte Mai für 11 000 von 44 000 Arbeitern und Angestellten Kurzarbeit angemeldet. Sie verdienen netto bis 65 DM weniger im Monat.

Bei Thyssen Niederrhein sollen zwei Feineisenstraßen stillgelegt werden; 300 Arbeitsplätze werden dadurch abgebaut.

Mit der großen Fusion von Thyssen und Rheinstahl, die unter eifriger Zustimmung und mit dem Beifall der Sozialdemokraten in der Regierung und der Gewerkschaftsführung vorgenommen wurde, sind Stillegungen und Zusammenlegungen großen Umfangs verbunden. So ist geplant, Teile der Produktion von den Edelstahlwerken aus Witten nach Krefeld zu verlegen. Die Produktion der Feineisenstraßen von Thyssen-Niederrhein soll ebenfalls nach Krefeld verlagert werden.

Die Stahlmonopole versuchen mit diesen Mitteln aus den Arbeitern mehr herauszuholen. So wollen sie aus der Krise heraus, um ihre Profite weiter zu erhöhen und gegenüber der Konkurrenz in Vorteil zu kommen. Der Vorstandsvorsitzende der Krupp-Hüttenwerke Bochum erklärte, die Stahlindustrie habe noch mit einigen "sehr schweren Monaten" zu rechnen. Das heißt: Sie wollen verstärkt gegen die Stahlarbeiter und deren Arbeitsbedingungen vorgehen.

Bis zum Herbst wollen die einzelnen Stahlmonopole ihre Ausgangslage gegenüber den Konkurrenten verbessert haben. Denn, so der Vorstandsvorsitzende der Krupp-Hüttenwerke Bochum, im Herbst werde sich die Absatzlage spürbar bessern. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Mai 1975)

Im Stahlboom 1974 haben die Kapitalisten schon aus den Kollegen herausgeholt, was sie nur konnten. Der Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich zum Beispiel bei den Krupp-Hüttenwerken von 100 000 auf 124 000 DM. Begrenzt wurde der Stahlboom nur durch die Kapazität. In Erwartung eines weiteren Aufschwungs wurden 1975 bei den Krupp-Hüttenwerken 395 Millionen für neue Produktionsanlagen investiert (1973 nur 236 Millionen)

Die jetzige Kurzarbeit dient den Kapitalisten dazu, zu überprüfen, wo sie weitere Arbeiter einsparen können. Das wird deutlich in der Korrespondenz aus Peine.

Peine. Schon vom 2. bis 9. Mai wurde bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter (P + S) für den größten Teil der Belegschaft Kurzarbeit durchgeführt. Im Juni und Juli wird erneut kurzgearbeitet.

Diesmal allerdings nicht zusammenhängend, sondern pro Schicht je nach Betrieb drei bis fünf einzelne Tage im Monat (im Schnitt also 32-Stunden-Woche).

Auf diese Weise können die Kapitalisten ihre Aufträge besser erfüllen.

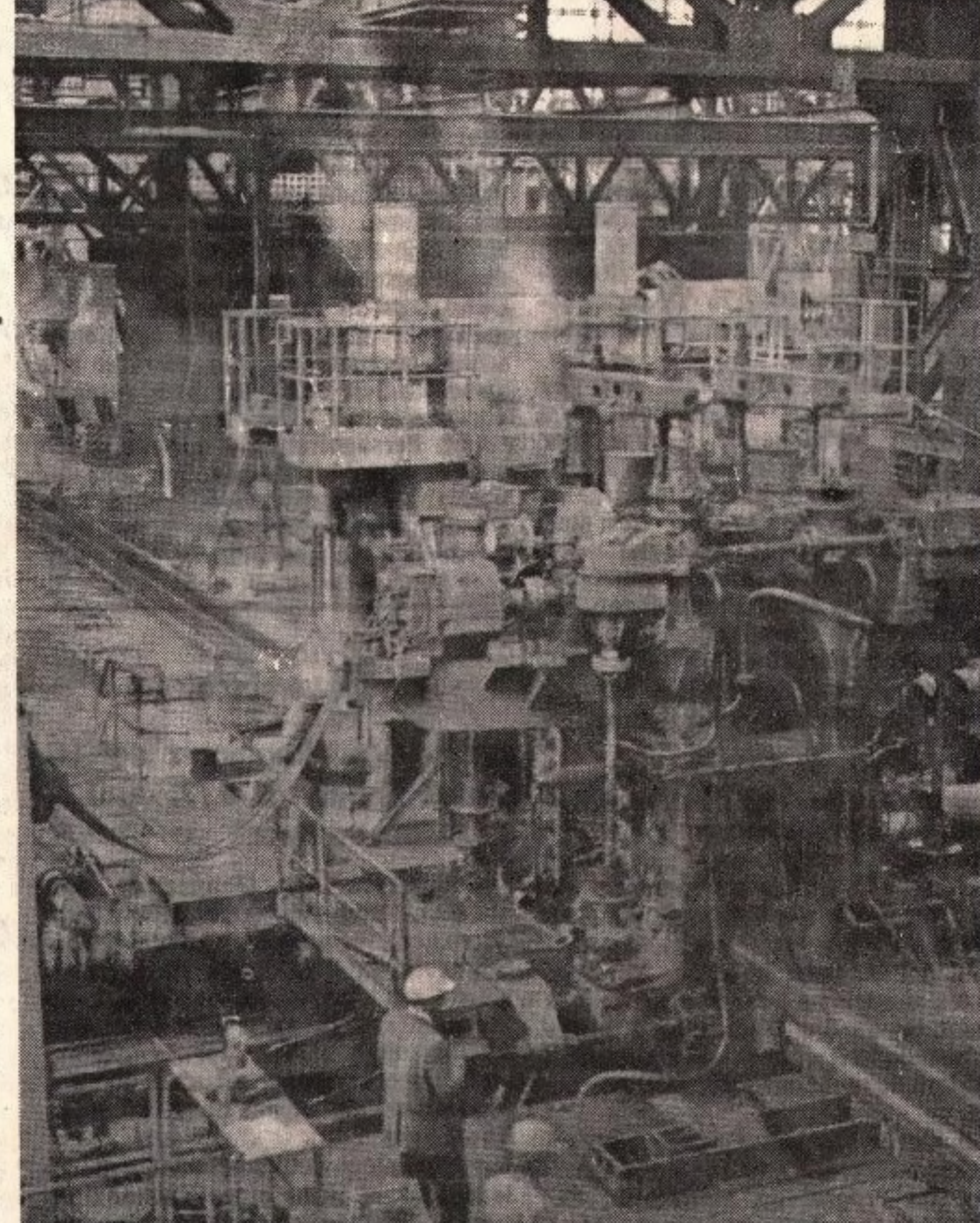
Nach Gerüchten soll in dieser Weise bis September kurzgearbeitet werden.

Noch nach der ersten Kurzarbeit meinten manche Kollegen, das sei gar nicht schlecht. Konnten sie auf diese Weise doch sich einige Tage den schlechten Arbeitsbedingungen entziehen.

Doch es wird immer deutlicher, daß die Kurzarbeit natürlich kein "Geschenk" der Kapitalisten, kein zusätzlicher Urlaub ist, sondern ein Mittel der Kapitalisten, die Auswirkungen der Krise in der Stahlindustrie auf den Rücken der Kollegen abzuwälzen. So wird auf der einzelnen Schicht kaum weniger produziert.

Eine Angestellte berichtete uns aus ihrer Abteilung, daß sie die gleiche Arbeit, die sie vorher in fünf Tagen machte, jetzt in vier Tagen machen soll.

Gegen die schlechten Arbeitsbedingungen wie das Schichtsystem, in dem die meisten Arbeiter arbeiten, und gerade im Sommer die große Hitze in vielen Betrieben können die Arbeiter bei P + S nur etwas erreichen, wenn sie dagegen kämpfen, wenn sie zum Beispiel die Einschränkung der Schichtarbeit fordern. Ebenso müssen sich die Kollegen gegen die Verschlechterung ihrer Lage durch die Krisenmaßnahmen der Kapitalisten zusammenschließen.


Die Universalstraße I im Werk Peine

Ein Schritt dahin ist, daß die Vertrauensleute aufgefordert werden, sich auf der nächsten Vertrauensleutesitzung gegen die Kurzarbeit auszusprechen. Da der Betriebsrat der Kurzarbeit im Juni und Juli wieder zugestimmt hat, muß von ihm darüber Rechenschaft verlangt werden.

Weiterhin muß über die Bezahlung der Kurzarbeit Klarheit geschaffen werden. Die Schichtzulagen werden nach Aussage des Betriebsrates zwar weitergezahlt, doch einen Aushang oder Ähnliches hat es hierüber noch nicht gegeben, so daß über die Bezahlung viele Gerüchte in den Betrieben umgehen.

Abbau der Belegschaft

Die Kurzarbeit ist aber nur eine Maßnahme der Kapitalisten zur Sicherung ihrer Profite. Bedeutender ist der Abbau der Belegschaft.

So werden Abgänge nicht ersetzt, da seit Ende letzten Jahres Einstellungsstopp besteht.

Eine Reihe Ausländer, deren Arbeitserlaubnis nicht verlängert wurde, wurde entlassen. Das macht sich auf vielen Schichten so bemerkbar, daß der Meister zu Beginn der Schicht herumläuft und Leute zusammensucht, damit zunächst die wichtigsten Plätze besetzt sind.

Im Blasstahlwerk kommt es zum Beispiel oft vor, daß an einem der beiden Konverter, die in Betrieb sind, nur ein Konvertermann arbeitet, obwohl zwei vorgesehen sind. Der sogenannte erste Mann (davon gibt es im Konverterbetrieb nur einen auf jeder Schicht), der normalerweise Gabelstapler fährt, Kollegen ablöst usw., muß dann zeitweilig mit am Konverter helfen.

Die Kapitalisten verschärfen hier also den Druck auf die Belegschaft, versuchen, mehr aus den Kollegen herauszuholen. Wehren sich die Kollegen nicht hiergegen, dann sagen die Kapitalisten: "Die Arbeit geht ja auch mit weniger Leuten, warum sollen wir dann neue einstellen?"

An dieser Lage wird auch klar: Verschlechtert sich die Lage in der Stahlindustrie weiterhin, werden die Kapitalisten direkt von der Kurzarbeit zu Entlassungen übergehen, um mit weniger Arbeitern, die dafür mehr produzieren, aus der Krise herauszukommen. Hiervon muß ein klares Bewußtsein in der Belegschaft geschaffen werden, denn das ist die Voraussetzung dafür, daß die Kollegen den Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalisten aufnehmen.

Zu diesem Zweck müssen die nächsten Betriebsversammlungen, die wahrscheinlich noch diesen Monat stattfinden, genutzt werden. Hier kann der Vorstand zur Rede gestellt werden, ob er Entlassungen plant und hier können die Kollegen vom Vorstand eine Stellungnahme verlangen zu der Lage in den einzelnen Betrieben und sich auf geeigneten Forderungen zusammenschließen. Dazu muß die Betriebsversammlung gut vorbereitet werden.

–w., Peiner Sympathisantengruppe des KBW–

Erste Wahlergebnisse in der GEW Westberlin

Fortschritte für kampfstarke GEW

Bundesvorsitzender Frister in Neukölln nur auf Platz 32

Im GEW-Landesverband Westberlin haben Ende Mai/Anfang Juni Wahlen stattgefunden.

In mehreren Bezirken sind Plattform-Vorschläge gemacht worden. Zweck dieser Plattform-Vorschläge war es, den Meinungskampf unter den Kollegen zu führen mit dem Ziel, die Einheit in der GEW auf breitester Ebene gegen den Dienstherrn und den Verantwortlichen für die Zustände an unseren Schulen, in unserem Fall der Westberliner Senat, herzustellen.

In den Bezirken, in denen die Wahlen am frühesten abgeschlossen waren, in Neukölln und Kreuzberg, hat sich herausgestellt, daß diese Einheit auf der angegebenen Grundlage teilweise hergestellt werden konnte. So fanden in Schulgruppen, auf Mitglieder- und Vertrauensleuteversammlungen heftige Auseinandersetzungen statt um die Aufgaben in der GEW in der nächsten Zeit.

Die Lage ist gekennzeichnet von drastischen Sparmaßnahmen des Senats im Bereich des Volksbildungswesens als Folge der Krise (zunehmende Zahl von arbeitslosen Lehrern, Klassenzusammenlegungen, Planstellenstopp von Lehrern und anderes).

Die 19 im Bezirk Neukölln auf der Grundlage der Plattform kandidierenden Kollegen verpflichteten sich den Mitgliedern gegenüber, den Widerstand in der Gewerkschaft gegen die staatliche Bildungspolitik und ihre Folgen für die Lehrer zu organisieren und den Kampf dagegen gemeinsam mit den Kollegen zu führen.

Das bedeutet auch die Herstellung der Einheit gegen die Senatsfraktion in der GEW (die sich selbst als "Initiative für eine demokratische GEW" bezeichnet).

Trotz schwindenden Bodens ihrer Politik in der GEW wird sie weiter festhalten am Kurs der Zusammenarbeit mit der Regierung und Treue zu diesem Staat. Die Wahlergebnisse im Bezirk Neukölln zeigen, daß die Voraussetzungen für die Kampfstärke der GEW sich verbessert haben.

Das Ergebnis

Im Neuköllner GEW-Bezirk wurden insgesamt 59 Delegierte für die Landesvertreterversammlung gewählt. Wie man vorläufig hört, sieht das Ergebnis folgendermaßen aus: Von den 19 Kandidaten der Plattform wurden 13 gewählt. Die ersten kamen auf die Plätze 6, 11 und 15. Die meisten von den 13 kamen unter die ersten 30.

Die Senatsfraktion hatte 58 Kandidaten aufgestellt, von denen 18 gewählt wurden. Ihr erster Vertreter steht auf Platz 25, der nächste folgt auf Platz 32: Erich Frister, Bundesvorsitzender der GEW, der sich als Delegierter wählen lassen wollte, um zu zeigen, daß er an der Basis Rückhalt hat. Ihm wurde nur ein Platz in den hinteren Rängen von den Neuköllner Mitgliedern zugeteilt.

Zwischen den beiden Listen gab es noch einen breiten Mittelteil von Kandidaten, die sich nicht zu einer der beiden Listen rechneten, die aber durch ihr Auftreten am Arbeitsplatz gezeigt haben, daß sie sich gegen den Senat stellen und für die Interessen der GEW-Mitglieder eintreten wollen. Das haben sie auch zum großen Teil den Kollegen am Arbeitsplatz deutlich gemacht, indem sie über die wirklich anstehenden Aufgaben in der GEW diskutierten und dazu Aktivitäten entwickelt haben.

Insgesamt sind die Wahlergebnisse dieses größten GEW-Bezirks in Westberlin noch kein Grund zum Jubeln. Zwar zeigen inzwischen weiter vorliegende Wahlergebnisse aus anderen Bezirken (Schöneberg, Kreuzberg, Charlottenburg), daß sich die Voraussetzungen für eine kampfstarke GEW vorteilhaft entwickeln. Es wird jedoch in nächster Zeit von entscheidender Bedeutung sein, die Kollegen auf breitester Ebene davon zu überzeugen, wo der Gegner steht und wie der Kampf gegen ihn zu führen ist.

–A./Red.–

Die brennendsten Probleme der Belegschaft aufgegriffen

Kandidaten stellten Programmforderungen auf und wurden mehrheitlich gewählt

Oldenburg. An der Universität wurden mehrheitlich Kandidaten in den Personalrat gewählt, die Programmforderungen aufgestellt hatten. Die Wahl war notwendig geworden, weil der alte Personalrat zurückgetreten war.

Die Umstände des Rücktritts wurden von einem Großteil der Belegschaft und insbesondere von der ÖTV-Betriebsgruppe kritisiert. Deutlich war: Der Personalrat hatte abgewirtschaftet.

Er hatte wenig für die Belegschaft, mehr für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Universitätsspitze getan. Es kam darauf an, aus der Neuwahl mit einem gestärkten Personalrat und mit einem größeren Zusammenschluß der Belegschaft gegenüber der Dienststelle herauszukommen.

Eine Gruppe von ÖTV-Kollegen ergriff die Initiative und erarbeitete einen Programmvorschlag, der als Grundlage für den Zusammenschluß der Belegschaft dienen sollte. Dieser Vorschlag zog die Konsequenzen aus der Lage der Beschäftigten an der Universität.

Die Universität Oldenburg entstand im Wintersemester 1973/74 aus der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Oldenburg. Seither entwickelt sie sich ziemlich rasch, jedenfalls was die Zahl der Studenten und die Aufgaben, die sie wahrzunehmen hat, anbetrifft. Hinter dieser Entwicklung hinkt der Personalausbau weit hinterher.

Die Forderungen

1. Es müssen schnell mehr Stellen geschaffen werden, damit die Personalentwicklung mit dem Aufbau der Universität Schritt hält. Die Kollegen müssen ein Mitspracherecht bei der Aufstellung des Stellenplans und der Auswahl der Kollegen erhalten. Kündigungen insbesondere aufgrund von Rationalisierungen und wegen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit werden prinzipiell abgelehnt.
2. Die Eingruppierung der Kollegen muß entsprechend ihren Tätigkeiten vorgenommen werden. Die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen müssen angehoben werden.
3. Die Fort- und Weiterbildung der Kollegen muß von der Universität finanziert werden.
4. In allen Gebäuden müssen Pausenräume geschaffen werden.
5. Ein betrieblicher Kindergarten für Kinder im Alter von zwei bis zehn Jahren muß geschaffen werden. Die Kollegen müssen die Möglichkeit haben, innerhalb der Arbeitszeit ihre Kinder zu besuchen.
6. Sanitätsräume müssen geschaffen und die Sicherheitsbedingungen verbessert werden. Die Kontrolle über alle Sicherheits- und Gesundheitsfragen muß vom Personalrat ausgeübt werden.
7. Der Personalrat soll die Kollegen regelmäßig durch Informationsschriften informieren und mindestens vierteljährlich Personalversammlungen einberufen. Die Belegschaft muß das Recht haben, sich regelmäßig auf Abteilungsebene zu versammeln.
8. Eine ausreichende Freistellung von Personalratsmitgliedern muß gewährleistet sein, damit der Personalrat seine Aufgaben wahrnehmen kann.

Der Programmvorschlag fand im Vertrauensleutekörper breite Zustimmung. Die Vertrauensleute wurden beauftragt, ihn mit den Kollegen zu diskutieren. Es zeigte sich, daß er die brennendsten Probleme der Kollegen aufgriff. Er wurde vom Vertrauensleutekörper auf Grundlage der Diskussionen mit den Kollegen überarbeitet und schließlich in der Betriebsgruppe mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Nun kam es darauf an, auf der Grundlage dieses Programms eine möglichst weitgehende Einheit der Belegschaft herzustellen. Nach ausführlicher, kontroverser Debatte im Vertrauensleutekörper, bei der sich zeigte, daß manche Kollegen noch meinten, es käme mehr darauf an, sich gegen die DAG abzugrenzen, als gegenüber der Universitätsspitze sich zusammenzuschließen, wurde beschlossen, eine Einheitsliste auf der Grundlage des Programms anzustreben.

Mit der DAG wurde keine Einigung erreicht. Auf der entscheidenden Sitzung der ÖTV-Betriebsgruppe wurde daraufhin beschlossen, gemeinsam mit der GEW, die das Programm akzeptierte, eine gemeinsame Liste zu bilden.

Die gemeinsame Wahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten kam nicht zustande, da die Diskussion über die Notwendigkeit der gemeinsamen Wahl nicht rechtzeitig geführt worden war.

So wurde für jede Gruppe eine gewerkschaftliche Liste auf der Grundlage des Programms aufgestellt. Bei den Beamten trat eine zweite Liste auf, die sich dadurch auszeichnete, daß auch ÖTV-Mitglieder auf ihr kandidierten. Diese wurden von der Betriebsgruppe eindringlich aufgefordert, ihre Kandidatur zurückzuziehen.

Ohne Erfolg Bei den Angestellten trat noch eine DAG-Liste auf. Diese beiden Listen waren gezwungen, sich in ihrer Wahlerklärung ausdrücklich auf das ÖTV-Programm zu beziehen und die dort erhobenen Forderungen mehr oder weniger aufzugreifen.

Im wesentlichen aber hoben sie ab auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Universitätsspitze.

Der alte Personalrat verhinderte eine Personalversammlung, obwohl genügend Unterschriften dafür gesammelt wurden.

Das Wahlergebnis

Die ÖTV/GEW-Liste erhielt bei den Beamten zwei Sitze, die zweite Liste einen Sitz. Bei den Angestellten erhielt die ÖTV-Liste drei Sitze, die DAG-Liste zwei Sitze. Bei den Arbeitern wurde ein Vertreter des Programms gewählt.

Die Kollegen, die auf der Grundlage eines Programms, das die brennendsten Probleme der Belegschaft aufgreift, gewählt wurden, besitzen eine solide Mehrheit im neuen Personalrat. Sie müssen die Forderungen entschlossen aufgreifen und die Belange der Belegschaft konsequent vertreten. Dann wird es ihnen gelingen, zunehmend eine größere Einheit der Belegschaft herzustellen und gestützt auf diese Einheit auch die Forderungen durchzusezten. Die Minderheit im neuen Personalrat, die mit dem Programm der vertrauensvollen Zusammenarbeit angetreten ist, wird nun bei der Auseinandersetzung um jede Forderung zeigen müssen, auf welcher Seite sie wirklich steht.

J.

Anträge verabschiedet

Bezirksjugendkonferenz der IG Metall findet am 6./7. Juni in Ludwigsburg statt

Waiblingen. Am Donnerstag, den 15. Mai, fand die erste ordentliche Ortsjugendversammlung der IG Metalljugend in Waiblingen statt. Dabei wurde ein Antrag zu der Bezirksjugendkonferenz verabschiedet. Der Antrag stellt neben der Forderung nach Anerkennung arbeitsloser Jugendlicher als Arbeitslose folgende Forderungen auf:

Für arbeitslose Schulabgänger Arbeitslosengeld in Höhe eines Existenzlohnes ... Recht für arbeitslose Jugendliche auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule. Recht auf Unterricht in einem solchen Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.

Wahlen GEW - Bremen

Scharfe Auseinandersetzungen auf Mitgliederversammlungen

Bremen. Vor zwei Jahren gründeten rechte Sozialdemokraten, CDU-Freunde und Schulleiter den Verband Bremer Lehrer und Erzieher (VBLE). Anlaß für sie war, daß sie ihre Auffassungen nicht mehr uneingeschränkt in der GEW durchsetzen konnten.

Der VBLL, Ortsverein der verbliebenen, mehrheitlich fortschrittlichen Kollegen, entwickelte sich während der letzten zwei Jahre gut, der VBLE wurde relativ schwächer. Wohl auf diesem Hintergrund ging der VBLE auf die Wiedervereinigungsversuche des VBLL ein. Jetzt, fast zwei Jahre nach der Spaltung, fanden die Wahlen für eine einheitliche GEW-Organisation statt.

Im Unterschied zum alten Verband ist der neue in Bezirke gegliedert. Gemeinsam anerkannte Grundlage des Verbandes sind die Betriebsgruppen, die es vor zwei Jahren noch kaum gab.

Verhöre auf den Mitgliederversammlungen zurückgewiesen

In allen fünf Bremer Bezirken sind die Wahlen für die Bezirksvorstände, für den Landeshauptausschuß und für die Landesvertreterversammlung abgeschlossen.

Auf den Bezirksmitgliederversammlungen, die einigermaßen gut besucht waren, gingen die Vertreter der Senatspolitik in den Angriff. Darunter auch Mitglieder des ehemaligen
auch Mitglieder des ehemaligen
VBLL. Gestützt auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und mit Rückenstärkung der 63 Ausschlüsse des Hauptvorstandes vom 3. Mai wollten sie öffentliche Verhöre in Szene setzen. "Bist Du Mitglied des KBW?" "Unterstützt Du den KBW?" "Hast Du an der Mai-Demonstration des KBW teilgenommen?" – "Ja oder nein!", so knatterten sie auf die Kandidaten los. Sogar Polizei boten sie auf, um von einem GEW-Mitglied, das die KVZ verkaufte, die Personalien feststellen zu lassen.

Warum sie mit ihren Verhörmethoden auf keiner Versammlung durchkamen, ist einfach zu erklären. Ihre Absicht war offensichtlich, und was sie auf den Versammlungen abzogen, das hatte sich kaum ein Kollege unter dem neuen Landesverband vorgestellt. Es hat viele Kollegen in ihrem Willen bestärkt, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu Fall zu bringen. Zwar ist es richtig, die Kandidaten auch nach ihren gesellschaftspolitischen Absichten zu fragen, wo die Befragung aber auf eine Sammlung von Ausschlußgründen hinausläuft, muß sie zurückgewiesen werden. Das ist geschehen.

Dennoch ist es ihnen zumindest gelungen, den Zweck der Versammlungen zu untergraben. Zu einer Diskussion und Beschlußfassung über die Ziele der Gewerkschaftsarbeit ist es nirgendwo gekommen.

Das Wahlergebnis

Auf keiner Wahlversammlung gab es eindeutige Mehrheiten zwischen dem Block der rechten Sozialdemokraten und den Kollegen, die sich um das Programm gesammelt hatten, welches die Kommunisten für die Arbeit der GEW vorgelegt hatten. Dennoch sitzen jetzt überwältigend rechte Sozialdemokraten und sonstige Verfechter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Bezirksvorständen (bis auf die Ausnahme des Bezirks Mitte-Ost), sie bilden fast ausschließlich den Landeshauptausschuß und beherrschen eindeutig die Landesvertreterversammlung. Warum? Zuerst einmal gab es die Möglichkeit, an zwei folgenden Tagen über Urnen zu wählen. Mit Hilfe einiger Schulleiter konnten die Ausschlußfreunde ihre Stimmen ausbauen; an einzelnen Kollegien ergingen Aufforderungen und Wahlvorschläge des Schulleiters.

Der Teil von Kollegen, der mit dem sanften Druck des Schulleiters zur Wahl beordert wurde, dürfte aber gering sein. Viele Kollegen haben sicherlich die Vertreter der Senatspolitik aus Übereinstimmung mit der von ihnen verfolgten Gewerkschaftspolitik gewählt. Unsererseits haben wir in den nachfolgenden Tagen die Hände in den Schoß gelegt, was mit ein Grund für das Wahlergebnis ist. Da sich das Wahlverfahren außerdem wie eine Listenwahl auswirkte, konnten die Vertreter der Senatspolitik ihre Wahl in fast allen Fällen sichern, auch wenn sie zum Teil nur über einen dünnen Stimmenvorsprung verfügten.

Es wurden ernste Fehler gemacht

Nach den Kölner Beschlüssen war der Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse beinahe eingeschlafen. In Erwartung des einheitlichen Verbandes, ohne ein großes Auf und Ab von Auseinandersetzungen und auch um die zukünftige Einheit nicht aufs Spiel zu setzen, wurde im alten VBLL nicht mehr begriffen, daß die Beschlüsse von Köln eine Verschärfung des Angriffs auf eine konsequente Gewerkschaftspolitik sind.

Mit seiner Auflösung vor wenigen Wochen fiel der alte VBLL buchstäblich auseinander, ohne daß es gelungen war, die Kollegen auf einem positiven Programm für die Arbeit der GEW zu vereinigen.

Das ist ein ernster Fehler, dessen Folgen nicht mehr korrigiert werden
Folgen nicht mehr korrigiert werden
konnten. Zwar kandidierten schließlich einzelne Mitglieder des alten VBLL auf der Grundlage eines positiven Programms, das unter der Zielsetzung der Einheitsschule die Kritik der Schulverhältnisse führte und das in Hinsicht auf den Zusammenschluß aller Kollegen gegenüber ihrem Dienstherren und Arbeitgeber die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse forderte und die Beseitigung des besonderen Dienstrechts, aber dieses Programm wurde nicht zum Angriff genutzt und zur offensiven Auseinandersetzung mit rechten und reformistischen Strömungen.

So kam es, daß die rechte Sozialdemokratie in der GEW einen Angriff unternehmen konnte auf der Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, statt daß sie angegriffen wurde auf der Grundlage eines positiven Programms für die Arbeit der GEW.

Wie muß es weitergehen?

Die Richtungsgewerkschafter und Vertreter der Senatspolitik werden ihre neuen Positionen sicherlich rücksichtslos nutzen wollen. Auf allen Ebenen des Landesverbandes wird dagegen vorgegangen werden müssen, auch wenn die Ausschlußvertreter die Bezirks- und Landesorgane fast ausschließlich in der Hand haben. Denn es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob die GEW als eine Gewerkschaft verteidigt wird. Die Ausschlußverfahren und die letztliche Befürwortung der Inhalte des besonderen Dienstrechts in der Gewerkschaft hindern die Kollegen ja gerade daran, sich gegenüber dem Staat zusammenzuschließen und ihre Interessen als lohnabhängige Beschäftigte im öffentlichen Dienst gegenüber dem Staat durchzusetzen. Es geht um die Frage, ob die GEW Gewerkschaft ist oder eine Anhängselorganisation, mit der die Lehrer an den Staat gebunden werden.

Die vorgelegten Dringlichkeitsanträge gegen die Massenausschlüsse wurden auf den Bezirksmitgliederversammlungen aufgrund von Tagesordnungsbeschlüssen nicht behandelt. Gegen sie muß jetzt in den Betriebsgruppen und auf allen anderen Ebenen des Landesverbandes Stellung genommen werden sowie gegen die Ausschlüsse von S. Faulstich und H. Gehrke und von Karin Maier und Claus v. Eitzen; gegen die beiden letzteren wegen ihrer Kandidatur zur Bremer Bürgerschaft für den KBW.

Auf die Zurückweisung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse dürfen sich die Betriebsgruppen aber nicht beschränken. Entscheidend wird sein, daß die Betriebsgruppen sofort beginnen, die Kritik der bestehenden Schulverhältnisse und der Reformprojekte im Konkreten zu führen, daß sie als gewerkschaftliche Grundorganisation unmittelbar Schritte in die Öffentlichkeit machen, daß sie mit Veranstaltungen und ähnlichem an die Eltern und Schüler herantreten und sich auf die Kräfte stützen, die den Kampf gegen die Verrottung des Schulwesens und für die Einheitsschule allein tragen können.

–P.–

Beschluß des Kreisvorstandes der GEW Darmstadt-Stadt

Darmstadt. Der Kreisvorstand der GEW Darmstadt wendet sich entschieden gegen den Ausschluß des Kollegen Pfaff aus der GEW. Er stellt fest, daß sich der Kollege nicht gewerkschaftsschädigend verhalten hat, und wird daher die Bestrebungen des Kollegen Pfaff, seinen Ausschluß rückgängig zu machen, voll unterstützen.

Gefaßt am 22. Mai mit einer **Mehrheit von sieben zu vier Stimmen.**

Alle Versicherungskosten müssen von den Kapitalisten bestritten werden !

Zur Zeit machen die Sozialversicherungen, besonders die gesetzliche Krankenversicherung, von sich reden: "Kostenexplosion" und "Finanzkatastrophe" sind die großen Schlagwörter, und sie bezeichnen die Lage auch vollkommen richtig.



Die gesetzlichen Krankenkassen gaben 1960 9,5 Milliarden DM aus, 1974 waren es bereits über 50 Milliarden DM(Spiegel 19/75). Bei der Bundesanstalt für Arbeit stiegen die Ausgaben von 4,9 Milliarden DM im Jahre 1971 auf über 10 Milliarden DM für 1974. Die Arbeitslosenversicherung ist heute bereits auf dem Hund: sie mußte 3,2 Milliarden DM bei der Bundesregierung leihen, um ihren laufenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. (Süddeutsche Zeitung, 18.2.75)

Die finanzielle Lage der Sozialversicherung

Die finanzielle Lage der Sozialversicherung schlägt sich bei der durch Gesetze festgelegten Finanzierungsweise – je 50 % "Arbeitgeber"- und "Arbeitnehmeranteil" – unmittelbar in Beitragserhöhungen und damit **Reallohnkürzungen** für die Lohnabhängigen nieder. So verteuerte sich die Arbeitslosenversicherung zum 1.1.75 von 1,7 auf 2 %,. Die Rentenversicherung, deren Beiträge seit 1973 bei 18 % liegen, steht auch nicht mehr so rosig da, wie sie immer gepriesen wurde: Der Verband Deutscher Renten versicherungsträger (VDR) prophezeite, daß die soziale Rentenversicherung insgesamt heuer erstmals mit einem Defizit abschließen würde, und daß nicht erst 1988, wie von der Bundesregierung behauptet, sondern schon "Anfang der achziger Jahre" eine Anhebung der Beitragssätze notwendig werde. (Süddeutsche Zeitung, 16.5.75) Am schlimmsten sieht es bei den Krankenkassen aus: die Beiträge liegen mittlerweile knapp unter 12 %. 1960 lagen sie bei 5,7 %. Der Bundesverband der Ortskrankenkassen (BdO) hat errechnet, daß bei „geradliniger Fortsetzung der gegenwärtigen Ausgaben- und Beitragsentwicklung der gesetzlichen Krankenkassen die Beitragssätze 1988 bei 24 % und im Jahr 2 000 bei etwa 70 % des Bruttolohnes stehen würden! (Die Ortskrankenkasse Nr. 4/75)

Die Grundursache der "Finanzkatastrophe" ist die kapitalistische Ausbeutung

Diese "Finanzkatastrophe" hat viele Faktoren, die auch von bürgerlichen Fachleuten mit viel Fleiß und zum Teil kritischer Empörung auseinanderklamüsert werden (vgl. die jüngste Spiegel-Serie: "Krankheitskosten – 'die Bombe tickt'"). Die Grundursache aber wird nicht beim Namen genannt und kritisiert: die kapitalistische Ausbeutung und ihre krisenhafte Entwicklung. Sie greift die Kassen der Sozialversicherungen von vier Seiten her an:

1) In der Krise sinken die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen mit der Gesamtsumme der Bruttolöhne: Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit sowie der Rausschmiß der ausländischen Arbeiter verringern sowohl die Zahl der Beitragszahler als auch die Höhe der einzelnen Beiträge. Die Einnahmeausfälle allein der sozialen Rentenversicherung sollen auf diese Weise heuer ca. 4 Milliarden DM betragen. 250 000 Arbeitslose über ein Jahr hinweg bedeuten einen Einnahmeausfall von 1 Milliarde DM. (Rhein-Neckar-Zeitung, 21.5.75)

2) Der "Versicherungsfall" tritt für die einzelnen Versicherten von Jahr zu Jahr häufiger ein, besonders in Zeiten der Krise. Bei der Arbeitslosigkeit ist dies unmittelbar einsichtig. Je 100 000 Arbeitslose kosten rund 1 Milliarde DM mehr. (Süddeutsche Zeitung, 15.5.75) Aber auch die Krankenversicherung bekommt den zunehmenden Streß und gesundheitlichen Ruin in der kapitalistischen Produktion zu spüren: Betrug die Zahl der pro 100 Mitglieder ausgegebenen Krankenscheine bis 1955 noch 400, so sind es heute 650. Daß in der Rentenversicherung die flexible Altersgrenze eingeführt wurde, ist hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß das Durchschnittsalter der "Rentenbedürftigkeit" sowieso auf 61 Jahre abgesunken ist.

3) Die Sachleistungen, d.h. vor allem die Leistungen der Gesundheitsversorgung, verteuern sich von Jahr zu Jahr weit über dem Niveau der normalen Preissteigerungsrate. Dies trifft insbesondere für Arzt-, Krankenhaus- und Apothekenkosten zu (vgl. KVZ Nr. 19 "Ärztetag und Kostenexplosion").

Kostenexplosion").

4) Der Staat nutzt seine Gesetzeshoheit über die Sozialversicherungen dazu, abzusahnen, wo sich etwas Fett angesetzt hat, wie bei der Arbeitslosenversicherung, die er zugunsten des "sozialen" Wohnungsbaus, der Errichtung von Autobahnen, Elektrizitätswerken etc. um Milliarden erleichterte; andererseits nutzt er seine Verfügungsgewalt dazu, den Versicherungen stets neue Aufgaben zu diktieren, ohne die nötigen Finanzmittel beizubringen. Auf diese Weise spart er nicht geringe Summen ein, die er sonst zu Lasten anderer Haushaltstitel oder durch Steuererhöhungen beschaffen müßte. Kleine Beispiele hierfür sind die Krankenversicherung der Behinderten und der Studenten, für die jeweils nur minimale Beiträge an die Kassen gezahlt werden. Das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz, das den Krankenkassen sämtliche Betriebskosten zuschiebt, bedeutet eine Mehrbelastung der Sozialversicherung um Hunderte von Millionen DM.

Die kapitalistische Lösung heißt Rationalisierung

Die so verursachte Finanzentwicklung der Sozialversicherungen stellt nun alle Beteiligten vor die Frage, wie sie gemeistert werden kann. Die Kapitalisten sind an einer Ausgabensteigerung der Sozialversicherung nicht interessiert, weil es sich im wesentlichen um unprofitable Ausgaben handelt. Daß die Lohnabhängigen an Lohnraub durch ständige Beitragserhöhungen kein Interesse haben, ist selbstverständlich, und den bürgerlichen Politikern wird es mulmig angesichts des zu erwartenden Widerstandes. *"Die Grenzen der Belastbarkeit"* seien erreicht, stellt die Bundesregierung fest. Von 1960 bis 1974 verminderte sich der Nettolohn von 82 auf 72 Prozent des Bruttolohnes.

Die bürgerlichen Politiker sind schon voll in die Debatte eingestiegen, was aus den Sozialversicherungen werden soll. Gegenwärtig tagen die Kapitalistenverbände zu diesem Thema. Daß bei dieser Diskussion der herrschenden Klasse nichts Gutes für die Lohnabhängigen rauskommen kann, ist von vornherein klar. Denn an der Grundursache der "Katastrophe", an der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft, will sie natürlich nichts ändern.

Da wird z.B. viel von einer Neuorganisation des Gesundheitsbereiches geredet: Gruppenpraxen, gegliederte stationäre Versorgung und Rationalisierungen, z.B. "Abbau des Bettenberges" in den Kliniken (Süddeutsche Zeitung vom 23. April). Herauskommen wird dabei eine weitere Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung, die Entwicklung von der "Drei-Minuten-Medizin" hin zur "Zwei-Minuten-Medizin".

Wegen der hohen Arzthonorare und -gehälter will der Bundeskanzler "auch ganz massiv gegen die Ärzte" vorgehen (Der Spiegel Nr. 19/75). Aber eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Und so wird die Diskussion um die Arztgehälter dort landen, wo sie der Heidelberger Chefarzt Prof. Schettler schon hinlenkt: *"Jeder im Krankenhausbereich müsse wieder gewillt sein, mehr zu arbeiten, ohne auf finanzielle Abgeltung zu drängen"*, forderte er vor der Bundesärztekammer, und: *"Es sei mit den hohen Personalkosten unvereinbar, in den Pflegebereichen die Einführung der 40-Stunden-Woche zu fordern. Jene Kreise, ... die für Ärzte und Pflegepersonal eine immer stärkere Verkürzung der Arbeitszeit bis zu einer 35-Stunden-Woche fordern, müssen in stärkstem Maße für die bestehende und noch zu erwartende Kostenexplosion verantwortlich gemacht werden."* (Nachrichtenblatt der Landesversicherungsanstalt Baden Nr. 5/75)

... und Einschränkung der Rechte der Versicherten

Einsparungen dieser Art reichen aber bei weitem nicht aus, um eine "Tendenzwende" herbeizuführen. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Überlegungen bürgerlicher Politiker auch bei der Frage, wie die Rechte der Versicherten eingeschränkt werden können und ihre Möglichkeiten, die Sozialversicherung im Bedarfsfall in Anspruch zu nehmen.



Solange die Krankenkassen zersplittert (rund 1 500 verschiedene Kassen) und nicht in der Hand der Lohnabhängigen sind, stehen sie dem Staat, den Ärzten, den Pharma-Fabriken zur Ausplünderung frei.

Die offenen Reaktionäre versuchen, die Grundlage dafür mit der Behauptung zu schaffen, die Sozialversicherten selbst, nicht etwa ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, seien schuld daran, daß sie so oft zum Arzt müssen und oft vorzeitig ihre Rente brauchen. *"Kein ärztliches Standesblatt, das nicht in den letzten Wochen den Westdeutschen ihren Bier- und Schnapskonsum, Fettsucht und Tabakmißbrauch vorgehalten hätte ..."* (Spiegel 19/75). Es mangle den Sozialversicherten an Selbstverantwortung, und eben diese müsse heute vor allen Dingen gefördert werden. Das ist das Glaubensbekenntnis aller bürgerlichen Parteien zum Thema "Kostenexplosion". Helmut Kohl forderte auf dem CDU-Gesundheitspolitischen Kongreß 1974 die Bundesbürger auf, *"in eigener Verantwortung für ihre Gesundheit zu leben"* und nicht in ihrer *"Erwartungshaltung gegenüber dem Leistungsvermögen der Volkswirtschaft"* zu verharren (Frankfurter Rundschau vom 23.11.1974). Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) hatte schon 1973 ein Memorandum "Gesundheitssicherung in Freiheit und Verantwortung" vorgelegt. Jüngst stellte dann Ministerialrat Oldiges vom Bundesarbeitsministerium fest: *"Besonders wichtig sei die Verminderung von Risikokriterien bei den Versicherten und von externen Einflüssen, die Gesundheitsstörungen entstehen ließen. Eine Stärkung der Eigenverantwortung des Versicherten und seiner Bereitschaft zur Vorsorge hätten dabei erhebliches Gewicht."* (Die Ortskrankenkasse 9/75) – All dies liegt auf der einen Linie, den Versicherten die Verantwortung in die Schuhe zu schieben.

Doch wenn bürgerliche Politiker schon von der Verantwortung des Volkes sprechen, dann machen sie sich auch gleich Gedanken, wie sie diese "Eigenverantwortung" in das Volk hineinprügeln können. Am dreistesten war bislang zweifellos der Vorsitzende der Nordwürttembergischen Kassenärztlichen Vereinigung, Prof. Häußler, mit seinem Vorschlag, man solle den Lohnabhängigen das Kranksein austreiben, indem man die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle auf 80 % heruntersetze (vgl. KVZ Nr.15/75). Häußler, dem es vor allem darum ging, *"die Versicherung von den sinnlos hohen Kosten der Bagatellfälle"* zu entlasten (Medical Tribune 13/75), wird inzwischen als Einzelgänger hingestellt. Doch Wolfgang Mischnik spinnt für das FDP-Gesundheitsprogramm an demselben Faden weiter: Es solle geprüft werden, *"inwieweit Anreize zur Sparsamkeit geschaffen werden könnten. Wenn sich auch die Krankenscheinprämie nicht bewährt habe, sollte man sich doch neue Gedanken darüber machen, ob die Kostenverteilung bei Bagatellfällen in Zukunft anders gelöst werden muß als bisher"* (Die Ortskrankenkasse 9/75). Wie, darüber äußert sich das Kapitalistenblatt "Der Arbeitgeber" (3/75): Es *"ist nicht an der Frage vorbeizukommen, ob es vertretbar ist, die Kosten für jede, auch geringfügige Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen voll aus dem Solidarbeitrag zu decken oder ob es nicht sinnvoller wäre, sie in einem bestimmten Ausmaß auf den einzelnen Versicherten zu übertragen"* (zitiert nach: Die Ortskrankenkasse 6/75).

Ein weiterer fester Programmpunkt der "Sanierung" der Sozialversicherungen wird von den "Selbstverwaltungs"-Spitzen selbst in die Debatte geworfen. So stellte der BdO-Chef, Töns, in der "Zeit" (17/75) fest: *"Ich möchte eine Krankenkasse vergleichen mit dem Ober eines Restaurants. Derjenige, der die Speisekarte aufstellt, das ist der Gesetzgeber. ... Meine Forderung: Der Gesetzgeber darf die Speisekarte nicht verlängern."* Und der Geschäftsführer des BRV, Kolb, meint über die Stabilität des 18 %-Beitragssatzes der Rentenversicherung, daß *"wir bis in die achtziger Jahre klar auskommen – es sei denn, der Gesetzgeber macht irgendwelche blödsinnigen Wahlgeschenke"* (Rhein-Neckar-Zeitung vom 21.4.75). Also: Schluß mit der "Anspruchinflation der Bevölkerung" (CDU), keine Leistungsverbesserungen mehr!

Aber auch die bestehenden Leistungen sollen im Rahmen der Sanierung nicht unangetastet bleiben: *"Soziale Besitzstände bedürfen der Überprüfung, ob sie gerecht und wirtschaftlich verantwortbar sind"* (Richard v. Weizäcker, CDU, in "Die Zeit" 12/75).

Dieser kleine Querschnitt zeigt: Die bürgerlichen Politiker rechnen den Lohnabhängigen die "Kostenexplosion" vor und malen rasante Beitragssteigerungen an die Wand, andererseits entwickeln sie Reformpläne, die die Gesundheitsversorgung noch weiter beeinträchtigen werden, die Leistungen der Sozialversicherungen einfrieren oder abbauen und die Inanspruchnahme der Versicherungen erschweren sollen. Von diesen Reformen und von den Beitragserhöhungen sagen sie dann: "Friß, Versicherter, oder zahl' dich tot!"

Was müssen die Lohnabhängigen dieser Erpressung entgegensetzen?

Kann etwas auf der Ausgabenseite unternommen werden? Kaum! Denn wie wir sahen ist die Kostenexplosion unmittelbare Folge der verschiedenen Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise und der Verschärfung der Widersprüche. Die "Kostenfaktoren" Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen, Arbeitshetze, Privateigentum an Produktionsmitteln auch im Gesundheitssektor – all dies kann wirklich erst mit dem Kapitalismus insgesamt ausgeschaltet werden.

Und solange die Arbeiterklasse und die Lohnabhängigen den Kampf für dieses Ziel noch führen und sich dabei so gut wie möglich gegen die Folgen des kapitalistischen Systems schützen müssen, haben sie gar kein Interesse, z. B. bei dem Ausgabenposten "Lohnersatzleistungen" zu sparen. Ganz im Gegenteil: Die wichtigen Forderungen nach 80 % Arbeitslosengeld oder z.B. nach 75 % Rente sind ausgesprochen "kostentreibend". Ebenso diejenige nach vollständig kostenloser ärztlicher Versorgung.

Nein, es hat keinen Sinn, wie ein hypnotisiertes Kaninchen auf die Ausgaben- und Verlustschlange zu starren. Der Hauptpunkt liegt für die Lohnabhängigen woanders: Das "Friß, Versicherter, oder zahl' dich tot!" ist ein Würgegriff der Kapitalisten, der darauf beruht, daß sich alle Ausgabensteigerungen der Sozialversicherung in Beitragserhöhungen und Reallohnabbau niederschlagen. Die Lohnabhängigen sollen versprechen, daß sie in Zukunft nichts mehr von der Sozialversicherung wollen. Das Interesse der Lohnabhängigen liegt aber im genauen Gegenteil.

Unter welchen Forderungen muß sich die Arbeiterklasse zusammenschließen, um eine Verbesserung der Sozialversicherung durchzusetzen?

Die Lohnabhängigen können es sic[h] nicht leisten, geduldig in dem Würgegriff auszuhalten und gemeinsam mit der bürgerlichen Klasse den Rotstift in die Hand zu nehmen, um da und dort – letztlich doch immer auf dem eigenen Rücken – die Kosten zu senken.

Sie müssen den anderen Weg gehen: Die Last der Sozialversicherung muß voll und ganz den Kapitalisten aufgebürdet werden. Sie sollen die Sozialversicherungsbeiträge und vor allem die durch ihre Wirtschaft verursachten Beitragserhöhungen zahlen.

Auf der Grundlage dieser Finanzierungsweise können die Lohnabhängigen geschlossen, im Kampf Klasse gegen Klasse, für die Sicherstellung der Sozialversicherungshaushalte kämpfen.

Sie brauchen dazu eine einheitliche Sozialversicherung, die alle Lohnabhängigen gegen die Kapitalisten vereint genauso wie gegen die schon jetzt vereinten Ärzte etc., und sie brauchen dazu die vollständige Selbstverwaltung der Versicherten. Nur so können sie das notwendige Geld erkämpfen, die Kassen vor Ausplünderung schützen und sie so einsetzen, wie es nötig ist: zur Stärkung der Einheit von Arbeitslosen und Beschäftigten, Kranken und Gesunden, Rentnern und Arbeitenden.

Wenn sie so vereinigt den Kapitalisten die Rechnungen der Versicherungsgewinnler wie Ärzte und Pharmaindustrie zur vollen Bezahlung präsentieren, dann wird wohl auch manche "Preis-Zeitbombe" vor ihrer "Kostenexplosion" von den Kapitalisten eigenhändig entschärft werden.

Es kommt in der gegenwärtigen Lage also darauf an, in Betrieb und Gewerkschaften die Forderungen zu propagieren:

- **Einheitliche Versicherung für alle Lohnabhängigen!**
- **Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat!**
- **Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen!**

TT, Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Heidelberg
Sektion Sozialpolitik

Eine Antwort an die DKP

Ist die Sowjetunion ein sozialistisches Land ?

Unter der Überschrift "Antikommunistische Blüten der Drahtzieher des 'KBW'" veröffentlichte die DKP-Zeitung "UZ" am 30. Mai Auszüge aus Referaten und Redebeiträgen von Willi Gerns, Robert Steigerwald und Günter Weiß, alle drei (nach Auskunft der "UZ") Mitglieder des Parteivorstandes der DKP; Gerns zusätzlich Mitglied des Präsidiums. Gehalten wurden diese Referate auf einer DKP-Veranstaltung in der Bremer Universität im Rahmen der Vorbereitungen auf die Bürgerschaftswahl im Herbst. Man kann davon ausgehen, daß die Äußerungen dieser drei führenden Funktionäre nicht nur die offizielle Parteimeinung wiedergeben, sondern zugleich auch die stärksten Argumente enthalten, welche die DKP gegen den KBW ins Feld zu führen hat.

In einem ersten Teil werden wir uns mit den Auszügen aus dem Referat von Gerns auseinandersetzen. In der nächsten Nummer gehen wir auf die Beiträge von Steigerwald und Weiß ein.

Der erste und Hauptvorwurf von Gerns gegen den KBW lautet auf "*Antisowjetismus*". Dies sei die aktuelle Form des Antikommunismus, weil die "*Sowjetunion ... als das mächtigste sozialistische Land*" im Zentrum der Angriffe der Reaktion stünde. Für den Gipfel des Antikommunismus erklärt Gerns es daher, "*wenn der 'KBW' behauptet, daß in der Sowjetunion der Kapitalismus wiederhergestellt sei und die Bourgeoisie die Macht erobert habe. Seit dem Kommunistischen Manifest weiß jeder Marxist, daß die ökonomische Grundlage des Kapitalismus das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist und daß die Bourgeoisie eine Klasse ist, die eben diese Produktionsmittel besitzt und aufgrund dessen die Arbeiter ausbeutet, die keine Produktionsmittel besitzen. Wie soll es also in der Sowjetunion Kapitalismus und Bourgeoisie geben, wenn es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln gibt, wenn die Fabriken und Werke Eigentum des Sowjetstaates sind. Oder will jemand ernsthaft behaupten, daß Breshnew, Kossygin oder sonstwer Aktienpakete des Lichatschow-Werkes in Moskau oder des Bratsker Wasserkraftwerkes besitzen? Der Antikommunismus treibt wahrhaft seltsame Blüten.*"

Daß heute in der Sowjetunion die Diktatur des Proletariats herrsche, behauptet Gerns nun freilich nicht. Er erklärt nur, sie habe unter Lenin und Stalin bestanden, und deshalb habe die Bourgeoisie gar nicht wieder entstehen können:

"*Im übrigen stellt sich der 'KBW' die unter der Führung Lenins und Stalins geschaffene sozialistische Macht der Arbeiterklasse in der Sowjetunion offensichtlich als eine Art Operettenregime vor, in dem die nach 50 Jahren Sowjetmacht plötzlich wie ein Phönix aus der Asche entstandene Bourgeoisie friedlich und ohne jeden Widerstand die Macht ergreifen konnte.*"

Offenbar soll damit gesagt werden, daß die Diktatur des Proletariats die Bourgeoisie so gründlich zum Verschwinden gebracht habe, daß kein Boden mehr existiere, auf dem sie gedeihen könne, sondern nur noch "Asche". Das aber schlägt allen Tatsachen ins Gesicht.

Der ökonomische Boden für die Entstehung einer neuen Bourgeoisie existiert auch im Sozialismus noch

Auch unter Lenin und Stalin hat dieser Boden existiert: Neben dem Volkseigentum in der Industrie gab es das Kollektiveigentum auf dem Land. Zwangsläufig mußte der Austausch zwischen beiden auf dem Markt erfolgen, mußten die Arbeitsprodukte die Form von Waren annehmen. Die Ver-
gen, mußten die Arbeitsprodukte die Form von Waren annehmen. Die Ver-
teilung der Produkte mußte nach dem Grundsatz erfolgen: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung".

Damit herrschte zwar gleiches Recht für alle, die arbeiteten, aber: **"Das gleiche Recht ist hier immer noch dem Prinzip nach – das bürgerliche Recht."** (Marx, Kritik des Gothaer Programms) Welch ein Boden zur Entwicklung bürgerlicher Verhaltensweisen damit gegeben ist, hat schon Engels beschrieben: **"Der Junggeselle lebt herrlich und in Freuden von seinen acht oder zwölf Mark täglich, während der Witwer mit acht unmündigen Kindern damit kümmerlich auskommt."** Und da Konsumtionsmittel nach wie vor über Geld eingetauscht werden, das jederzeit in Zahlung genommen wird, **"steht die Möglichkeit offen, daß dies Geld anders als durch eigne Arbeit erworben sei"**. Damit **"liegen vor die Gelegenheit und das Motiv einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung ... Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wiederhergestellt."** (Anti-Dühring, S.403 f.)

Die Fortexistenz des bürgerlichen Rechts in der Verteilung, der Warenproduktion, der verschiedenen Eigentumsformen, das sind **"Muttermale der alten Gesellschaft"** (Marx), die in der sozialistischen Gesellschaft nach wie vor fortbestehen und dafür sorgen, daß auch **"auf dem von der einen Generation (der alten Gutsbesitzer und Bourgeoisie) gesäuberten Boden"** neue Bourgeois nachwachsen. Der ökonomische Boden auch der sozialistischen Gesellschaft **"trägt Bourgeois in Hülle und Fülle"** (Lenin, Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, April 1918, Werke Band 27, Seite 290 f.).

Garantiert Staatseigentum an den Produktionsmitteln den Sozialismus?

Die Sowjetunion kann gar kein kapitalistisches Land sein, weil die meisten Produktionsmittel Eigentum des Staates sind, das ist der dürre Kern Gerns'scher Beweisführung. Nun weiß man, daß in der Bundesrepublik beträchtliche Teile der Produktionsmittel ebenfalls Eigentum des Staates sind, die Bundesbahn, der größte Teil des VW-Konzerns und des VEBA-Konzerns etwa. Und es läßt sich nicht behaupten, daß Schmidt oder Genscher Aktienpakete der Bundesbahn besitzen würden und sie so in ihr privates Eigentum überführt hätten. Trotzdem kommt so leicht niemand auf den Gedanken, das Staatseigentum in der Bundesrepublik als sozialistisch zu bezeichnen.

Staatseigentum und Kapitalismus schließen sich keineswegs aus. Im Gegenteil, **"auf einer gewissen Entwicklungsstufe (der Vergesellschaftung größerer Massen von Produktionsmitteln) ... muß der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, ihre Leitung übernehmen"**. Das hat Friedrich Engels schon Ende des 19. Jahrhunderts erklärt und hinzugefügt, daß **"weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum ... die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte aufhebt"**. Es wird dadurch das Kapitalverhältnis **"vielmehr auf die Spitze getrieben"**. (Anti-Dühring, Seite 368 f.)

Die Frage ist, welche Klasse herrscht

Entscheidend für Kapitalismus und Sozialismus ist also nicht, ob vorwiegend Staatseigentum besteht an den Produktionsmitteln oder nicht, sondern was das für ein Staat ist, welche Klasse die politische Herrschaft innehat und welche Linie der Politik verfolgt wird. Von dem Staat, in dessen Händen beim Kampf um den Sozialismus **"alle Produktionsinstrumente ... zentralisiert"** werden, sagt das Kommunistische Manifest, er müsse **"das als herrschende Klasse organisierte Proletariat"** sein. Oder, mit anderen Worten: Nur wenn es ein Staat der Diktatur des Proletariats ist, in dessen Eigentum sich die Produktionsmittel befinden, ist Staatseigentum an diesen Produktionsmitteln ein Merkmal für sozialistische Eigentumsverhältnisse.

Es existieren noch Klassen und Klassenkampf

Die noch fortbestehenden Widersprüche zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, die Fortexistenz bürgerlicher Auffassungen in vielen Bereichen des Überbaus, das sind weitere Ansatzpunkte, welche die innerhalb der sozialistischen Gesellschaft neu entstehenden bürgerlichen Elemente zu nutzen versuchen, um ihre Position zu festigen. Es existieren also auch in der sozialistischen Gesellschaft noch Klassen, und es besteht zwischen ihnen heftiger Klassenkampf. Wenn die Arbeiterklasse in diesem Kampf Siege erringt und fortschreitet, dann drückt sich das darin aus, daß die "Muttermale der alten Gesellschaft" in den Produktionsverhältnissen, im staatlichen und im ideologischen Überbau bekämpft und überwunden werden. Kann die Bourgeoisie sich durchsetzen, so werden diese Muttermale nicht kleiner, sondern entwickeln sich zu Krebsgeschwüren, die schließlich den ganzen Körper befallen. Das genau ist in der Sowjetunion geschehen.

In der Sowjetunion hat eine neue Bourgeoisie die politische Macht erobert

Heute ist dort die offen bürgerliche Ideologie im Vormarsch: Die Kirchen sind voller als je, große Teile der Intelligenz schwärmen vom westlichen Liberalismus oder hängen religiösem Mystizismus an. Die Jugend ist hinter westlicher Mode und Musik her.

Der Widerspruch zwischen geistiger und körperlicher Arbeit wird immer schroffer. Keine Rede davon, daß leitende Kader an der Produktion teilnehmen.

Und der Widerspruch zwischen Stadt und Land hat sich zu einer solchen Schärfe entwickelt, daß die Behörden der Landflucht nur begegnen können, indem den Kolchosbauern die Ausweise abgenommen und im Büro des Kolchosleiters gelagert werden, um so die Freizügigkeit einzuengen.

Die Unterschiede in der Verteilung haben außerordentlich zugenommen. Entgegen den Prinzipien der Pariser Kommune, wonach die politischen Funktionäre der Arbeiterklasse ihre Tätigkeit für Arbeiterlohn verrichten sollen, sind die Privilegien der höheren Parteikader ständig gewachsen. Sie führen heute ein Herrenleben mit Einkäufen in teuren Sonderläden, Datschas auf dem Lande und allen Vorzügen, die der Reichtum verschafft. Gleichzeitig gibt es nach einer TASS-Meldung vom November
ner TASS-Meldung vom November
1974 etwa 25 Millionen Menschen, die zu "*Familien mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten gehören*". Das sind solche Familien, deren Pro-Kopf-Einkommen unter dem für die "*Sicherung eines minimalen Lebensstandards erforderlichen Niveaus liegen*". (Zitiert nach Peking Rundschau Nr. 20/1975)

Die Arbeiter sind wieder Lohnarbeiter

Das ist der Zustand in der heutigen Sowjetunion: Eine neue Bourgeoisie hat sich herausgebildet. Sie hat die politische Macht inne, und sie verfügt über die Produktionsmittel. Die Arbeiter besitzen wiederum nichts als ihre Arbeitskraft. Sie sind Lohnarbeiter. Daß sie "frei" sind von den Produktionsmitteln, wird daran deutlich, daß heute in der Sowjetunion Betriebsleiter Arbeiter nach Belieben entlassen können. Das geschieht auch reichlich, zwecks "Senkung des Lohnfonds" und Intensivierung der Arbeit für die verbliebenen Arbeiter. So ist eine Fluktuation von Arbeitskräften entstanden, mit Arbeitern, die bei ihrem Wandern von Ort zu Ort praktisch arbeitslos sind. Wie die sowjetische Zeitschrift "Sozialistische Arbeit" 1973 berichtete, machten 1972 die unsteten Arbeitskräfte in der sowjetischen Industrie (ohne Bauwesen und Landwirtschaft) 20 Prozent der Gesamtzahl aus, also etwa 6,5 Millionen. Im Schnitt verlor jeder Arbeiter, bis er wieder angestellt wurde, 28 Arbeitstage. Das heißt, 780 000 Menschen hatten ein Arbeitsjahr lang keine Arbeit (zitiert nach Peking Rundschau Nr. 20/1975).

Die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion ist also keineswegs "wie ein Phönix aus der Asche entstanden", sondern hat einen Boden vorgefunden, auf dem sie sich entwickeln konnte. Und sie hat auch keineswegs "*ohne jeden Widerstand die Macht ergreifen*" können. Unter Lenin und Stalin ist fortgesetzt gegen sie gekämpft worden. Und wenn die herrschende Bourgeoisie in der Sowjetunion heute Stalin mit Haß verfolgt, dann eben deshalb, weil er ihr Feind war und sie erbittert bekämpft hat. Dieser Kampf ist letztlich in einer Niederlage geendet, weil er vor allem mit polizeilich-bürokratischen Mitteln geführt worden ist und nicht durch Mobilisierung der arbeitenden Massen zur Fortsetzung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. So wurden durch den Ausbau des Staatsapparates gleichzeitig jene Elemente verstärkt, die dieser Apparat bekämpfen sollte. Und eine Machtergreifung der neuen Bourgeoisie "von innen" her wurde möglich, die sich niederschlug in der Änderung der politischen Linie der KPdSU auf dem 20. Parteitag 1956.

Die Kommunistische Partei Chinas hat die Lehren gezogen

Aus dieser Erfahrung hat die Kommunistische Partei Chinas in der Kulturrevolution die Lehren gezogen, und heute werden im Massenumfang die Schriften der Klassiker über die Fortsetzung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats in ganz China studiert und die politischen, ökonomischen und ideologischen Aufgaben in diesem Klassenkampf herausgearbeitet. Das geschieht getreu dem Wort von Marx: **"Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen." (Klassenkämpfe in Frankreich, MEW, Bd. 6, S. 89f.)**

In der Sowjetunion besteht imperialistischer Kapitalismus

In der Sowjetunion haben die Produktionsmittel heute wieder Kapitaleigenschaft angenommen, deren Zweck es ist, mit einem Minimum von vorgeschossenem Kapital ein Maximum von Mehrwert zu erzeugen. Da diese Entwicklung aus dem sozialistischen Staatseigentum heraus erfolgte, war die Zentralisation des Ka-
listischen Staatseigentum heraus erfolgte, war die Zentralisation des Ka-
pitals von vornherein sehr hoch, nahm der restaurierte Kapitalismus monopolistische Form an. Die Sowjetunion ist heute ein imperialistisches Land mit allen Konsequenzen. Sie betreibt Kapitalexport z. B. nach Indien, bringt andere Länder vor allem in Osteuropa in extreme Abhängigkeit und zieht Extraprofite heraus. Sie ist extrem aggressiv und betreibt hinter einem ständigen Gerede von Abrüstung und Entspannung eine ungeheuer intensive Aufrüstung. Es dürfte kein Land in der Welt geben, das einen so hohen Anteil seines Sozialprodukts für die Rüstung ausgibt wie die Sowjetunion. Auch am Charakter der Rüstung wird erkennbar, daß die Sowjetunion eine imperialistische Macht ist. Seit Anfang der sechziger Jahre hat sie ein gewaltiges Flottenrüstungsprogramm durchgeführt, obwohl sie ein Land ist, das im wesentlichen Landgrenzen und Landverbindungen hat und von dem nicht einzusehen ist, wo es z. B. im Indischen Ozean Interessen der Landesverteidigung hat. Tatsächlich konkurriert die Sowjetunion mit der anderen Supermacht, den USA, um die Weltherrschaft.

Die DKP ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, die als Fürsprecher der imperialistischen Politik der Sowjetunion auftritt.

Gerns regt sich darüber auf, daß der KBW die DKP nicht nur als revisionistische Partei bezeichnet, die sie zweifellos ist, eine Partei, die die bürgerlichen Strömungen der Klassenversöhnung in der westdeutschen Arbeiterbewegung politisch zum Ausdruck bringt, sondern daß der KBW die DKP zugleich als Agentur des Sozialimperialismus bezeichnet. Schon immer seien die Kommunisten von Reaktionären als Agenturen fremder Mächte verleumdet worden, erwidert Gerns.

Das Schlimme ist: Diese bürgerlichen Verleumdungen gegen die Kommunisten sind heute bei vielen ehemaligen Kommunisten in KPD/DKP wahr geworden. Während der Weimarer Republik war die KPD keineswegs eine "fünfte Kolonne der Sowjetunion", obwohl die Zusammenarbeit mit der KPdSU eng war. Beide Parteien dienten demselben Ziel, der Weltrevolution. Dabei gibt es kein Agenturverhältnis, sondern Zusammenarbeit von Genossen für dieselbe, gemeinsame Sache. Und wenn dabei eine der beiden Parteien eine führende Rolle wahrnimmt, so ist die andere doch keineswegs deren Agentur.

Zur Agentur des Sozialimperialismus ist die KPD bzw. DKP erst geworden, als die Sowjetunion aufgehört hat, Bestandteil der proletarischen Weltrevolution zu sein, sondern sozialimperialistische Macht geworden ist, die ihre Interessen an Ausbeutung und Unterdrückung anderer Länder verfolgt. KPD/DKP erkennen diese Sowjetunion nach wie vor als Führungsmacht eines sozialistischen Lagers an, das nicht mehr existiert und machen sich in Westdeutschland zu Fürsprechern ihrer Politik, propagieren den Betrug mit der Entspannung bei gleichzeitiger Aufrüstung. Damit spielen sie objektiv eine Agentenrolle.

Bis ins organisatorische Gefüge der DKP ist dieser Agenturcharakter heute erkennbar. Auf dem Hamburger Parteitag 1972 wurden die Gesamteinnahmen der DKP mit 8,5 Millionen DM beziffert (Protokoll, S. 77). Es liegt auf der Hand, daß der aufwendige hauptamtliche Apparat, die materialreich geführten Wahlkämpfe, eine Tageszeitung, die sich selber nicht tragen kann, die Volksfeste und billige Eier-Kampagnen damit nicht finanziert werden können. Es gehört zum Agenturcharakter der DKP, daß ihre leitenden Funktionäre auch Agenten des Sozialimperialismus gegen Bezahlung sind. Grotesk ist zum Teil die Form der Finanzierung. In der "UZ", der "Zeitung der arbeitenden Menschen", werden z. B. den 'arbeitenden Menschen' in großformatigen Anzeigen "VEM-Getriebemotoren" oder "robotron"-Projektierungsarbeiten angeboten von irgendeinem VEB-Kombinat aus der DDR.

Der Charakter einer Agentur des Sozialimperialismus tritt bei der DKP so penetrant in Erscheinung, daß es ihr dadurch fast unmöglich ist, ihre Rolle als bürgerliche Arbeiterpartei halbwegs erfolgreich zu spielen. In keinem Land Westeuropas sind die Revisionisten so schwach wie in Westdeutschland, auch nicht in Ländern, wo sie verboten sind wie in Spanien. Und das hängt unter anderem damit
wo sie verboten sind wie in Spanien. Und das hängt unter anderem damit
zusammen, daß keine dieser Parteien derart lakaienhaft gegenüber der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion und in der DDR auftritt.

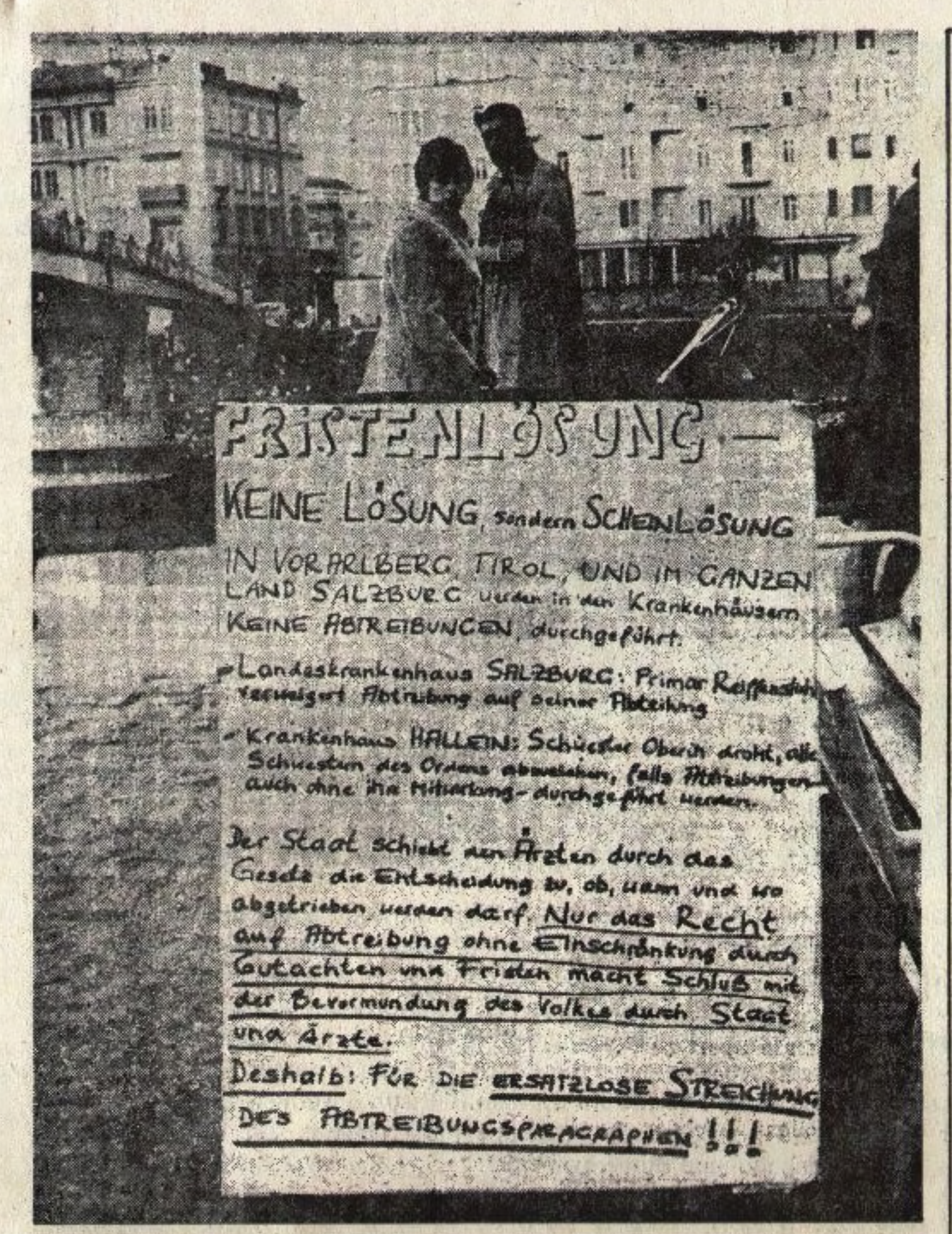
Die meisten anderen revisionistischen Parteien Westeuropas versuchen, Raum für eine bürgerliche Arbeiterpolitik zu gewinnen, indem sie mit der jeweils eigenen Bourgeoisie engere Zusammenarbeit suchen, ihr Lakaienschaft anbieten, und zum Sozialimperialismus auf mehr Distanz gehen.

Wer gegen den Sozialimperialismus ist, ist nicht antisowjetisch.

Auch der KBW ist wie die DKP Teil einer größeren Armee. Aber der KBW ist nicht Bestandteil einer imperialistischen bürgerlichen Armee. Er betrachtet sich **"als eine Abteilung der Weltarmee des Proletariats"** (Programm des KBW). Gemeinsam mit den Arbeitern aller Länder, auch mit denen der Sowjetunion und der DDR, verfolgt er das Endziel der klassenlosen Gesellschaft. Gemeinsam mit ihnen und mit den unterdrückten Völkern bekämpft er den Imperialismus in jeder Gestalt, ob in seiner traditionellen Gestalt wie in den USA und Westeuropa oder ob in seiner neuentstandenen Gestalt wie in der Sowjetunion. In diesem Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker steht der KBW an einem bestimmten Frontabschnitt und vor bestimmten nächsten Aufgaben, die er selbständig und in eigener Verantwortung verfolgt. Dieser Frontabschnitt ist Westdeutschland, das von der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie beherrscht wird. Und die Aufgabe ist, die Arbeiterklasse auf deren Sturz vorzubereiten und sie dabei zu führen. Westdeutschland aus einem Bollwerk der Reaktion in ein Bollwerk der Revolution zu verwandeln, darin sieht der KBW seinen entscheidenden Beitrag zur Weltrevolution. Darin sieht er auch seinen entscheidenden Beitrag, dem Streben beider Supermächte, der USA und der UdSSR einen Schlag zu versetzen.

Der KBW ist nicht "antisowjetisch". Er ist solidarisch mit der Arbeiterklasse und dem Volk in der Sowjetunion und gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung durch die neue Bourgeoisie. Und er wendet sich ebenfalls gegen alle Versuche imperialistischer Mächte, die Unabhängigkeit der osteuropäischen Staaten zu verletzen.

–W.M.–



In Österreich haben die Menschen mit der seit Januar geltenden "Fristenregelung" schon praktische Erfahrungen machen können. Diese Stellwand aus Salzburg berichtet davon, daß diese Regelung das Recht auf Abtreibung keineswegs durchgesetzt hat. Die Ärzte können frei entscheiden, ob sie Abtreibungen vornehmen oder nicht. 80 Prozent der Ärzte weigern sich, 39 von 50 Kliniken ebenfalls. Für viel Geld kann man allerdings einen Arzt finden.

Erfolgreiches Treffen der Komitees und Initiativen gegen den Paragrafen 218

174 Vertreter von 79 Komitees und Initiativen gegen den § 218 waren der Einladung des Zentralen Komitees des KBW gefolgt und zu einem Treffen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 gekommen. Nach ausführlicher Diskussion über die Rolle des Paragrafen 218, die Bedeutung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und die Mittel und Formen des weiteren Kampfes für die ersatzlose Streichung des § 218 wurde einstimmig eine Resolution gefaßt.

An dieser Abstimmung nahmen allerdings einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses nicht teil, die eine eigene Stellungnahme verfaßten. Dabei handelte es sich um Mitglieder einiger "Frauengruppen", vor allem des Frauenkomitees Bonn, die sich gegen die verbindliche Festlegung der Forderung "Volksentscheid gegen den § 218!" aussprachen.

Die beschlossene Resolution lautet:

RESOLUTION DER KOMITEES UND INITIATIVEN GEGEN DEN PARAGRAFEN 218

Die am 31. Mai / 1. Juni 1975 in Ludwigshafen vertretenen Komitees und Initiativen setzen auch nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil den Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 fort. Sie erheben folgende Forderungen und setzen sich für ihre Verwirklichung ein:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Um die Volksmassen hinter diesen Forderungen zusammenzuschließen und erste Schritte für ihre Verwirklichung einzuleiten, führen die versammelten Komitees in der Zeit bis zum 21. September für diese Forderungen eine Unterschriftensammlung durch und am 21. September zu Beginn der Herbstsitzungsperiode des Bundestages eine zentrale Demonstration in Bonn.

Ziel der Unterschriftensammlung ist es, die Forderungen der Komitees in den Massen zu verankern, gegenüber den Entscheidungen des bürgerlichen Staates ihnen Gewicht zu verschaffen, an möglichst vielen Punkten, in Betrieben, Abteilungen, Schulen und Schulklassen, Universitäten usw. Mehrheiten für diese Forderungen zu bilden und die Massen für die Demonstration am 21. September zu mobilisieren. Durch die Unterschriftensammlung und die Demonstration soll den bürgerlichen Parteien und den Organen des bürgerlichen Staa-
chen Parteien und den Organen des bürgerlichen Staa-
tes gegenüber der Wille der Massen zum Ausdruck gebracht werden, soll gezeigt werden, daß sich die Massen mit den Entscheidungen des bürgerlichen Staates nicht abfinden und den Kampf für ihre Interessen und Forderungen fortsetzen. Damit wird eine Front aufgebaut, um diese Interessen im weiteren Verlauf des Kampfes gegenüber dem bürgerlichen Staat zur Geltung zu bringen und die Forderungen zu verwirklichen. Von entscheidender Bedeutung wird es dann sein, diese Forderungen weiter in den Gewerkschaften zu verankern und in und mit den Gewerkschaften den Kampf fortzusetzen, um am 1. Mai 1976 den Kampf gegen den § 218 einem weiteren Höhepunkt zuzuführen.

Die vertretenen Komitees rufen alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin auf, sich im Kampf gegen den § 218 zusammenzuschließen; sie rufen dazu auf, den Komitees beizutreten, weitere Komitees auf der genannten Grundlage zu bilden; sie rufen dazu auf, die Unterschriftensammlung zu unterstützen und sich an der Demonstration am 21. September zu beteiligen. Sie wenden sich an die Gewerkschaften mit der Aufforderung, den Kampf gegen den § 218 fortzusetzen. Sie wenden sich an alle Organisationen, die bisher gegen den § 218 aufgetreten sind, mit der Aufforderung, den Kampf fortzusetzen und die Komitees zu unterstützen.

Um ihre Arbeit zu organisieren im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin, bilden die Komitees einen Ausschuß, bei dem die Unterschriftenlisten gesammelt werden und der die Organisierung der Demonstration am 21. September in Bonn übernimmt. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, die Komitees und ihre Zielsetzung zentral zu vertreten, insbesondere gegenüber der überregionalen Presse. Er hat die Aufgabe, weitere Verhandlungen zur Bildung einer breiten Aktionseinheit zu führen. Er hat die Aufgabe, den Aufruf der Komitees zu veröffentlichen, in fremde Sprachen zu übersetzen, die Unterschriftensammlungslisten drucken zu lassen, Plakate und Aufkleber herstellen zu lassen. Die Ausgaben des Ausschusses werden durch die Bezahlung der Agitationsmaterialien und durch Umlage auf die Komitees beglichen.

Der Ausschuß bereitet die Hauptrede für die Abschlußkundgebung auf der Demonstration in Bonn vor. Sie wird von einem Mitglied des Ausschusses gehalten. Auf dieser Kundgebung erhalten die politischen Organisationen, die die Unterschriftensammlung und die De-
sationen, die die Unterschriftensammlung und die De-
monstration auf Grundlage der Forderungen der Komitees unterstützen, Gelegenheit zu einer höchstens zehnminütigen Ansprache.

Sollte die Demonstration in Bonn verboten werden, werden am 20. und 27. September in Bonn und in anderen Städten Demonstrationen für die Forderungen der Komitees durchgeführt.

Der Ausschuß ist dem Delegiertentreffen der Komitees verantwortlich. Ein Drittel der auf dem Treffen in Ludwigshafen vertretenen Komitees und Initiativen für Komitees kann ein weiteres Delegiertentreffen einberufen. Der auf dem Treffen gewählte Ausschuß kann durch Mehrheitsentscheidung ein weiteres Delegiertentreffen einberufen.

Nach der Behandlung der Resolution wurde über einen Aufruf beraten. Nach längerer Diskussion wurde der auf der ersten Seite abgedruckte Aufruf bei einigen Gegenstimmen beschlossen. Danach wurde ein fünfköpfiger Ausschuß gewählt. Er besteht aus Vertretern der Komitees und Initiativen in Ludwigshafen, Hamburg, Bremen, Osnabrück und Schwetzingen.

Er ist unter folgender Adresse zu erreichen:
Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218
c/o Almut Bilger
Büro: 6800 Mannheim 31, Glasstraße 4, Telefon 0621/37 99 34
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 16 bis 19 Uhr

Der Ausschuß hat ein Spendenkonto eingerichtet, um die Agitationsmaterialien zu finanzieren:
Stadtsparkasse Mannheim, Konto Nr. 40 66 700 (Almut Bilger)

Köln: Ford-Vertrauenskörper fordert Volksentscheid gegen den Paragrafen 218

Köln. Am Sonntag, dem 1.6., fand eine Gesamtvertrauensleute-Vollversammlung der Kölner Ford-Werke statt. Auf der Tagesordnung stand die schon gelaufene Betriebsratswahl. Von Vertrauensleuten wurde eine Resolution gegen den § 218 eingebracht, die sinngemäß folgenden Inhalt hatte:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in der Frage des § 218 ist unsozial, da die reichen Frauen weiterhin die Möglichkeit haben, bei Spezialisten und in ausländischen Kliniken abzutreiben, wohingegen es bei den Frauen der Arbeiter und Angestellten anders aussieht: Häufig bedroht ein weiteres Kind die Existenz, vor allem, weil viele Kollegen noch von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind. An Einrichtungen für Kinder von Arbeitern fehlt es an allen Ecken und Enden: Kindergärten, Spielplätze, schulische Einrichtungen sind überall zu wenig, und selbst Ford als größtes Kölner Unternehmen hat noch nicht einmal einen eigenen Betriebskindergarten. Eben weil die sozialen Verhältnisse so schlecht sind, wird es auch immer wieder den Zwang zur Abtreibung geben.

Die Entscheidung über das Recht auf Abtreibung muß deshalb bei den Frauen und Familien, beim Volk selber liegen.

Das haben nach dem Karlsruher Urteilsspruch auch Zehntausende von Demonstranten gefordert.

Diese Forderungen haben auch Gewerkschaftsgremien unterstützt. Der Kampf gegen den § 218 hat aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er vom Volk selbständig weitergeführt wird, denn weder das Parlament noch die Regierung können jetzt noch den Paragrafen 218 aufheben. Das ist nur möglich über einen Volksentscheid. Deshalb geht es jetzt darum, den Staat zu zwingen, den Volksentscheid in der Frage des § 218 durchzuführen.

Deshalb: Weg mit dem § 218! Das Volk muß entscheiden! Volksentscheid über den § 218!

Die Ortsverwaltung und der Hauptvorstand werden aufgefordert, weitere Aktionen, z. B. Unterschriftensammlungen durchzuführen.

Von den 150 anwesenden Vertrauensleuten wurde diese Resolution bei zwei Enthaltungen angenommen. Sie wird auf der nächsten Kölner IG Metall-Delegiertenkonferenz zur Abstimmung gestellt.

Dieser Beschluß sollte für die Gewerkschaften und die Komitees und Initiativen ein großer Ansporn sein, die Front gegen den § 218 weiter zu verbreitern.

—Aufbauzelle Ford, Köln—

Hamburg: 5oo kamen zur Veranstaltung gegen den Paragrafen 218

Mit etwa 500 Teilnehmern führte die Ortsgruppe Hamburg am Dienstag, den 27. Mai, eine Veranstaltung zum § 218 durch. In dem Hauptreferat analysierte der Genosse Martin Fochler vom Zentralen Komitee des KBW die politische Situation, die nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil entstanden ist, und zeigte, daß die Bewegung gegen den Paragrafen 218 sich nur neu entwickeln und erstarken kann, wenn sie mit allen bürgerlichen Ideen bricht und sich als selbständige Kraft gegenüber dem bürgerlichen Staat organisiert und daß die Kampagne "Weg mit dem Paragrafen 218 — Das Volk selber soll entscheiden!" die geeignete Form ist, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammenzufassen. Im Anschluß entwickelte sich eine lebhafte Debatte mit Vertretern des Kommunistischen Bundes (Nord), die bisher keine Möglichkeit sehen, die Volksmassen zum Kampf gegen den § 218 zusammenzuschließen und die Frage des § 218 unter der Parole "Paragraf 218 – Ja oder Nein – Das muß Sache der Frauen sein!" auf eine Frauenfrage reduzieren wollen. Die Veranstaltung war ein Erfolg, weil sie ein großer Schritt vorwärts war in der Bekämpfung bürgerlicher Ideen, die nach wie vor in der Bewegung gegen den § 218 vorhanden sind.

Der **Kommunistische Bund Westdeutschland** wird in der nächsten Woche eine **neue Broschüre herausbringen:**

Die bürgerliche Reaktion zementiert den § 218
Die Arbeiterklasse muß ihn zu Fall bringen

Göttingen: Veranstaltung des DGB-Frauenausschusses

Der Kampf gegen den § 218 muß auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts weitergehen. Die Gewerkschaften werden sich da nicht raushalten können, denn in den Gewerkschaften haben sich die Lohnabhängigen zusammengeschlossen, die am härtesten von diesem Unterdrückungsparagrafen getroffen werden.

Am 1. Mai dieses Jahres wurde in der Rede des DGB-Frauenausschusses Göttingen gefordert: "Weg mit dem § 218!" Es ist nicht bei Worten geblieben. Der DGB-Frauenausschuß organisierte eine Veranstaltung gegen den § 218.

Diese Veranstaltung fand am 15. Mai im Göttinger Jugendfreizeitheim statt. 60 bis 70 Kollegen waren dem Aufruf des DGB-Frauenausschusses gefolgt, unter ihnen auch der DGB-Kreisvorsitzende Siegfried Krüger.

Während der Diskussion standen viele Kollegen auf, die sagten, daß der Volksentscheid gegen den § 218 das richtige und noch einzig mögliche Mittel sei, um diesen Klassenparagrafen zu Fall zu bringen. Eine Kollegin trat dieser Ansicht entgegen. Sie sagte, der § 218 sei ein Klassenparagraf gegen die arbeitende Frau. Nur die Frauen könnten daher eine Entscheidung treffen. Doch ihr wurde entgegnet, daß sie besser gar nicht die Front gegen den § 218 spalten könne. Im Betrieb würden sich die Arbeiterfrauen ganz schön bedanken, wenn ihnen die männlichen Kollegen sagen würden: Das mit Eurer Unterbezahlung, das ist Eure Sache, das geht uns Männer nichts an. Das Argument, daß nur die Solidarität zwischen männlichen und weiblichen Kollegen, die Solidarität der ganzen Klasse zum Erfolg führt, auch im Kampf gegen den § 218, fand breite Zustimmung.

Von einer überwältigenden Mehrheit wurde einer Resolution zugestimmt, die fordert: Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218!

Allen Anwesenden war klar, daß Papier im allgemeinen geduldig ist und man es nicht bei der Resolution belassen dürfe. Insbesondere wurde kritisiert, daß der Kreisvorstand saumäßig an die Verteilung der Einladungen zu dieser Veranstaltung herangegangen sei. Deshalb wurde auf der Veranstaltung der Beschluß gefaßt, daß sich alle Anwesenden in ihren gewerkschaftlichen Gliederungen dafür einsetzen, daß auch dort die vorgeschlagene Resolution diskutiert wird und daß sie in ihren Betrieben Diskussionsrunden und Veranstaltungen zu diesem Thema organisieren. Dadurch soll eine weitere Veranstaltung des DGB-Frauenausschusses vorbereitet werden.

Der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung paßt diese Entwicklung nicht. Mit allen Mitteln versucht sie, die Bewegung wieder in den Griff zu bekommen. So machte der DGB-Kreisvorsitzende Krüger im DGB-Frauenausschuß den Vorschlag, man solle jetzt nicht nur den Volksentscheid gegen den § 218 fordern, sondern Volksentscheid in allen wichtigen Fragen. Doch dieser Vorschlag wurde schnell durchschaut. Er soll ablenken vom Kampf gegen den § 218. Er zielt darauf ab, daß sich die Bewegung gegen den § 218 totläuft in fruchtlosen Debatten, etwa derart: sollte man nicht auch einen Volksentscheid zur Todesstrafe fordern, oder gar zur Einführung der Mitbestimmung?

Nachdem Krüger mit seinem "Volksentscheid in allen wichtigen Fragen" keinen Blumenstrauß gewinnen konnte, kam er von der anderen Seite. Er sagte, daß für eine weitere Veranstaltung des DGB-Frauenausschusses kein Geld da sei. Doch mit solchen Argumenten läßt sich kein beitragszahlendes Mitglied abwimmeln. Jetzt kommt es darauf an, daß gemeinsam mit dem DGB-Frauenausschuß in allen Göttinger Betrieben die zweite Veranstaltung vorbereitet wird. Auf dieser Veranstaltung wird es dann darauf ankommen, zu diskutieren, wie wir auf der Grundlage der Resolution praktische Tätigkeiten entfalten. R.

„Er wurde immer stiller"

Minister Grolle vor 2000 Studenten abgeschmiert

Göttingen. Vor kurzem wurde der Entwurf eines niedersächsischen Hochschulgesetzes veröffentlicht – er entspricht bis in den Wortlaut hinein den schon aus den anderen Ländergesetzen bekannten Regelungen. Letzten Freitag erschien der Wissenschaftsminister Grolle persönlich in der Uni, um seinen Entwurf vor den Studenten zu verteidigen.

Der größte Hörsaal der Uni war bis auf den letzten Stehplatz auf dem Treppengang gefüllt – 2 000 Studenten waren gekommen. Grolles Versuch aber, Teilen der Studenten sein Hochschulgesetz schmackhaft zu machen, schlug jämmerlich fehl. Bis auf eine Handvoll RCDS-Studenten, die fanden, daß das neue Hochschulgesetz ein Schritt vorwärts sei, sprachen sich alle anderen Studenten gegen das Gesetz aus. In einzelnen Beiträgen wurde die ausdrückliche Ablehnung des allgemeinpolitischen Mandats für die Organe der verfaßten Studenten und die Einführung des Ordnungsrechts angegriffen. Unter dem Beifall der Studenten führten Redner aus, daß das neue Hochschulgesetz nur dazu dient, die Interessen der Kapitalisten an der Hochschule durchzusetzen. Als über die zu niedrigen Bafög-Sätze gesprochen wurde, meinte der Minister Grolle, daß die Studenten eh privilegiert seien und später einmal viel Geld verdienen würden. Eine Erhöhung sei nicht drin, vielmehr müßten die Studenten damit rechnen, daß der Teil des Bafögs, der nur als Darlehen gezahlt wird, noch weiter erhöht wird. Die Pfiffe und Buhrufe, die er dafür erntete, verlaßten ihn, auf diesen Punkt nicht noch einmal zu sprechen zu kommen. Zwei Examenskandidaten traten auf und berichteten, daß sie ein Schreiben von der Behörde bekommen hätten, wonach sie nicht in den Referendardienst übernommen würden, weil weder Geld noch eine Stelle vorhanden sei. Vor wenigen Wochen hatte die Landesregierung versichert, alle Bewerber von diesem Jahr würden noch eingestellt. Jetzt wird bekannt, daß schon dieses Jahr 700 in Niedersachsen nicht eingestellt werden. Die beiden Examenskandidaten fragten ihn, wie er sich das dächte. Minister Grolle sagte, die Landesregierung hätte von Lehrern gesprochen und nicht von Referendaren, die seien noch keine Lehrer. Als er trotzdem in den Augen der Studenten als Lügner dastand, sagte der Minister gar nichts mehr. Er wurde immer stiller. Auf die erhobenen Vorwürfe antwortete er kaum noch. Gegen Ende der Veranstaltung ließen die Studenten vom Minister ab und verabschiedeten zwei Resolutionen. In der von 12 Fachschaften vorgelegten und mit deutlicher Mehrheit angenommenen Resolution wird die Haltung der Studenten auf dieser Veranstaltung noch einmal zusammengefaßt:

"Durch kein Gesetz und keine staatliche Verordnung wird der Widerstand der Studenten gegen die herrschenden Verhältnisse erstickt werden können. Wir erklären, daß wir uns jeder Einschränkung unserer Rechte entgegenstellen und den NHG-Entwurf ablehnen und bekämpfen wie jeden anderen Versuch, die Parteinahme der Studenten für die herrschenden Verhältnisse zu erzwingen."

–K.K., Göttingen–

müßten die Studenten damit rechnen, daß der Teil des Bafögs, der nur als Darlehen gezahlt wird, noch weiter erhöht wird. Die Pfiffe und Buhrufe, die er dafür erntete, verlaßten ihn.

fen wie jeden anderen Versuch, die Parteinahme der Studenten für die herrschenden Verhältnisse zu erzwingen."

–K.K., Göttingen–



Heidelberg. Rund 1 000 Menschen nahmen in Heidelberg an einer ersten Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahngesellschaft (HSB) teil. Diese Erhöhung um rund 25 % soll zum 1. 8. durchgeführt werden. Entsprechend dem Vorschlag des KBW wird der Kampf aber jetzt schon entfaltet, um dem Gemeinderat bereits vor seiner Beschlußfassung den Willen der Bevölkerung zu demonstrieren. An der Demonstration nahmen viele Schüler teil, die, zusätzlich zu der Fahrpreiserhöhung von einem Beschluß des Baden-Württembergischen Finanzministerium betroffen werden, die Fahrtkostenzuschüsse für die Eltern der Schüler weitgehend zu streichen. Auf der Abschlußkundgebung sprach die Stadträtin Helga Rosenbaum vor dem Rathaus. Sie erhielt besonders starken Beifall, als sie dazu aufrief, falls der Gemeinderat bis dahin die Erhöhung nicht ablehnt, am 19.6. eine große Kundgebung durchzuführen "bei ruhendem Straßenbahn- und Busverkehr".



„Maulkorberlaß" muß weg

Kiel: Studentische Kampfmaßnahmen gegen Einschränkung

Letzte Woche Donnerstag hat das schleswig-holsteinische Kultusministerium "Richtlinien für die Benutzung von Gebäuden und Grundstücken der staatlichen Hochschulen" erlassen.

Dagegen haben die Studenten Kampfschritte eingeleitet. Die Richtlinien beinhalten die Vorschrift, daß die Benutzung von Räumen, Gebäuden und Grundstücken der Erfüllung der "gesetzlichen Aufgaben der Hochschule vorbehalten" und ansonsten erlaubnispflichtig sei. Politische Veranstaltungen dürfen nur noch hochschulpolitische Themen enthalten oder von den Mitgliedern der Hochschule abgehalten werden. Durch eine besondere Bestimmung wird den Hochschulleitern das Recht gegeben, jegliche politische Betätigung zu verbieten, die "in Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung" steht. Der Gebrauch von Megaphon und Lautsprechern, das Aufstellen von Informationsständen, Verteilen von Flugblättern und Verkaufen von Zeitungen, jegliche parteipolitische Betätigung und Werbung wird verboten und der Zensur der Hochschulleitung unterworfen.

Dieser Angriff des Kultusministeriums richtet sich nicht nur gegen die Studenten, sondern auch gegen die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung von Tausenden von Lohnabhängigen an den Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Mit diesem Erlaß, der an der Universität treffend "Maulkorberlaß" genannt wird, will das Ministerium einen entscheidenden Schlag gegen die Studenten führen, die sich das Recht auf freie politische Betätigung bisher nicht nehmen ließen. Dagegen hat es schon die ersten Kampfschritte der Studenten gegeben.

Am Montag wurde die geplante feierliche Rektoratsübergabe an den neuen Rektor Möller von zirka 500 Studenten gesprengt. Daraufhin wurden die nächsten Kampfschritte diskutiert. Die Vorschläge des AStA und der Roten Zellen, einer studentischen Massenorganisation des KBW, stießen auf Zustimmung. Die Vorschläge lauteten: Diskussion in den Lehrveranstaltungen und breite Mobilisierung der Studenten in den Fachbereichsgruppen. Herstellung einer breiten Aktionseinheit aller fortschrittlichen Organisationen und gewerkschaftlichen Gruppen an der Universität. Bisher haben sich der Aktionseinheit unter anderem die Jungsozialisten, der Soziallliberale Hochschulverband und verschiedene Allgemeine Studentenausschüsse des Landes angeschlossen. Nicht teilgenommen haben die DKP-Studenten. Weiterhin wurde eine Vollversammlung am Donnerstag vorgeschlagen, auf der über eine Urabstimmung zum Streik in der nächsten Woche diskutiert und abgestimmt werden soll. Eine landesweite Demonstration am Donnerstag der nächsten Woche, Stände in der Stadt und Flugblätter für die Bevölkerung sind geplant, um den Kampf um die öffentliche Meinung gegen die Hetze in der bürgerlichen Presse zu führen.

Das werden die geeigneten Schritte sein, um diesen Erlaß des Kultusministeriums vom Tisch zu kriegen.

–B., Kiel–

Feiertäglicher Raubzug

Am letzten Donnerstag, der in Baden-Württemberg Feiertag war, ließ das Kultusministerium an der Fachhochschule für Sozialwesen in Mannheim alle Prüfungsunterlagen und Referate beschlagnahmen und abtransportieren.

Anläßlich des Berufsverbotes für acht Lehrbeauftragte an der Fachhochschule für Sozialwesen (FHS) hatte das Ministerium diesen Schritt bereits angekündigt.

Da die Studenten dem Abtransport der Referate durch die Herren Beamten sicherlich nicht tatenlos zugeschaut hätten, haben diese ihren staatlichen Raubzug auf einen Feiertag gelegt. Mit der Durchforstung der Prüfungsunterlagen und Referate will das Ministerium jetzt untersuchen, was für Veranstaltungen die Dozenten machen und welche Gedanken die Studenten in ihren Köpfen mit sich herumtragen.

Die Dozenten und Studenten der FHS werden diesen Schritt des Kultusministeriums nicht widerstandslos hinnehmen.

In der öffentlichen Erklärung von Dozenten und Studenten der FHS anläßlich dieser Ereignisse heißt es:

"Wir fordern das Kultusministerium auf, auf einer öffentlichen Veranstaltung an der FHS zu erklären, was an unseren Anschauungen und Forderungen schlecht ist und was Verwerfliches bei der Durchforstung der Referate und Prüfungsunterlagen gefunden wurde."

Terrorurteile im Scheuch-Prozeß

Wegen öffentlicher Verbreitung der Wahrheit zu Gefängnis ohne Bewährung verurteilt

Köln Mit Gefängnisstrafen im Contergan-Prozeß benannt war, Kaupen-Haas sich heute als Agit-

Terrorurteile im Scheuch-Prozeß

Wegen öffentlicher Verbreitung der Wahrheit zu Gefängnis ohne Bewährung verurteilt

Köln. Mit Gefängnisstrafen zwischen 6 und 9 Monaten ohne Bewährung für drei Mitglieder des Kommunistischen Studentenverbandes ging am 21. Mai in Köln der sogenannte "Scheuch-Prozeß" zu Ende.

Das Gericht hatte zu entscheiden, ob die drei Studenten die "Ehre" des hochbezahlten Bourgeois-Wissenschaftlers Prof. Erwin K. Scheuch, führendes Mitglied des reaktionären "Bundes Freiheit der Wissenschaft" "verletzt" hätten. Die Anklageschrift stützte sich auf Flugblätter des Kommunistischen Studentenverbandes vom Sommer 1973, die an der Kölner Universität verbreitet worden waren. Vorgeworfen wurde den Angeklagten:

a) "in ehrenverletzender Weise gefordert zu haben: Weg mit dem Denunzianten Scheuch"
b) "Scheuch vorgeworfen (zu haben), eine sogenannte Euskirchen'Studie, eine angeblich 'offen reaktionär kriminelle Variante der Sozialwissenschaft' verfaßt zu haben, die der Bundeswehr Sozialtechniken zur direkten Unterdrückung der Arbeiterklasse zur Verfügung habe stellen sollen";
c) die "wahrheitswidrige Behauptung (verbreitet zu haben), Scheuch sei Verfasser eines sogenannten Contergan-Gutachtens, das den Müttern die Schuld an der Mißbildung ihrer Kinder gebe".

"Diese über Scheuch geäußerten Tatsachen sind geeignet, seinen Ruf als Dozenten der Universität zu Köln in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung zu schmälern."

Die Tatsachen, zu denen das Gericht sich verhalten mußte, sind folgende:

1) 1967 nahm Prof. Scheuch von der Bundeswehrschule für Psychologische Kampfführung (PSK) in Euskirchen eine Studie in Auftrag, in deren Entwurf es heißt: "Schließlich muß man darauf vorbereitet sein, wenn es hier und da – aus der Mitte der Bevölkerung heraus – zu Aktionen gegen die allgemeine Ordnung und Sicherheit sowie gegen die Einsatzfähigkeit und Operationsfreiheit der Bundeswehr und ihrer Verbündeten kommt." (Zitiert aus der 'Zeit' vom 9.2.1968)

Die Studie wurde nicht durchgeführt, weil sich ein Assistent Scheuchs aus "ethischen Motiven" (vgl. 'Die Zeit' vom 9.2.1968) weigerte, an dererlei Forschung teilzunehmen und fortschrittliche Studenten in Euskirchen die Bevölkerung von der geplanten Umfrage informierten.

2) Tatsache ist, daß Scheuch von der Firma Grünenthal, dem Contergan-Hersteller, als Entlastungszeuge im Contergan-Prozeß benannt war, gute persönliche Beziehungen zum Vorstandsmitglied von Feldheim der oben genannten Firma unterhielt und auf Anregung dieses seines Freundes seine Studie "Zur Methodik und Statistik der Dysmelieforschung" 1967 verfaßte (Dysmelie = angeborene Mißbildung an den Gliedmaßen)

Scheuch "weist" darin eine Durchschlagskraft des Mittels Contergan von lediglich 5 % "nach" (andere Wissenschaftler gehen von 80 bis 100 % aus) und meint, bei einer solch geringen Durchschlagskraft sei dem Contergan-Hersteller kein Vorwurf wegen Fahrlässigkeit zu machen.

Er zweifelt die Glaubwürdigkeit der betroffenen Mütter an und sagt: "Alle sozialwissenschaftliche Erfahrung mit Befragungsdaten läßt erwarten, daß der letzte Fehler (irrtümliche Angaben der Mütter über die Einnahme von Contergan während der Schwangerschaft) der häufigere ist." (S.410) Er sagt damit indirekt, viele Mütter, die mißgebildete Kinder zur Welt gebracht hatten, hätten gar kein Contergan genommen. Sie benötigten lediglich "eine entschuldigende Erklärung dafür, daß sie ein mißgebildetes Kind gebaren" (S. 410). Und dies, obwohl namhafte Mediziner längst nachgewiesen hatten, daß die Mißbildungen an den Gliedmaßen der betroffenen Kinder eindeutig auf die Einnahme von Contergan zurückzuführen sei und nicht etwa, wie Scheuch sagt, auf "schlechtes Erbgut".

3) Im Wintersemester 1972/73 unternahm Prof. Scheuch den Versuch, das fortschrittliche Dozentenehepaar Kaupen aus der Kölner Universität zu verjagen. Er schreckte dabei vor Diffamierung und Denunziation nicht zurück.

In einem Brief an Prof. R. König, Direktor des soziologischen Seminars und Vorgesetzter der Kaupens, schrieb er: "Dagegen scheint mir ein Lehrauftrag für Frau Kaupen-Haas problematisch. Es stört mich weniger, daß inzwischen Frau Kaupen-Haas nicht mehr vom seeligen Parsons besessen ist (Parsons ist ein bügerlicher Soziologe), sondern daß in sie der heilige Marx gefahren ist ... Auch weitere Formulierungen dürfen keinen anderen Schluß zulassen, als daß Kaupen-Haas sich heute als Agit-Prop-Figur versteht."

Dieser Brief lag dem Gericht vor. Es ging darüber hinweg, ebenso über den Antwortbrief von Prof. König an Scheuch, in dem es heißt: "Ich muß gestehen, daß ich über Dein Vorgehen ..., daß ich nur als Denunziation betrachten kann, reichlich verwundert bin."

Die Studenten hatten damals in einer breiten Solidarität mit den Kaupens deren Entlassung aus dem Dienst verhindert; auf der Universitätsvollversammlung vom 15.1.1973 z. B. wurde eine Erklärung von über 1 200 Studenten verabschiedet, in der Scheuch als ein Denunziant verurteilt wird.

Das Gericht ging über alle diese aufgewiesenen Tatsachen hinweg. Die Beweisanträge der Verteidigung wurden sämtliche verworfen, bzw. gar nicht erst behandelt. Richter Kaumanns, als Kommunistenhasser inzwischen stadtbekannt, führte ein diktatorisches Regiment. Empörte Zuschauer bekamen insgesamt 16 Tage Ordnungshaft. Es ging dem Gericht darum, die Angeklagten, koste es, was es wolle, hinter Gitter zu bringen. Bewährung wurde abgelehnt. Von den Angeklagten sei keine Besserung zu erwarten, sie gefährdeten die Rechtsordnung und die Freiheit von Forschung und Lehre sei nicht mehr gewährleistet, wenn sie frei herumliefen.

Mit dem Urteil war das Gericht auf Abschreckung aus. Niemand soll sich trauen, einem von der besitzenden Klasse ausgehaltenen Wissenschaftler bei seinem gegen das Volk gerichteten Geschäft in die Quere zu kommen.

Es wird wohl anders ausgehen. Schon am letzten Prozeßtag waren zahlreiche Studenten gekommen, um sich mit den Angeklagten zu solidarisieren. Bei seiner ersten Vorlesung bekam Scheuch gleich zu spüren, was die Studenten von seiner "Ehre" halten. Die Teilnehmer der Vorlesung und viele empörte Studenten aus anderen Seminaren stellten ihn zur Rede und verhinderten die Vorlesung. Einmütig wurde gefordert: Dieses Terrorurteil muß weg!

–P., KHG Köln/Red.–

Am Dienstag, den 3.6., fand die erste Sitzung des Zentralrats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt.

Zur Vorbereitung der von der Mitgliederversammlung geplanten bundesweiten Kampagne gegen die Verschlechterung der Lage der Studenten wurden in einem Beschluß alle Allgemeinen Studentenausschüsse und Fachschaften aufgefordert, in Vollversammlungen, Seminaren usw. die Notwendigkeit des Kampfes gegen die zunehmende Verschlechterung der Studien- und Lebensbedingungen und den Abbau demokratischer Rechte zu diskutieren und entsprechende Beschlüsse für eine zentrale Aktion, die von der Studentenschaft getragen wird, zu fassen. Als eine Möglichkeit, um diesen zentralen Aktionen den nötigen Nachdruck zu verleihen, sollte nach Auffassung des Zentralrats die Organisierung eines bundesweiten Streiks im Wintersemester 1975/76 an allen Hochschulen diskutiert werden.

Kein Abbau der Fahrtkostenerstattung

In Rheinland-Pfalz breitet sich der Widerstand gegen den Beschluß der Landesregierung aus, die Fahrkostenerstattung für Schüler einzuschränken.

Auch die Studenten von Rheinland-Pfalz unterstützen den Kampf für die volle Beibehaltung der Fahrkostenerstattung. Die Landes-AStenKonferenz vom 24.5. verabschiedete eine Resolution, in der es zum Schluß heißt:

"Die ASten von Rheinland-Pfalz solidarisieren sich mit den Forderungen um den Kampf der Schüler. Auch wir sind in immer stärkerem Maße von Haushaltskürzungen, Mieterhöhungen der Wohnheime durch die Landesregierung betroffen. Vor allem die Kinder, die keine reichen Eltern haben, sind einer ständig wachsenden sozialen Auslese durch immer geringere materielle Absicherung des Studiums betroffen. Die Bundesregierung hat sich seit dem Sternmarsch von 40 000 Studenten in Bonn noch immer nicht geäußert, wie sie das kostendeckende BAfög sicherstellen will.

Wir fordern: Volle Beibehaltung der Fahrkostenerstattung für alle Schüler! Kein Abbau der Fahrkostenerstattung!

Die unterzeichnenden ASten:
FHS Germersheim, FH Kaiserslautern, EWH Landau, FH Bingen, FH Mainz, Uni Mainz, FH Koblenz, FH Ludwigshafen, EWH Worms "

Das Land Baden-Württemberg hat beschlossen, die Fahrkostenunterstützung für Oberschüler ab der 11. Klasse zu streichen. Weiterhin soll der Selbstkostenanteil der Eltern von bisher 8,– DM auf 12,– DM steigen.

Die Schüler in Heidelberg werden von diesem Erlaß der Landesregierung noch mehr durch die Fahrpreiserhöhung bei der HSB (Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG) getroffen.

In Heidelberg haben sich bereits mehrere Schülervertretungen in Resolutionen gegen den Erlaß der Landesregierung ausgesprochen. Sie forderten die Schüler auf, durch massive Protestaktionen ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen und damit beizutragen, daß der Erlaß zurückgenommen wird.

Neumünster: 3000 beteiligten sich an der DGB Jugenddemonstration

Ein Anfang ist gemacht

... der Kampf für eine bessere Berufsausbildung muß in Betrieben, Schulen, Gewerkschaften fortgeführt werden



DGB Jugenddemonstration in Neumünster

Ungefähr 3 000 Menschen demonstrierten am 31.5. in Neumünster gegen die Ausbildungsmisere der Arbeiterjugend, gegen Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung.

Aufgerufen hatte zu dieser Demonstration der DGB. Auf der Demonstration wurde neben den Forderungen der DGB-Führung und der DKP nach mehr Lehrstellen und dem Recht auf einen Arbeitsplatz auch die Forderung nach der Einheitsschule für alle und nach dem Recht auf eine Facharbeiterausbildung für alle erhoben. Im DGB-Block Neumünster wurde die Forderung nach Anerkennung aller Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose, und nach 60 % Arbeitslosengeld erhoben. Diese Forderung war bereits zum 1. Mai vom Kreisjugendausschuß (KJA) Neumünster beschlossen worden. Die IGM-Jugend Lübeck forderte zwei Berufsschultage.

3 000 Teilnehmer an der Demonstration, das ist nicht viel, wenn man bedenkt, daß es allein 5 500 arbeitslose Jugendliche in Schleswig-Holstein gibt. Allein in Kiel sind ungefähr 1 000 Jugendliche ohne Arbeit und ohne Lehrstelle.

Beschlüsse zur Beteiligung an der Demonstration wurden von Gewerkschaftsgremien, Jugendausschüssen, Lehrlingsgruppen, Jugendbetriebsgruppen und Jugendzentren gefaßt.

Klare Forderungen gegen das Recht der Kapitalisten, die Arbeiterjugend auszubilden, und für die Einheitsschule aller bis zum 18. Lebensjahr, für das Recht der arbeitslosen Jugendlichen, die Facharbeiterprüfung abzulegen sowie für die Anerkennung aller Jugendlichen ohne Arbeit als Arbeitslose wurden aufgestellt vom Schülerparlament der Berufsschule II/III in Kiel und vom Stadtschülerrat Kiel.

Die Vollversammlung der Studenten der Universität Kiel hatte beschlossen, die Forderungen der Arbeiterjugend zu unterstützen. Sie hat weiterhin das Recht auf Anerkennung aller Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose gefordert und ist dafür eingetreten, daß auch die Studenten unter der Forderung nach Einheitsschule für alle bis zum 18. Lebensjahr sich an der Demonstration beteiligen sollen.

Die Landes-Asten-Konferenz von Schleswig-Holstein hat einen Beschluß in die gleiche Richtung gefaßt und alle Studenten zur Beteiligung an der Demonstration aufgerufen.

Von der Ortsaufbaugruppe Kiel des KBW und den Sympathisantengruppen in Schleswig-Holstein wurden zwei Broschüren über die Lage im Volksbildungswesen und die Lage der Jugend verkauft. Außerdem wurde ein zentrales Flugblatt verteilt. Darin wurde gezeigt: Die Kapitalisten besitzen nicht nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln, kaufen die Arbeiter, um sie auszubeuten, und entlassen sie je nach der Lage ihres Profits, sondern nehmen sich auch das Recht, die Jugendlichen der Arbeiterklasse nach ihrem Bedarf und nach ihren Interessen auszubilden. Dem kann nur entgegengetreten werden, wenn man fordert, daß die Ausbildung der Jugend nicht länger Privatsache der Kapitalisten sein darf, sondern eine öffentliche Angelegenheit des Volkes sein muß.

Es wurde von uns dargelegt, wie die Arbeiterklasse den Kampf um die Einheitsschule, um eine Ausbildung, die sie befähigt, die Produktion zu beherrschen, benutzen muß, um das ganze Volk zusammenzuschließen, die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen. Weiterhin wurde begründet, daß die Forderungen des DGB die Frage, was für eine Ausbildung braucht die Arbeiterjugend, wer soll sie kontrol lieren , entweder gar nicht oder nur halbherzig beantworten. Einerseits sollen die Kammern der Kapitalisten die Ausbildung nicht mehr kontrollieren, andererseits aber wird die paritätische Mitbestimmung mit Unternehmern und dem bürgerlichen Staat gefordert.

Die Demonstration hat gezeigt, daß die gewerkschaftliche Jugendarbeit noch schwach entwickelt ist und daß sie sich nur schwungvoll entwickeln wird, wenn politische Klarheit über die richtigen Ziele und Forderungen geschaffen wird, unter denen sich die Arbeiterjugend und die Arbeiterklasse zusammenschließen kann. Die Demonstration in Neumünster war ein Anfang in der Auseinandersetzung um die richtigen Forderungen der Arbeiterjugend. Diese Auseinandersetzung muß jetzt fortgeführt werden. Auf dieser Grundlage wird es möglich sein, in allen Städten Schleswig-Holsteins weitere Aktivitäten in den Berufsschulen, den Betrieben und in der Gewerkschaft zu beschließen und durchzuführen.

• –C., Ortsaufbaugruppe Kiel–

Lehrer-Entlassung stößt auf Widerstand

Der Widerstand gegen KPD - Verbot und Beamtenrecht wächst

Am 27.5. fand vor dem Verwaltungsgericht in Freiburg der Prozeß statt, bei dem die beiden Lehrer Kaiser und Klack gegen ihre Entlassung aus dem Schuldienst klagten.

Einige Wochen davor fand eine Anhörung der Lehrerin Klack beim Oberschulamt wegen ihrer Kandidatur auf der KBW-Liste bei den Gemeinderatswahlen statt. Beim Prozeß selbst, wo zunächst die Klage von Brigitte Klack verhandelt wurde, waren sowohl der Vertreter der Landesanwaltschaft als auch der Vizepräsident des Oberschulamts, Lübke, gezwungen, die Entlassung im wesentlichen politisch zu begründen, obwohl im Entlassungsschreiben der Vorwand des gemeinsamen Bewohnens eines Zimmers bei einem Landschulaufenthalt vorgebracht wurde.

Lübke zitierte ausführlich aus Gründungserklärung und Programm des KBW. Als mehrfach Beifalls- und Mißfallenskundgebungen aus dem restlos überfüllten und viel zu kleinen Gerichtssaal aufkamen, drohte das Gericht wegen "Mißachtung der Rechtsordnung" mit der "vollen Staatsgewalt". Als Lübke daraufhin die Programmforderung des KBW: "Wahl der Richter durch das Volk" vorlas und das Publikum darauf mit großem Beifall antwortete, schloß das Gericht die Öffentlichkeit aus.

Mit zirka 80 Prozeßbesuchern, darunter auch eine Reihe von Schülern, zog die Genossin Klack in einem spontanen Demonstrationszug in die Innenstadt. Auf einer kurzen Kundgebung, an der rasch zirka 150 Menschen teilnahmen, erklärte sie unter anderem:

"Das Oberschulamt geht aber nicht nur gegen mich vor, weil ich in der Schule im Unterricht bestimmte Stellung beziehe. Genauso ist es ihm ein Dorn im Auge, wenn ich öffentlich für meine Auffassungen eintrete, wenn ich zum Beispiel Unterschriften sammle gegen den § 218, wenn ich mit meiner Unterschrift gegen den Abriß der Freiau eintrete, wenn ich mich an Informationsständen gegen den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl wende. Aber weil ich ausgehe von den Zielen der Arbeiterklasse und des Volkes, finde ich, wenn auch erst zum Teil an einzelnen Punkten, Zustimmung unter Eltern und Schülern. So sagte mir eine Schülerin: 'Meine Mutter findet das gut, wenn eine Lehrerin offen gegen den § 218 auftritt.' Und ich meine, daß auch die Tatsache von 349 Stimmen in Weingarten (einem Stadtteil, in dem die Schule liegt) und über 4 000 für mich in der ganzen Stadt bei der Gemeinderatswahl zeigen, daß einmal meine Anschauungen und schließlich auch die Tatsache meiner Kandidatur als Lehrerin Anerkennung finden. Und wie reagieren die Eltern und Schüler, die Betroffenen selber, auf die angedrohte Entlassung? In den meisten Fällen stoßen die Maßnahmen des Oberschulamts auf Ablehnung...

Beispielsweise ein Biologie-Kurs der 8. Klasse. Die Schüler holten den Schulleiter Albrecht in den Unterricht. Sie wollten von ihm erfahren, warum ich denn fliegen soll. Eine Schülerin sagte in der Unterrichtsstunde mit Herrn Albrecht: 'Wenn Sie meinen, Sie können Frau Klack einfach von der Schule werfen, dann irren Sie sich', und eine andere: 'Unsere Eltern werden sich auch noch einschalten'. In vielen Klassen wurden jetzt Unterschriften unter den Eltern gesammelt. Mit ihrer Unterschrift treten die Eltern offen mit ihrem Namen für mich ein, obwohl gerade mein Beispiel zeigen soll, was der Staat vor hat mit Leuten, die sich ihm widersetzen....

Konkret gibt es da folgenden Unterschied zwischen Rektor Albrecht und mir: Ihn schützt das Beamtenrecht vor der Volksmeinung, ich bin dagegen in Konflikt geraten mit diesem Gesetz, das mich unabhängig machen soll vom Volk und abhängig von der Klasse, die das Volk beherrscht. In jeder einzelnen Frage, in der ich mich für die Rechte und Interessen des Volkes ausspreche, muß ich das Vertrauen der vorgesetzten Behörde verlieren. In jedem einzelnen Fall, in dem ich ruhig und brav bin und die Schüler, wie es mir aufgetragen wird, 'in Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe' usw. (Landesverfassung von Baden-Württemberg) erziehe, werde ich belohnt: mit guter Bezahlung, Altersversorgung, sozialer Sicherheit, werde ausgestattet mit allerlei Privilegien und vor allem damit, daß der Staat mich schützt vor dem gemeinen Volk und mich von ihm frei und unabhängig macht. Unbedingte Treue gegenüber meinem Arbeitgeber, Hinnahme und aktives Eintreten für die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind der Preis dafür. Ich will weder das Eine noch das Andere: Weder die Unabhängigkeit vom Volk und den Schutz vor ihm, noch die Abhängigkeit von und das Eintreten für meinen Arbeitgeber, den bürgerlichen Staat. Denn das Eine wie das Andere bedeutet Verzicht für jegliches Eintreten für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Weil ich aber eintrete für die Rechte des Volkes, weil ich nichts getan habe, was den Interessen meiner Schüler und ihrer Eltern widerspricht, deshalb trete ich meiner Entlassung entgegen und verlange meine Weiterbeschäftigung."

Diese Forderung wurde bereits am Vorabend auf einer Veranstaltung des Komitees gegen die Berufsverbote von über 300 Menschen unterstützt. Auf dieser Veranstaltung sprachen weiter Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die vom Berufsverbot bedroht oder betroffen sind. Von diesen wurde dargelegt, daß es darauf ankommt, und daß auch die Möglichkeiten vorhanden sind, über die einzelnen Fälle hinaus die Grundlagen der Berufsverbote, nämlich Beamtenrecht und KPD-Verbot, anzugreifen.

–P.A./A.K.–

Resolution des Schülerrats

Mit einer Gegenstimme und sieben Enthaltungen beschloß der Schülerrat der Berufsschule V Hannover am 2.6. folgende Resolution zur DGB-Jugenddemonstration in Hannover:

"Der Schülerrat der Berufsschule V ruft zur Demonstration der niedersächsischen Gewerkschaftsjugend auf. Seit Jahren kämpft die arbeitende Jugend um die Verbesserung der Berufsbildung. Seit Jahren fordert sie, daß die Ausbildung nicht mehr die Privatsache der Unternehmer sein darf, daß der Berufsschulunterricht ausgedehnt und verbessert wird, und daß der Lohn der Auszubildenden ihre selbständige Existenz sichert. Große Reformen sind von der Regierung nur versprochen worden. Stattdessen hat sich die Lage der Arbeiterjugend durch die wirtschaftliche Krise weiter verschlechtert. Massenhaft ist sie bedroht von Arbeitslosigkeit und fehlenden Ausbildungsplätzen. In dieser Lage ist es sehr gut, daß der DGB Demonstrationen durchführt, auf denen die Jugend ihre Forderungen auf die Straße trägt.

In Hamburg, Stuttgart, Frankfurt, Dortmund, Bremen und Neumünster haben in den letzten Monaten machtvolle gewerkschaftliche Demonstrationen stattgefunden, auf denen Hunderttausende von Jugendlichen für ihre Forderungen eintraten. Von den Folgen der Krise ist auch Hannover betroffen. Das schlägt sich z. B. darin nieder, daß es in Hannover über 3 000 Jugendliche gibt, die keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz fanden, oder die auf die Straße geworfen wurden. Der eine Teil der Arbeiterjugend, der das Glück hatte, einen Ausbildungsplatz zu finden, findet sich in überfüllten Berufsschulklassen wieder, wo auch ständig Unterricht ausfällt. Dagegen fordern wir:

Berufsschule an zwei arbeitsfreien Werktagen!
Einrichtung und Ausbau von Lehrwerkstätten an den Berufsschulen!
Uneingeschränktes Inspektionsrecht der Gewerkschaften an den Berufsschulen!

Der andere Teil der Arbeiterjugend findet erst gar keine Arbeit. An eine Lehrstelle ist für einen großen Teil der Jugendlichen gar nicht zu denken. Sie werden auf der Straße liegen. Das Einzige, was ihnen angeboten wird, sind überfüllte Hilfsarbeiterklassen oder Arbeitslosenklassen, wo nichts für den Beruf gelernt wird. Diesen elenden Verhältnissen muß die Demonstration mit den Forderungen entgegentreten:

Anerkennung der arbeitslosen Jugend als Arbeitslose!
60 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes für arbeitslose Jugendliche!
Recht der arbeitslosen Jugendlichen auf Teilnahme an Facharbeiterklassen ihrer Wahl!
Weg mit der Stufenausbildung!
Erwerb eines Facharbeiterabschlusses für alle Jugendlichen!
7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich!
Anerkennung des Berufsgrundbildungsjahres!

Damit alle Lehrer eingestellt werden, muß die Forderung sein:

Weg mit den Berufsverboten! Einstellung aller Lehrer!

Das Berufsbildungssystem aber kann das Recht der arbeitenden Jugend auf eine umfassende Ausbildung in keiner Weise sicherstellen. Darum ist es für die Arbeiterjugend notwendig, dafür zu kämpfen, daß die Berufsausbildung nicht mehr Privatsache der Kapitalisten bleibt. Sie muß sich dafür einsetzen, daß sie in einer einheitlichen Schule ausgebildet wird.

Diese Ausbildung muß unentgeltlich sein. Alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr erfassen und theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermitteln. Erst diese Einheitsschule wird für alle Kinder eine umfassende Ausbildung gewährleisten."

Fernschreiben zum 1. Mai „Unzulässige politische Betätigung"

betr.: teilnahme von soldaten in uniform an veranstaltungen zum 1. mai 1975
vorg.: 1. vmbl 71, s. 154 u. 240
2. fschr aig 3315 – bmvg – fue s roem 1/3 – vom 18.10.1971
3. g-1-hinweis nr. 4/71 vom 20.12.1971.
4. information fuer kommandeure nr. 1/73 vom 30.3.1973
5. g-1-hinweis nr. 6/74 vom 9.10.1974
anlaeszlich der veranstaltungen zum 1. mai 1975 wurde die teilnahme von ca. 130 soldaten in uniform festgestellt. es besteht veranlassung zu der vermutung, dasz dabei auch gegen die dienstpflichten der soldaten verstoszen wurde. derartige verstoesze sind als unzulaessige politische betaetigung zu bewerten und daher gem. der o. a. vorgaenge umgehend als besondere vorkommnisse zu melden.
hiermit wird gem. zdv 10/13 zu diesen besonderen vorkommnissen ein ausfuehrlicher bericht, in dem die disziplinare wuerdigung zu melden ist, angefordert.
soweit den disziplinarvorgesetzten die dienstpflichtverletzungen der ihnen unterstellten soldaten noch nicht bekannt sind, wird der mad die entsprechenden informationen zukommen lassen.
i.a. dr. feddern

Zu diesem Fernschreiben, das bereits in der Wochenzeitschrift "Die Tat" am 31. Mai veröffentlicht wurde, schreibt ein Korrespondent u.a.:

"Dieses Fernschreiben ist sehr lehrreich. Das Eintreten der Soldaten für die Interessen der arbeitenden Klassen ist nach Ansicht der Herren Generale und Generalstabsoffiziere eine 'unzulässige politische Betätigung' und verletzt die 'Dienstpflichten' der Soldaten. Dagegen hetzen sie ihren eigenen Geheimdienst, den MAD, auf die Soldaten und scheuen sich auch nicht, gewerkschaftliche Aktionen der Arbeiterklasse bespitzeln zu lassen. Dazu haben die Offiziere im Führungsstab des Heeres aber auch allen Grund. Es hat ihnen einen gehörigen Schreck eingejagt, daß das einfache Kanonenfutter so offen und selbstbewußt am 1. Mai für seine Interessen an der Seite der Arbeiter demonstriert. Das Volk ist für die hohen Offiziere nur eine graue Masse, der man 'Zucht und Ordnung' beibringen muß, die man 'auf Vordermann' bringen muß, damit sie in die gewünschte Richtung marschiert.

Was ist 'unzulässig'?

'Unzulässig' ist jede selbständige Regung der Soldaten, weil dies die gesamte Bundeswehr durcheinanderbringt. Diese Armee ist gerade so aufgebaut, daß die Masse der Mannschaften und der Unteroffiziere den Offizieren, die den Generälen und jene schließlich der Kapitalistenklasse aufs Wort gehorchen. Und wenn die Soldaten für ihre eigenen Interessen demonstrieren und für das Interesse der Arbeiterklasse, deren Teil sie sind, dann funktioniert dieses Instrument der Kapitalistenklasse nicht mehr so recht. Das Recht, in Uniform an Demonstrationen und politischen Veranstaltungen teilzunehmen, soll insgesamt beseitigt werden.

Dieses Fernschreiben, darauf weist die Zeitung "Die Tat" richtig hin, ist ein Ausrichten der unteren und mittleren Truppenoffiziere, die bisher dem Auftreten von Soldaten auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen zumindest nicht ablehnend gegenüberstanden. In diesem Sinn wird hier von seiten der Heeresführung Front gemacht gegen den 'Reformoffizier', der Illusion einer 'Inneren Führung' anhängt."

W.S.

Brief ohne Absender

Mit welchen Mitteln Soldaten bei der Bundeswehr auf ihre politische Gesinnung überprüft werden, zeigt folgendes Beispiel, das uns ein mit uns befreundeter Zeitsoldat, der in Augustdorf stationiert ist, schilderte.

"Am 12. Mai, einem Montag, erhielt ich mit der Post einen braunen DIN A 4-Brief ohne Absender. Der Brief war mit dem Stempel "Persönlich" versehen. In dem Umschlag befand sich ein Extrablatt der Soldaten- und Reservistenzeitung "Rührt Euch" des Soldaten- und Reservistenkomitees Augustdorf-Paderborn. Weiter ein Blatt mit etwa folgendem Text:

Lieber ...

Wie ich von einem guten Bekannten gehört habe, sollst Du Dich für 'unsere gute Sache im Kampf für mehr Demokratie in der Bundeswehr' interessieren. Anliegend ein Extrablatt unserer Zeitung vom Soldaten- und Reservistenkomitee. Wir bitten Dich, dieses an das 'Schwarze Brett' usw. aufzuhängen, damit es möglichst viele Soldaten lesen können. Wenn ich merke, daß Du mitmachst, melde ich mich wieder.

Gruß Heinz

Da ich nicht wußte, von wem der Umschlag kam, legte ich ihn so lange in meinen Spind, um den Brief am Wochenende einigen mir bekannten Sympathisanten des KBW zu zeigen. Drei Tage nach Erhalt des Briefes wurde ich zum Batterie-Chef befohlen. Nachdem ich mein 'Männchen' gebaut hatte und mich förmlich gemeldet hatte, meinte er zu mir, ob ich nichts zu melden hätte. Da ich nicht sofort wußte, was los war, wurde er dann konkreter. Er fragte, ob ich denn nicht am Anfang der Woche Post bekommen hätte. Da ich gar nicht mehr an den Brief dachte, verneinte ich diese Frage. Der Batteriechef darauf: *'Sie haben doch bestimmt am Montag einen braunen Briefumschlag bekommen?'* Darauf mußte ich ihm sagen, was in dem Brief gewesen ist. Den Brief selbst mußte ich anschließend bei ihm abgeben. Er klärte mich darüber auf, daß dies eine Sicherheitsüberprüfung gewesen sei, ob ich solche Schriften auch abgeben würde. Nach einer förmlichen Belehrung, in der er mir erklärte, solche Schriften müßten sofort abgegeben werden, konnte ich mich wieder abmelden.'

Kommunistische Gruppe Castrop-Rauxel

Auseinandersetzung um das Militärgesundheitswesen

Augustdorf/Detmold. Auf die April-Ausgabe der "Rührt Euch" hin, in der über die Behandlungsmethoden von Stabsarzt Warnecke berichtet wurde, hängte Stabsarzt Warnecke am 21. April ein Schriftstück aus, auf dem er erklärte, die dort geschilderten Krankheitsfälle seien völlig frei erfunden, und faßte in sieben Punkten eine Kritik an dem Artikel zusammen:

1. Sämtliche auf den San-Bereich 212 und mich bezogene Zitate und Sachverhalte der letzten "Rührt-Euch"-Ausgaben sind unrichtig und vollkommen frei erfunden.

2. Die Verbreitung derartiger Verleumdungen geschieht in der offenkundigen Absicht, die Soldaten zu verunsichern und Mißtrauen gegenüber dem San-Bereich zu erzeugen. Die Verleumdungskampagne ist nur eine Fassade, hinter der sich eindeutige politisch-ideologische Zielvorstellungen von extremistischem Charakter verbergen.

3. Wer damit rechnen muß – wie die Autoren von "Rührt Euch" – als Lügner entlarvt zu werden, gibt sich nicht zu erkennen. Anonymität hat nur der nötig, der sich seiner Sache nicht sicher ist.

4. Die Artikelschreiber nennen ihre Namen und Informationsgeber nicht. Sie haben offenbar Angst, daß man ihnen die Unrichtigkeit ihrer abstrusen Behauptungen nachweisen könnte.

5. Die Verfasser von "Rührt Euch" spielen sich u.a. auf als Kämpfer gegen Mißstände im Gesundheitswesen der Bundeswehr. Solange diese Aktion mit persönlichen Verunglimpfungen und propagandistischer Hetze verbunden ist, wird den Soldaten, auch den Wehrpflichtigen, nicht genutzt, sondern geschadet.

6. Nur durch konsequente Unterstützung der Truppenärzte und nicht wie in "Rührt Euch" durch Hetztiraden übelsten Stils sind weitere Fortschritte im Militärgesundheitswesen zu erreichen.

7. Die Gesunderhaltung der während meiner Wehrdienstzeit mir anvertrauten Soldaten bleibt wie bisher Richtschnur für meine Tätigkeit als Truppenarzt.

Auszug aus einem offenem Brief von 2 Soldaten

Wir erklären dagegen: Die in "Rührt Euch" Nr. 3 als Beispiele 1 und 3 gekennzeichneten Untersuchungen und Behandlungen entsprechen genau von uns selbst erlebten Vorkommnissen in der Behandlungsstunde von Dr. Warnecke. Diese unserer Meinung nach leichtfertige und verantwortungslose Methode haben wir schon vor Erscheinen der "Rührt Euch" Nr. 3 im Kameradenkreis erzählt. Wir bitten hiermit den Brigadearzt als Vorgesetzten von Dr. Warnecke, die Art und Weise der Untersuchung und Behandlung der Soldaten durch Dr. Warnecke näher zu untersuchen, da auch wir der Meinung sind, daß hier ein Punkt ist, wo das Militärgesundheitswesen verbessert werden muß.

Wir bitten die Vertrauensleute des Bataillons 212, in ihrer monatlichen Vertrauensmannstunde über diesen Fall zu berichten, das Militärgesundheitswesen zu diskutieren und sich mit allen Kameraden gemeinsam zu beraten, wie das Militärgesundheitswesen verbessert werden kann.

U. Sassenbach, 5./212
G. Gutwald, 5./212

Stellungnahme des Soldaten- und Reservistenkomitees

Das Soldaten- und Reservistenkomitee freut sich, daß Dr. Warnecke auf die in "Rührt Euch" Nr. 3 geschilderten Beispiele seiner Behandlung eingeht und damit die Diskussion um die medizinische Versorgung der Soldaten weiter vorantreibt. Zum Verständnis noch mal kurz die in "Rührt Euch" Nr. 3 geschilderten Vorfälle:
1. Ein Kamerad mit einer chronischen Lidhautentzündung wollte sich von einer Kotzgasübung befreien lassen, da schon Tränengas die Entzündung verschlimmerte.
2. Bei einer Gruppe von Wehrübenden stand die Tauglichkeit schon vor der Untersuchung fest.
3. In einem Leserbrief schildert ein Kamerad eine äußerst nachlässige Untersuchung.

Am Schluß der Stellungnahme heißt es:

a. Wenn wir das Gefühl haben, nicht gründlich oder richtig untersucht und behandelt zu werden, sofort eine Überweisung zum Facharzt verlangen!
b. Bei nachlässiger Behandlung durch Dr. Warnecke sofort eine Beschwerde an den Brigadearzt schreiben!

„7-Punkte-Programm"
Wer am Ende der Woche keinen Punkt hat, muß dableiben
Ulmen/Eiffel. Eine ganz neue Art, Druck auszüben und viele Soldaten kleinzukriegen, haben sich einige Ausbilder in der Ulmener Kaserne des Luftwaffenausbildungsregimentes IV ausgedacht. Sie wissen, daß die fast jedem Soldaten mit dem Entzug des Wochenendausganges empfindlich drohen können. Diese Wochenendsperren werden wie üblich wegen kleinerer "Dienstvergehen" (Sturmgepäck nicht ordnungsgemäß auf den Spind gelegt, einen Fragebogen nicht
gesetzt hat. Seine Punktzahl kann man sich ausrechnen, indem man nachzählt, wie oft man von einem Vorgesetzten angemotzt wurde.
Durch dieses 7-Punkte-Programm soll erreicht werden, daß die Rekruten den ganzen Tag nichts anderes denken als: "Bin ich auch richtig angezogen? Versehe ich meinen Dienst korrekt? " Jede Minute soll sich der Soldat auf seinen Dienst konzentrieren, und wenn er einem Vorgesetzten begegnet, soll er sich fast in

nicht mehr an den Brief dachte, verneinte ich diese Frage. Der Batteriechef darauf: 'Sie haben doch bestimmt am Montag einen braunen Briefumschlag bekommen?' Darauf mußte ich ihm sagen, was in dem Brief gewesen ist. Den Brief selbst mußte ich anschließend bei ihm abgeben. Er klärte mich darüber auf, daß dies eine Sicherheitsüberprüfung gewesen sei, ob ich solche Schriften auch abgeben würde. Nach einer förmlichen Belehrung, in der er mir erklärte, solche Schriften müßten sofort abgegeben werden, konnte ich mich wieder abmelden.'
Kommunistische Gruppe Castrop-Rauxel

die Art und Weise der Untersuchung und Behandlung der Soldaten durch Dr. Warnecke näher zu untersuchen, da auch wir der Meinung sind, daß hier ein Punkt ist, wo das Militärgesundheitswesen verbessert werden muß.
Wir bitten die Vertrauensleute des Bataillons 212, in ihrer monatlichen Vertrauensmannstunde über diesen Fall zu berichten, das Militärgesundheitswesen zu diskutieren und sich mit allen Kameraden gemeinsam zu beraten, wie das Militärgesundheitswesen verbessert werden kann.
U. Sassenbach, 5./212
G. Gutwald, 5./212
dung verschlimmerte.
2. Bei einer Gruppe von Wehrübenden stand die Tauglichkeit schon vor der Untersuchung fest.
3. In einem Leserbrief schildert ein Kamerad eine äußerst nachlässige Untersuchung.
Am Schluß der Stellungnahme heißt es:
a. Wenn wir das Gefühl haben, nicht gründlich oder richtig untersucht und behandelt zu werden, sofort eine Überweisung zum Facharzt verlangen!
b. Bei nachlässiger Behandlung durch Dr. Warnecke sofort eine Beschwerde an den Brigadearzt schreiben!

„7-Punkte-Programm"

Wer am Ende der Woche keinen Punkt hat, muß dableiben

Ulmen/Eiffel. Eine ganz neue Art, Druck auszüben und viele Soldaten kleinzukriegen, haben sich einige Ausbilder in der Ulmener Kaserne des Luftwaffenausbildungsregimentes IV ausgedacht. Sie wissen, daß die fast jedem Soldaten mit dem Entzug des Wochenendausganges empfindlich drohen können. Diese Wochenendsperren werden wie üblich wegen kleinerer "Dienstvergehen" (Sturmgepäck nicht ordnungsgemäß auf den Spind gelegt, einen Fragebogen nicht rechtzeitig abgegeben) ausgesprochen. Zusätzlich aber haben die Ausbilder ein "7-Punkte-Programm" eingeführt, das folgendermaßen aussieht:

Jeder Rekrut hat am Anfang der Woche sieben Punkte. Es wird ihm dann jedesmal, wenn er einem Ausbilder negativ auffällt, ein Punkt abgezogen. Wer am Ende der Woche keinen Punkt mehr hat, muß dableiben. Punktabzug kann es schon bei den kleinsten Sachen geben, z.B. wenn jemand einen Knopf am Anzug versehentlich nicht zugemacht hat oder wenn einer sein Schiffchen nicht aufgesetzt hat. Seine Punktzahl kann man sich ausrechnen, indem man nachzählt, wie oft man von einem Vorgesetzten angemotzt wurde.

Durch dieses 7-Punkte-Programm soll erreicht werden, daß die Rekruten den ganzen Tag nichts anderes denken als: "Bin ich auch richtig angezogen? Versehe ich meinen Dienst korrekt? " Jede Minute soll sich der Soldat auf seinen Dienst konzentrieren, und wenn er einem Vorgesetzten begegnet, soll er sich fast in die Hosen scheißen vor Angst.

Entgegentreten können wir Rekruten solchen Maßnahmen nur, indem wir den Vorgesetzten und Ausbildern zeigen, daß wir ihnen nicht auf den Leim gehen und keine Angst vor ihnen haben. Wenn die Ausbilder merken, daß sie ausgelacht werden, werden sie aus Angst, ihre Autorität zu verlieren, in den meisten Fällen von selbst zurückschrecken. Das geht natürlich nur, wenn viele ihre Angst ablegen und gemeinsam den Vorgesetzten entgegentreten. Im anderen Fall trifft der Druck verschärft auf Einzelne.

Soldat xy, Ulmen/Eiffel

Ist der Heeresinspekteur ein Trottel?

Wir berichteten in der letzten Nummer über die Teilnahme des westdeutschen Heeresinspekteurs an der Siegesparade der spanischen Faschisten in voller Uniform und mit Ordensschmuck. Bundesverteidigungsminister Leber hat nach der heftigen öffentlichen Kritik am Verhalten des Generalinspekteurs dessen Teilnahme an der Faschistenparade *"mißbilligt"*. Gleichzeitig hat er erklärt: *"Offenbar habe er (Hildebrandt) die politischen Auswirkungen seiner Entscheidung nicht sofort erkannt ... Soldaten seien auch Menschen und machten zuweilen Fehler. Die Teilnahme an der Parade sei ein Betriebsunfall."*

Aus dieser Äußerung Lebers kann man zweierlei Schlußfolgerung ziehen. Entweder ist sie so gemeint, wie sie gesagt ist. Dann bedeutet sie, daß der Verteidigungsminister für seinen Heeresinspekteur den Paragraf 51 in Anspruch nimmt und ihn für einen kompletten Idioten erklärt. Für einen Trottel, von dem nicht verlangt werden kann, daß er mitbekommt, wann er das für Soldaten geltende Verbot überschreitet, in Uniform an politischen Veranstaltungen teilzunehmen.

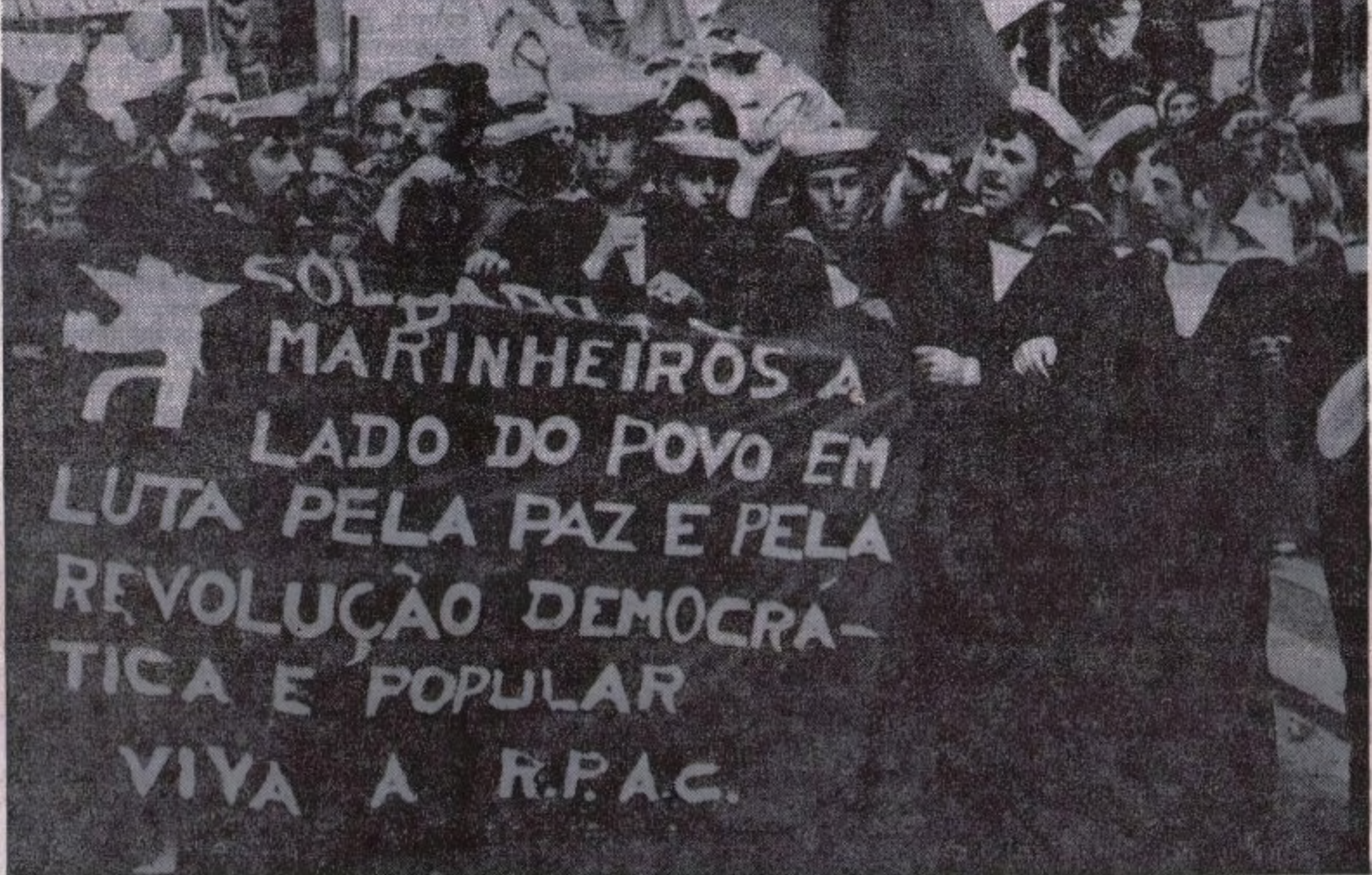
– Oder der Minister gibt zu verstehen, daß dieses Verbot zwar für einfache Soldaten gelte und für politische Veranstaltungen der Arbeiterbewegung, nicht aber für Offiziere bei Faschistenaufmärschen angewandt werden könne.

–W.M.–

Interview mit portugiesischen Marinesoldaten:

‚Soldaten müßten in der MFA die Mehrheit haben'

Interview (vom 21. Mai 1975) mit fünf Besatzungsmitgliedern des Segelschulschiffes "Sagres" der portugiesischen Kriegsmarine
Teilnehmer sind ein Leutnant, ein Offiziersanwärter, ein Sergeant, ein Maat und ein Matrose. Sie gehören der Kulturkommission des Schiffes an.



Von der Niederlage in den Kolonialkriegen erschüttert sind Teile der portugiesischen Streitkräfte auf die Seite des Volkes übergegangen. Hier Soldaten der portugiesischen Marine bei einer Demonstration.

Von der Niederlage in den Kolonialkriegen erschüttert sind Teile der portugiesischen Streitkräfte auf die Seite des Volkes übergegangen. Hier Soldaten der portugiesischen Marine bei einer Demonstration.

Welches sind die wesentlichen Veränderungen seit dem 25. April 1974 auf dem Schiff?

Matrose: Zuerst sind da Veränderungen in der Arbeitszeit. Außerdem wurden Kommissionen gebildet, hier an Bord, ohne Einflußnahme von außen. Jedes Schiff hat so eine Kommission. Sie heißt CDAP (Comissao Dinamizadora do Assossiativismo do Pracas = Matrosen-Kommission). Auf diesem Schiff besteht sie aus zwei Offizieren, drei Sergeanten und neun Matrosen, die von der Besatzung gewählt wurden. Hauptaufgaben sind das Wohl der Besatzung, und es gibt Unterkommissionen für Kultur, Sport, Essen und sanitäre Anlagen und insbesondere eine für die Disziplin auf dem Schiff. Während vor dem 25. April nur ein Offizier dafür zuständig war, sind es jetzt in dieser Unterkommission ein Offizier, ein Sergeant und drei Matrosen. Jeden Montag haben wir (die Besatzung) eine Sitzung, auf der wir die Probleme hier auf dem Schiff diskutieren, und wir informieren uns auch über die Politik im Ausland und sprechen darüber. Offiziere, Sergeanten und Matrosen nehmen alle teil an dieser Sitzung. Manchmal werden auch Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, ein bestimmtes politisches Thema zu erarbeiten. Ziel ist, ein besseres politisches Niveau der Besatzung zu erreichen.

Wie war die Situation auf der "Sagres" am Tag des 11. März (rechter Putschversuch)?

Maat: Wir verfolgten die Ereignisse über das Radio und standen laufend in Kontakt mit unserer politischen Organisation, der CDAP, und diese Kommission war gleichzeitig in Kontakt mit den höheren Stellen, mit der SEMA. Für den Fall, daß eine Intervention von unseren Schiffen nötig gewesen wäre, hätten wir intervenie-

takt mit den höheren Stellen, mit der SEMA. Für den Fall, daß eine Intervention von unseren Schiffen nötig gewesen wäre, hätten wir intervenie-

ren können. Nachdem die Alarmbereitschaft vorüber war, blieb die Besatzung an Bord, in der Erwartung, es könnte noch etwas geschehen, um dann bereit zu sein einzugreifen.

Was, glauben Sie, ist in Zukunft, bei einer Wiederholung eines Putschversuchs notwendig zu tun und was ist das Bewußtsein der Matrosen?

Sergeant: Am 11. März hatten wir keine Illusionen über das, was kommen könnte, und wir wußten, was wir hätten tun müssen. Wir hatten gehört, daß sich die Flotte der NATO unserem Land näherte, aber wir hatten keine konkreten Beweise dafür. Vor allem haben wir das Bewußtsein, daß wir die NATO nicht wollen. Wir wollen keine innere Einmischung in unsere Angelegenheiten. Ich glaube, eine Invasion wäre sehr schwierig, weil das Volk seine Sache verteidigen würde. Ich glaube, daß es sich am 11. März gezeigt hat, daß unser Volk, die Einheiten, die untereinander Kontakt aufgenommen hatten, und auch wir nicht bereit sind, den revolutionären Prozeß, für den wir uns entschieden haben, verloren gehen zu lassen.

Für wie groß halten Sie die Gefahr, die von den reaktionären Kräften im Innern Portugals im Militär und außerhalb ausgeht?

Offiziersanwärter: Was die reaktionären Militärs anbelangt, so sind die meisten aus der Armee entlassen oder in Brasilien. Ich glaube, daß der politische Kampf jetzt sich auf ökonomischem Niveau abspielt. Die Reaktion setzt jetzt nicht auf einen militärischen Kampf, sondern auf den ökonomischen. Von außen gibt es zwei Möglichkeiten der Intervention: von seiten der NATO oder von seiten des Warschauer Paktes. Aber seit den Gesprächen von Wladiwostok wurde festgestellt, daß Portugal in den Bereich der NATO gehört. Eine andere Gefahr sind die Söldnertruppen, die in Spanien aufgestellt wurden mit Unterstützung von US- und portugiesischem Kapital. Diese Truppen sind bereit, Portugal anzugreifen. Was die Miniorganisationen der zentristischen Parteien anbelangt, die auch über Waffen verfügen, so ist ihr Einfluß in Portugal klein. Man sagt, die Söldnertruppen in Spanien hätten 7 000 bis 10 000 Mann, sie wären nicht nur portugiesische Kolonialsoldaten, sondern auch Veteranen, die in Vietnam gekämpft haben oder im früheren Katanga. Wir haben aber keine Beweise dafür.

Was glauben Sie, sind die nächsten wichtigen Schritte in der Wirtschaftspolitik der Regierung?

Maat: Nach der Enteignung und Verstaatlichung der Banken und Versicherungen und anderer Industrien ist sehr wichtig die "Batallha da Producao", von der jetzt viel die Rede ist (Produktionsschlacht). Diese Schlacht müssen wir gewinnen, wollen wir vom Ausland unabhängig werden und auch wenn wir uns vor einem zukünftigen Wirtschaftsembargo schützen wollen.

Offiziersanwärter: Wenn der Premierminister von mehr produzieren, mehr arbeiten usw. spricht, so glaube ich doch, daß diese Verstaatlichungen allein nicht ausreichen. Banken wurden z.B. nationalisiert, aber die Besitzer der Banken bekamen eine Entschädigung. Für mich reicht das nicht aus. Der Arbeiter muß nur mehr arbeiten – für einen neuen Boß. Ich glaube deshalb, daß nur dann, wenn die Produktionsmittel denen gehören, die dort arbeiten, daß wir dann weitermachen können mit der Produktionsschlacht. Wenn in einigen Fällen die Arbeiter die Produktionsmittel übernehmen, akzeptiert das zwar die Regierung, aber indem sie (die Regierung) von mehr arbeiten reden und Produktionsschlacht, sagen sie nicht "Nehmt die Produktionsmittel!"

Wie ist die gegenwärtige Kräftekonstellation der politischen Parteien in Portugal zu beurteilen?

Sergeant: Auf der einen Seite haben wir die Demokratische Volkspartei (PPD) und das Christlich-Soziale Zentrum (CDS) als typische kapitalistische Parteien, und wir haben auch Gruppen der extremen Linken, die im Moment das Spiel des Kapitalismus treiben. Man vermutet, daß einige dieser Gruppen finanziert werden von den rechten Parteien, wie das der Fall ist beim MRPP. Das ist eine Vermutung.[1] Jetzt trifft die Regierung Maßnahmen, die das Ziel haben, den MRPP dazu zu bringen, eine sozialistische Politik zu betreiben oder zu verschwinden (!). Aus diesem Grund wurden MRPP (Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats) und AOC (Arbeiter- und Bauern-Vereinigung) von der Wahl ausgeschlossen (und nicht verboten!).

Offiziersanwärter: Zu den Wahlen möchte ich sagen, daß das portugiesische Volk nicht politisiert ist und nicht unterscheiden kann zwischen dem, was Sozialismus ist, und dem, was Kommunismus sein kann. Vielen wurde sogar erzählt, die Kommunisten seien Räuber, die sie bestehlen wollen. Im wesentlichen hat das portugiesische Volk den Sozialismus gewählt. Das ist meine persönliche Meinung. Aber betrachten wir die Parolen der PSP (Sozialistische Partei): "Nationale Unabhängigkeit" und "Sozialismus in Freiheit". Was versteht das Volk unter diesen Parolen? Vielen Portugiesen haben deswegen die PSP gewählt, weil sie ihnen als Garant für die bürgerlichen Freiheiten erscheint. Der PSP-Wähler will nicht den Faschismus und genausowenig die Diktatur einer Partei. Außerdem hat er damit eine Partei gewählt, die vorgibt, die nationale Unabhängigkeit zu wollen.

Sergeant: Aber die PSP treibt das Spiel der westeuropäischen Kapitale. Der Sozialismus "in Freiheit" der PSP ist eine zerdrückte Kartoffel.

Wie sieht die MFA (Bewegung der Streitkräfte) aus und wie ist sie zusammengesetzt?

Offiziersanwärter: Zur Zeit ist die MFA zusammengesetzt aus Offizieren, Sergeanten und Soldaten bzw. Matrosen. Der Revolutionsrat der MFA hat 25 Mitglieder, und man nimmt an, daß die PCP (Revisionisten) ungefähr vier Offiziere in ihm hat, die aber über einen ziemlichen Einfluß verfügen, da sie die einzige organisierte Kraft im Revolutionsrat sind und mit Konsequenz ihr Ziel anstreben.

Es wird viel gesprochen von "MFA e Povo", MFA und Volk. Wie sieht das Verhältnis wirklich aus, und gibt es nicht die Gefahr einer Distanzierung der MFA vom Volk?

Matrose: Man kann sagen, daß die MFA ein Teil des Volkes ist, da die Soldaten und Matrosen aus dem Volk kommen und nur vorübergehend in den Militärdienst eingezogen sind. Die Kampagne der Dinamization, die das Ziel hat, die MFA mit dem Volk zu identifizieren und hauptsächlich im Norden durchgeführt wird, hat der MFA große Sympathien eingebracht. Wir Soldaten haben uns politisiert, um dem Volk zu zeigen, daß wir mit dem Volk zusammenarbeiten wollen. Die Gefahr einer Entfernung der MFA vom Volke ist nicht groß, da die MFA ein Teil des Volkes ist (!).

Offiziersanwärter: Wir dürfen nicht vergessen, daß die Offiziere der MFA aus der Klein-, Mittel- und Großbourgeoisie kommen. Schon von daher sind sie entfernt von der Arbeiterklasse und haben zum Teil konträre Interessen. Da die Offiziere, auch die aus der Kleinbourgeoisie, Karriere machen, besteht natürlich die Gefahr der Entfernung von der Arbeiterklasse. Auf der Ebene des Offizierskorps ist der Kontakt zwischen MFA und Volk schwierig. Als ich in der Kampagne der Dinamization auf dem Lande mitgemacht habe, habe ich eine Kluft zwischen den Offizieren und der Bevölkerung feststellen können. Jetzt, nachdem auch Soldaten und Sergeanten in der MFA vertreten sind, glaube ich, daß die Beziehung MFA–Volk eine bessere Ausgangsbasis hat. Die Tatsache, daß einige Offiziere aufs Land gehen, auf einem Dorf einige Sitzungen abhalten und mit den Leuten über ihre Probleme sprechen und politische Vorträge halten, reicht nicht aus, die Beziehung MFA–Volk zu verbessern. Ich persönlich bin nicht damit einverstanden mit der Art, wie diese Dinamizations-Kampagne durchgeführt wurde.

Inwieweit ist der jetzige Prozeß eine bürgerliche Revolution oder ein bürgerlicher Prozeß?

Leutnant: Dieses Problem betrifft vor allem die bürgerlichen Bestrebungen des letzten Jahrhunderts. Damals hat die Bourgeoisie revolutionäre Veränderungen durchgeführt und hat sich dabei auf das Proletariat gestützt, aber nachdem das Proletariat einige Selbstständigkeit erringen konnte, machte die Bourgeoisie dem wieder ein Ende. Den portugiesischen Prozeß von heute kann man als bürgerliche Revolution betrachten. Es waren ja die Offiziere, die diesen Prozeß begannen; daher kann man sagen, daß diese Revolution einen bürgerlichen Anfang gehabt hat. Deshalb müssen wir die Politik so verändern, daß nicht immer nur die Offiziere die Macht haben, den Prozeß zu bestimmen. Es war sehr gut, daß die MFA die Türen geöffnet hat für die Sergeanten und Soldaten, aber alle Fortschrittlichen müssen genau verfolgen, welche Politik die Offiziere durchführen. Um die Macht der Sergeanten und Soldaten in der MFA zu stärken, müßte eine Mehrheit für sie angestrebt werden, damit die Revolution weitergeht, wenn die Bourgeoisie keinen Fortschritt mehr wünscht.

Offiziersanwärter: Es waren aber nicht die Offiziere, die den nierigeren Rängen die Türen öffneten, sondern es waren die Sergeanten und Soldaten selbst, die sich den Zugang zur MFA verschafften.

Ich danke Ihnen für das Interview und versichere, Ihnen ein Exemplar unserer Zeitung, in dem dieses Interview abgedruckt wird, zu schicken.

KTN/em (übersetzer)

Anmerkung

[1] Für diese Vermutung gibt es keinerlei Beweis. Daß aber diese Vermutung überhaupt auftauchen und größere Verbreitung finden kann, ist ein Beleg für den starken Einfluß, den die Revisionisten auf die öffentliche Meinung ausüben, die zweifellos mit solchen Geschichten hausieren gehen. Aus Westdeutschland ist die Aufstellung und Verbreitung solcher Behauptungen ohne Spur von Beweis von der DKP bekannt.

Bewegung der Streitkräfte geht gegen MRPP vor

Am Morgen des 29. Mai haben die dem General Otelo de Carvalho unterstehenden Truppen des COPCON in der Militärregion Lissabon mehrere Büros der Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats besetzt. Dreihundert bis vierhundert Mitglieder der MRPP wurden verhaftet. Davon wurden am 30. Mai nach Angaben eines Sprechers der Bewegung der Streitkräfte (MFA) noch etwa zweihundert im Staatsgefängnis Fort Caxias festgehalten.

Das der MFA unterstehende COPCON begründete seine Aktion damit, daß man nach denjenigen suche, die die Soldaten gefangengenommen und geschlagen hätten, die von der MRPP als faschistische Terroristen bezeichnet worden seien. Es wurde betont, daß es nicht darum ginge, die MRPP aufzulösen, sondern um die Identifizierung der Schuldigen für die in mehreren Fällen eigenmächtig vorgenommenen Verhaftungen und Verhöre.

Als am Morgen des 30. Mai eine Gruppe von Anhängern der revisionistischen Kommunistischen Partei versuchte, ein Büro der MRPP zu stürmen, wurde sie von Soldaten daran gehindert. Einer der Soldaten soll erklärt haben: *"Wir stimmen mit der MRPP nicht überein, ... aber wir haben die Ordnung aufrechtzuerhalten."* (Frankfurter Rundschau vom 31. Mai)

Die MRPP vertritt die Auffassung, daß gegenwärtig in Portugal eine faschistische Militärdiktatur herrsche. Sie sieht die aktuelle Hauptgefahr darin, daß Portugal durch die Machtergreifung der revisionistischen Kommunistischen Partei zu einem Satelliten des russischen Sozialimperialismus wird.

Gegen das Vorgehen des COPCON sind von der MRPP Demonstrationen durchgeführt worden. Unter anderem versuchten Demonstranten vor dem Gefängnis Caxias die Einfahrt einer Militärkolonne in das Fort zu verhindern.

SPD zahlt für die "Pressefreiheit" in Portugal

SPD zahlt für die "Pressefreiheit" in Portugal

Auf einer Pressekonferenz in Lissabon haben die Drucker und Setzer der Zeitung "Republica" bekanntgegeben, daß die Zeitung mit einem Zuschuß von 130 Millionen Escudos, das sind etwa 13 Millionen DM, aus der Bundesrepublik unterstützt worden sei. Dieser Betrag sei von der SPD-eigenen "Friedrich-Ebert-Stiftung" auf ein Konto der Sozialistischen Partei Mario Soares' überwiesen worden.

In Bonn bestritt die "Friedrich-Ebert-Stiftung" diese Darstellung. Sie finanziere gegenwärtig keine Projekte in Portugal. Ein SPD-Sprecher bestätigte jedoch am 30. Mai, seine Partei gewähre der Sozialistischen Partei Portugals "materielle und finanzielle Hilfe. Er wollte aber keine genauen Zahlen nennen." (Die Welt vom 31. Mai)

Auf jeden Fall mangelt es der Sozialistischen Partei nicht an Geld. Über Vorfälle beim Verkauf einer Ersatzzeitung für die "Republica" berichtete die Sozialistische Partei vor der Presse: "Zwei Austräger seien von der Polizei vorübergehend inhaftiert worden, weil sie das 'Jornal' zum festgesetzten Preis von 2,50 Escudos statt zum im allgemeinen für Tageszeitungen üblichen von 4 Escudos verkauft hätten." (Neue Züricher Zeitung vom 31. Mai). Offenbar ist der SPD, die in der Bundesrepublik zahlreiche Zeitungen stillgelegt hat, die "Pressefreiheit" in Portugal viel Geld wert.

Dunlop/Chrysler

London, 20. Mai. In einem Werk der Dunlop-Kapitalisten haben seit Wochen 700 Arbeiter der Verwaltung – allein 500 davon sind Arbeiterinnen – für eine einheitliche Lohnerhöhung von etwa 60 Mark pro Woche die Arbeit niedergelegt.

Oman: 10 Jahre Befreiungskampf

Das Volk von Oman braucht breite Unterstützung in seinem Befreiungskampf

Seit 10 Jahren, seit dem 9. Juni 1965, kämpft das Volk von Oman für seine Unabhängigkeit gegen den britischen Imperialismus und seine reaktionären Lakaien in Oman.

"Heute ist Oman von britischen, iranischen und jordanischen Truppen besetzt, außerdem halten sich Hunderte von amerikanischen Beratern und Söldner verschiedener Nationalitäten dort auf. Ausländische Militärbasen verschiedener Nationalitäten sind über Oman verstreut. Dagegen zeigt das omanische Volk großen Heldenmut im Widerstandskampf gegen die Invasoren und Besatzer. Angesichts der Unterdrückung und Repression von seiten der einheimischen Reaktion zeigen die omanischen Massen außerordentliche Standhaftigkeit." (Brief der Volksbefreiungsfront von Oman (PFLO) an den Sekretär des KBW vom 18.5.1975)

In diesem Kampf braucht das Volk von Oman breite Unterstützung.

Sofortige Freilassung von Said Mazourki und allen politischen Gefangenen in Oman!

Ich protestiere gegen die Maßnahmen des Sultan Quabus und seiner Helfeshelfer Großbritanien und Iran gegen die nationalen und demokratischen Kräfte im Sultanat Oman: Über 1000 politische Gefangene sind unter menschenunwürdigen Bedingungen in den Gefängnissen Kut al-Jalali, Beit al-Falaj, Salalah und Nizwa inhaftiert. Gegen die Bewohner der Provinz Dhofar führt der Sultan einen Vernichtungskrieg.
SOFORTIGE FREILASSUNG VON SAID MAZOURKI UND ALLEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN OMAN!
SCHLUSS MIT DEM VERNICHTUNGS KRIEG GEGEN DIE PROVINZ DHOFAR !

Unterschrift:

I protest against the measures, which the Sultan Quabus and his imperialist allies Britain and Iran take against the national and democratic forces of Oman: There are more than 1000 political prisoners in the prisons of Kut-al-Jalali, Beit al-Falaj, Salalah and Nizwa etc. kept in extremely inhuman conditions. The Population of Dhofar is exposed to a brutal war of destruction.
IMMEDIATE RELEASE OF SAID MASOURKI AND ALL POLITICAL PRISONERS IN OMAN !
STOP THE WAR AGAINST DHOFAR !

sender: (Abs.)

0,50

To the
Sultan of Oman
Quabus
OMAN · MUSCAT
Arabischer Golf

Diese Karte kann beim Nahost-Komitee Heidelberg **(69 Heidelberg, Postfach 10 42 08)** bestellt werden.
Entsprechend dem Aufruf des omanischen Roten Halbmonds (KVZ Nr. 19 vom 15.5.75) fordern wir auf, in den nächsten Wochen solche mit Unterschriften versehene Karten zu schicken an:
Regierung des Sultanats von Oman, Menschenrechtskommission der UNO, den UNO-Generalsekretär und den Generalsekretär der Arabischen Liga und an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes.



إننا نشجب حملة الاعتقالات الواسعة
ووسائل الإرهاب والقمع التي يتبعها
نظام قابوس في سلطنة عمان .
لضرب القوى الوطنية الديمقراطية .
إننا نطالب وقف حرب الإبادة ضد
الشعب العماني في إقليم ظفار .
اطلقوا سراح المناضل سعيد مزروقي
وكل المعتقلين السياسيين في
سجون صلالة ونزوة .

Die Unterstützung auf dem Gebiet der medizinischen Versorgung ist notwendig!

Auch die medizinische Unterstützung ist notwendiger denn je: "Im Namen des omanischen Volkes bitten wir Euch, Eure Bemühungen auszuweiten und zu intensivieren: besonders bitten wir um schnelle Hilfe im Kampf gegen die Epidemien, die unser Volk genauso bedrohen wie seine Feinde."

Vor allem wird gebraucht: Antibiotika (Laufzeit mindestens 2 Jahre); Magen-Darm-Präparate, Hustenmittel, Verbandsmaterial, Schmerz- und Betäubungsmittel, Vitaminpräparate.
Die gesammelten Medikamente können – nach den oben angegebenen Kategorien sortiert – geschickt werden an:
Nahost-Komitee Frankfurt
c/o Manfred Hausmann
6 Frankfurt/Main
Oederweg 118
Sie werden in Frankfurt zu Sendungen zusammengestellt und an die PFLO weitergeleitet.

Große Massenbewegungen

Gegen Israel aus Anlaß des 15. Jahrestages seiner Gründung

Aus Anlaß des 27. Jahrestages der Entstehung des Staates Israel hat die Palästinensische Nationale Front (PNF) zum Generalstreik in den besetzten Gebieten aufgerufen unter den Forderungen:

Nieder mit den zionistischen Besatzern!
Für den Aufbau einer unabhängigen nationalen Herrschaft unter der Führung der PLO (Palästinensische Befreiungs Organisation)!

Diesem Aufruf schlossen sich alle Organisationen und Berufsverbände an, so zum Beispiel die Generalunion Palästinensischer Frauen und die Generalunion Palästinensischer Studenten. Trotz Verbotsdrohungen seitens der zionistischen Besatzer veröffentlichten alle Zeitungen im besetzten Westufer den Streikaufruf der PNF.

Der Streik und die Demonstrationen in allen größeren Städten waren begleitet von einer Steigerung der militärischen Operationen. Die wichtigsten darunter waren die Zerstörung der militärischen Anlagen und Munitionsfabriken in Ramat Hascheron, einem Vorort von Tel Aviv, sowie von Teilen des Industriezentrums, das sich in der Stadt selbst befindet.

Die Antwort der Zionisten auf diese Massenaktionen war die Verhaftung von zirka 500 Menschen aus verschiedenen Teilen des Westufers und des Gaza-Streifens und die Umzingelung der Städte Ramallah und al-Beira. Die Bewohner beider Städte werden kollektiv beschuldigt, die Widerstandskämpfer zu unterstützen. Sogar die Lastwagen, die die beiden Städte mit Lebensmitteln versorgen, werden an der Auslieferung gehindert.

—Nidal—

Zimbabwe:
Das Volk gegen Manöver des Smith-Regimes

Das rhodesische Siedlerregime setzt Polizei gegen Demonstration ein

In den vergangenen Tagen berichteten die bürgerlichen Zeitungen von "schweren Auseinandersetzungen zwischen den afrikanischen nationalistischen Bewegungen ZANU und ZAPU". Die "Unruhen" seien "ausgebrochen, als die Polizei am Sonntag Straßenkämpfe zwischen rund 2 000 Angehörigen zweier rivalisierender afrikanischer Gruppen niederzuschlagen versuchte" (Stuttgarter Zeitung vom 2.6.). Dabei habe die Polizei mindestens 11 Afrikaner erschossen.

Daß die Wut der Massen sich gegen die weißen Unterdrücker richtet, muß die "Stuttgarter Zeitung" indirekt zugeben, indem sie auch berichtet: "Im Laufe der Nacht war es noch verschiedentlich zu Ausschreitungen gekommen, die sich in erster Linie gegen Gebäude richteten, die in den Augen der Afrikaner die Herrschaft der weißen Minderheit symbolisieren. Die Demonstranten gingen mit Steinen gegen Tankstellen, Restaurants und Büros vor, brannten mindestens drei Geschäfte nieder und setzten mehrere Autos in Brand."

Das ist nur ein Beispiel, wie jene Zimbabwer, die unter kompromißlerischer Führung stehen, vom Smith-Regime ausgenutzt werden, um gegen die ZANU Schläge zu führen, die als einzige Kraft im bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung ausharrt und eine echte Bedrohung für die Kolonialisten und Imperialisten ist.

Dagegen hat Smith an den Afrikanischen Nationalrat (ANC) kürzlich ein Ultimatum gerichtet, "die vereinbarten Verfassungsverhandlungen in Kürze aufzunehmen" (Stuttgarter Zeitung vom 2.6.). "Vorbedingungen der Afrikaner dafür lehnt Smith ab." (ebenda)

Gleichzeitig wiederholt er zur Beruhigung der weißen Kolonialisten immer wieder, "daß es weder in fünf noch in zehn noch überhaupt zu seiner Lebenszeit zu einer afrikanischen Mehrheitsregierung in Rhodesien kommen werde".

In einer Einigungserklärung des neu gebildeten ANC-Dachverbandes hat die ZANU durchgesetzt, daß alle Verhandlungen mit dem Smith-Regime nur führen, wenn dieses bereit ist, die Macht an die afrikanische Mehrheit sofort zu übergeben. Da Smith daran nicht denkt, sondern Verhandlungen nur für bessere Möglichkeiten, reaktionären Terror gegen das Volk von Zimbabwe auszuüben, nutzt, lehnt die ZANU es ab, auf die Verhandlungsmanöver einzugehen, und vertritt die Ausdehnung des bewaffneten Widerstandes. Die Führer der anderen, kompromißbereiten Organisationen, die mit ihrer Haltung wenig Unterstützung im Volk finden, sehen in den Verhandlungen mit dem Smith-Regime die Chance, sich einflußreiche Posten zu sichern, die sie sich in einem vollständig befreiten Zimbabwe nicht versprechen können.

Ist es der bewaffnete Kampf der ZANU, der Smith überhaupt zu den Verhandlungsmanövern zwingt, so nutzen sie die konterrevolutionäre Gewalt des Smith-Regimes gegen die ZANU für sich aus, um Einfluß und Macht zu gewinnen. Obwohl dadurch der ZANU schwere Verluste zugefügt werden und insgesamt der Kampf des Volkes von Zimbabwe Rückschläge erleidet, entlarven sie sich dabei immer mehr und sind gezwungen, eine zunehmend konsequentere Haltung einzunehmen, um noch irgendeinen Einfluß bei den Massen zu bewahren.

Wir geben im weiteren eine Stellungnahme von R.J.K. Chiwara, Vertreter der ZANU für Großbritannien und Westeuropa, zu den jüngsten Kämpfen wieder:

"Die ZAPU-Fraktion im neuen ANC (Dachverband der vier politischen und Befreiungsorganisationen des Volkes von Zimbabwe, H.L.) glaubte, die Abwesenheit der militanten Führer Sithole und Mugabe von der ZANU (da Smith ihnen bei der Rückkehr erneute Einkerkerung androht, befinden sie sich nicht in Zimbabwe, H.L.) und auch von Bischof Muzorewa, dem Vorsitzenden des ANC-Dachverbandes, der sich gerade zu Gesprächen in den USA aufhält, nutzen zu können, um verschiedene Beschlüsse zu fassen. Ein Treffen mit Smith sollte beschlossen werden, die Möglichkeiten einer Verfassungskonferenz mit Smith durchzuführen, diskutiert und die Gelegenheit ergriffen werden, einen Kongreß des ANC in Salisbury durchzuführen, an dem Nkomo, wie er hofft, als der nationale Führer gewählt wird. Um das sicherzustellen, wollte er entscheiden, wer zu der Delegation gehören soll, die zu diesem Kongreß kommt und wahlberechtigt ist.

Die Bevölkerung im Land hat von diesem Plan erfahren und demonstrierte friedlich gegen die Plan vor der Halle, in der das Treffen stattfand. Die Polizei war schon da, wir vermuten, daß sie von der ZAPU einen Hinweis bekommen hat, um auf jeden Schritt von seiten der ZANU-Anhänger zu reagieren. Dazu kam es, als ZAPU-Anhänger, die auf der anderen Straßenseite versammelt waren, versuchten, die Transparente unserer Anhänger niederzureißen, die auch unsere Parolen riefen. Sie hoben hervor, daß nur Chimurenga (der bewaffnete Kampf) die Antwort auf die Lage in Zimbabwe sein kann und es notwendig ist, den Krieg weiterzuführen, sie riefen 'Übernahme der Macht durch die Mehrheit jetzt' und 'Nieder mit den Ausverkäufern, den sogenannten Gemäßigten'.

Die Polizei, die zwischen den beiden Gruppen auf der Straße war, mischte sich in die Auseinandersetzung ein, indem sie auf die ZANU-Anhänger das Feuer eröffnete. Wir glauben, daß die Polizei diese Entwicklung absichtlich haben wollte, weil sie sonst, ohne das Feuer zu eröffnen, die Gruppen hätte trennen können. Sie erschossen auf der Stelle fünf Genossen. Die Nachricht darüber verbreitete sich rasch in ganz Salisbury, und es kam in der ganzen Stadt zu Kämpfen mit den weißen Unterdrückern, wobei die Polizei weitere 8 Menschen erschoß.

Zu dem von der ZAPU-Fraktion abgehaltenen ANC-Treffen kamen zwei Vertreter von uns, Enos Nakala war bereits anwesend, Morton Malianga wurde, als er später kam, von ZAPU-Anhängern angegriffen. Sie erklärten bei dem Treffen, daß sie dem Gedanken, sich mit Smith zu treffen, um mit ihm über die Verfassungskonferenz zu sprechen, nicht zustimmen und daß sie sich von allen Beschlüssen, die gefaßt werden, distanzieren. Sie hielten es für nicht akzeptierbar, daß das Treffen stattfindet, während andere nationale Führer sich außer Landes befinden. Außerdem sei das Smith-Regime nicht bereit, mit ihnen über die Mehrheitsregierung zu diskutieren, weshalb es auch sinnlos sei, vorbereitende Diskussionen über Gespräche mit Smith durchzuführen. Unsere Vertreter wurden darauf von den 'gemäßigten Führern' verprügelt und rausgeworfen, der Genosse Nakala durchs geschlossene Fenster."

"Was den von der ZAPU-Fraktion für den 22. Juni beschlossenen ANC-Kongreß betrifft, so haben wir uns von ihm und allem distanziert, was bei den Treffen von der Nkomo-Sektion beschlossen wurde. Auch einige andere Mitglieder des ANC stimmten gleichfalls dem angekündigten Kongreß nicht zu, z. B. Dr. Chavunduka (Generalsekretär des alten ANC), der Pfarrer Kachidza, Schatzmeister, und E. Sithole, Informationsverantwortlicher des alten und neuen ANC. Sie werden an dem Kongreß nicht teilnehmen."

Die Ermordung der 5 ZANU-Anhänger durch die Schergen des Smith-Regimes zeigt erneut, daß hinter dem Zuckerbrot von 'Verhandlungen um eine friedliche Lösung' die Peitsche des reaktionären Terrors steht. Daß die Volksmassen das erkannt haben, zeigen die breiten Angriffe, die auf diesen feigen Anschlag gegen das weiße Siedlerregime in der ganzen Stadt geführt wurden. Dieser Situation müssen auch die kompromißlerischen Kräfte Rechnung tragen, und sie können ihre Ziele nicht mehr so offen verfolgen.

So soll nach der französischen Zeitung 'Le Monde' vom 3.6. J. Nkomo, der Führer der ZAPU, am Sonntagabend die 'Aktion der Polizei bedauert haben, wie auch die Initiative gewisser Elemente der ZAPU', und die ZAPU-Fraktion im ANC mußte erneut öffentlich erklären, daß sie an einer sofortigen Mehrheitsregierung als Bedingung für Verhandlungen festhält.

—H.L.—

ZANU-Spendenkonto
Nr. 10 68 326
Volksbank Mannheim

Libanon: Zum Rücktritt der Militärregierung

Stellungnahme eines leitenden Genossen der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP) zur neuesten Entwicklung im Libanon

Die Militärregierung im Libanon mußte nach 48 Stunden Amtszeit zurücktreten. Worauf ist das zurückzuführen?

Dieser schnelle Rücktritt der Militärregierung ist zweifellos ein Sieg für das palästinensische und für das libanesische Volk. Er ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Die Stärke der linken und fortschrittlichen Bewegung im Libanon, die sich gerade in den letzten Monaten entwickelt hat. Es ist ihr gelungen, sich unter den Massen zu verankern, die Massen auch teilweise zu bewaffnen und damit an politischem Gewicht zu gewinnen.

2. Die Einheit zwischen dem palästinensischen Widerstand und dieser Bewegung. Für den palästinensischen Widerstand bedeutete die Militärregierung eine direkte Bedrohung seiner Errungenschaften: der Autonomie der Lager, des Rechts auf freie politische Betätigung usw. Deswegen hat er all seine Kraft und seinen politischen Einfluß unter den Massen geltend gemacht, um die Militärregierung zu stürzen.

3. Die rechten, reaktionären Kräfte sind gespalten. Es ist ihnen nicht gelungen, die Widersprüche im eigenen Lager zu beseitigen und sich auf eine einheitliche politische Führung, die ihre Interessen vertritt, zu einigen. Zum Beispiel stehen diejenigen Kräfte, die die Militärregierung unterstützt haben (zum Beispiel die faschistische Phalange-Partei, d.Red.), im Widerspruch vor allem zu den reaktionären islamischen Teilen der Bourgeoisie, die ihre Interessen am besten durch das Parlament vertreten sehen. Diese sehen sich einem starken Druck der armen islamischen Massen ausgesetzt, sich auf die Seite des palästinensischen Widerstands zu stellen, der ihre Führungsposition ständig gefährdet. Deswegen ist es für die Militärregierung unmöglich gewesen, sich auf alle rechten Kräfte zu stützen, was aber eine Vorbedingung für ihr Überleben gewesen wäre.

4. Die libanesische Handelsbourgeoisie, die unter anderem den gesamten Dienstleistungsbereich und die Touristik kontrolliert, ist darauf bedacht, jede Verschärfung der Auseinandersetzung zu vermeiden, weil sie dadurch ihre Interessen direkt bedroht sieht durch eine Verschärfung, die unter den Bedingungen der Zersplitterung der Rechten und der Einheit der demokratischen und nationalen Bewegung sich vollzieht. Sie ist nicht gewillt – von ihrer Interessenlage kann sie es auch gar nicht –, an der Auseinandersetzung teilzunehmen. Sie setzt alles daran, um das jetzige Kräfteverhältnis aufrechtzuerhalten und eine direkte Konfrontation mit den fortschrittlichen Kräften und den Massen zu vermeiden.

5. Ein weiterer Faktor ist die Haltung der nationalen arabischen Regimes. Eine Verschärfung der Auseinandersetzung im Libanon würde ihre Bemühung um eine friedliche Regelung im Nahen Osten stören. Dies zu einem Zeitpunkt, wo der ägyptische Präsident mit Einverständnis vieler arabischer Staaten sich mit US-Präsident Ford in Salzburg trifft, um die Schritt-für-Schritt-Strategie der USA und die Rolle der amerikanischen Diplomatie im Nahen Osten wiederzubeleben.

6. Besonders Syrien muß solch eine Verschärfung ablehnen und versuchen, die Militärregierung zu beseitigen. (Syrien hat gedroht, zwei Divisionen gegen den Libanon einzusetzen, d.Red.) Eine Entscheidung zugunsten der Reaktion im Libanon hätte politische und militärische Auswirkungen auf Syriens Position im Kampf gegen Israel.

Kambodscha:
Wiederaufbau gestützt auf die eigenen Kräfte

Die 7 Millionen Einwohner können leicht ernährt werden

Wir drucken hier einen Artikel über die gegenwärtigen Hauptaufgaben in Kambodscha ab. Der Artikel wurde übersetzt aus den "Nouvelles Breves du Cambodge", die von der Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) in Paris herausgegeben werden.

"Gegenwärtig entwickelt sich die Bewegung zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion zusammen mit den Solidaritätsgruppen für die Produktion als Kern- und Stoßkraft mit unvergleichlicher Heftigkeit und in einem Umfang, wie es in der Geschichte noch niemals vorgekommen ist, Dank der Deiche, Kanäle und 'Wasserreservoirs', die während der letzten 2, 3 Jahre angelegt wurden, hat sich das Land sehr verändert: es hat im Vergleich zu den Städten große Fortschritte gemacht und kann sehr leicht die 7 Millionen Einwohner ernähren. Ebenso entwickelt sich das Handwerk weiter, besonders die Webereien, die Baumwoll- und Seidenproduktion und die Herstellung von Ackergeräten.

Das Problem, dem die revolutionären Streitkräfte und das Volk gegenüberstehen, ist der Wiederaufbau der Verkehrswege und der Industrie. Sie arbeiten Tag und Nacht, um Straßen, Brücken, Flugplätze, Eisenbahnlinien und Häfen zu reparieren, um die Fabriken, Häuser und das staatliche Eigentum wiederherzustellen, um die Spuren und Schandflecke und anderen Unrat zu beseitigen, der von der alten, von der Verräterbande, diesen amerikanischen Imperialistenknechten, verdorbenen Gesellschaft zurückgelassen wurde. Die Nationalstraße Nr. 1 zwischen Phnom Penh und Neak Luong ist wieder frei. Die Nationalstraßen Nr. 2, 3 und 4, der Flughafen Pochentong, der Hafen von Sihanoukville werden bald wieder hergestellt sein und zur Verfügung stehen.

Der Rundfunksender "Stimme der FUNK" verbreitet Musik und revolutionäre Werke, die die nationalen Traditionen respektieren und ein einheitliches Bewußtsein der Nation, des Volks und ihrer Revolution schaffen, an Stelle der verkommenen Musik des US-Imperialismus. Aus dem täglichen Leben ist die unanständige und verdorbene Lebensweise der Verräter und der amerikanischen Imperialisten, das Fluchen und Beleidigen, das Stehlen und das Glücksspiel vollständig verschwunden, die Prostitution und die Drogen sind vollkommen ausgerottet.

Es ist gesichert, daß es den revolutionären Streitkräften und dem Volk schnell gelingt, die Wirtschaft des neuen Kambodscha wieder herzustellen. Mit der Landwirtschaft als Grundlage wird sich diese Wirtschaft mit Riesenschritten entwickeln. Wir haben keine Probleme, weder Hungersnot noch ein Defizit im Staatshaushalt oder in der Handelsbilanz. Unsere 7 Millionen Einwohner, die mit Lebensmitteln versorgt sind, schließen sich mit den heldenhaften revolutionären Streitkräften zusammen. Sie lassen das Prinzip der Unabhängigkeit und der Autonomie hell erstrahlen. Sie nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand und sind dabei, ein neues Kambodscha aufzubauen, das unabhängig, demokratisch, blockfrei, fortschrittlich und wirtschaftlich gesund ist.

Bevor sie zu ihrem Rückzug gezwungen waren, haben die US-Imperialisten alle Fabriken zerstört, u.a. die Textilfabriken, die Nägelfabriken, die Papierfabriken, die Gummifabriken und die Fabriken für die Lebensmittelherstellung.

Um das Land wiederaufzubauen, das fast vollständig zerstört ist, stützen wir uns in erster Linie auf unsere eigenen Kräfte. Wir nehmen nur dann Hilfe aus dem Ausland an, wenn sie ohne Bedingungen gegeben wird und nicht dazu benutzt wird, Absichten der Aggression oder der Subversion gegen unsere Nationen und unser Volk zu verbergen."



Denkmalsturz



Szenen aus Saigon

nach der Machtübernahme durch die Nordvietnamesen photographierten die SPIEGEL-Redakteure Börries Gallasch und Tiziano Terzani. Sie waren dabei, als die neuen Machthaber das allzu kolossale Denkmal des Unbekannten Soldaten, das jahrelang das Saigoner Zentrum zum Ruhm einer ruhmlosen Armee verunziert hatte vom Sockel stießen.

Gleich nach der Eroberung Saigons ließen die neuen Machthaber in der City der Stadt dieses Siegesdenkmal errichten. Die Aufnahme wurde jetzt von einem skandinavischen Journalisten mitgebracht. Die Arbeiter am Fuß des Denkmals und der fahnenschwenkende Mann auf dem Kopf der Figur machen die Größe der Skulptur deutlich. upi-Bild

Nach wie vor führt die bürgerliche Presse Krieg gegen den Befreiungskampf und schließlichen Sieg des vietnamesischen Volkes. Ihr Mittel: die Lüge. Links die Meldung im "Spiegel" über die Sprengung des Denkmals, das die Saigoner-Marionettenregierung zum eigenen Ruhm hatte bauen lassen. Rechts die Fälschung im "Höchster Kreisblatt" vom 23.5., einer Regionalausgabe der "Frankfurter Neuen Presse", der drittgrößten Frankfurter Tageszeitung.

Arbeit für 30 Vietnamesen gesucht

Das deutsch-vietnamesische Freundschaftskomitee sucht Arbeit für 30 Vietnamesen

Dortmund. Im Anschluß an eine Veranstaltung mit Roshan Dhunjiboy über Vietnam wurde ein deutsch-vietnamesisches Freundschaftskomitee gegründet. (vgl. KVZ 19/75) Das Komitee hat die Aufgabe, über

den Aufbau der Demokratie und des Sozialismus in Vietnam zu informieren,
die vietnamesischen Studenten in Dortmund zu unterstützen.

Die vietnamesischen Studenten sind in einer besonders schlechten Situation.

Alle ausländischen Studenten sind gegenüber den deutschen benachteiligt.

Unsere vietnamesischen Freunde unterliegen aber noch besonderen Schikanen, da es keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Provisorischen Revolutionsregierung und der Bundesregierung gibt. Zur Zeit erhalten sie nur eine Aufenthaltsgenehmigung von jeweils 2 Monaten, danach müssen sie sich erneut der schikanösen Behandlung auf dem Ausländeramt unterwerfen. Das Freundschaftskomitee will sich hierum kümmern. Vor allem aber fordern wir:

Sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur PRR!
Anerkennung der PRR durch die Bundesregierung!

Wie alle ausländischen Studenten haben die Vietnamesen kaum die Möglichkeit, Arbeit zu finden. Die Studenten-Jobvermittlung "servis" des Arbeitsamtes im Studentenzentrum an der Stockumer Straße 370 weigert sich, Ausländern einen Job zu vermitteln. "Die haben alle einen dicken Stempel im Paß, daß sie nur in den Semesterferien arbeiten dürfen. Da gehen Sie zur Stadt, Ich kann leider nichts für Sie tun." Während des Semesters haben die Ausländer somit kaum eine Möglichkeit, einen Neben-Job zu bekommen. In den Semesterferien finden sie so gut wie gar keine Arbeit, da auch deutsche Studenten kaum Ferienarbeit finden, diese aber immer vorgezogen werden und der Studenten-"servis" des Arbeitsamtes nur an Deutsche vermittelt.

Eine wichtige Aufgabe des Komitees ist es gegenwärtig, den ca. 30 vietnamesischen Freunden Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten zu verschaffen.

–hm, Dortmund–



Kambodscha: Frauen einer Samitätseinheit versorgen Plantagenarbeiter mit Medikamenten

Die kambodschanischen Frauen:
Unbeugsam vor dem Feind

Im neuen Kambodscha hat die Rolle der Frau große Bedeutung und ihre soziale Stellung ist hervorgehoben. Die Aufgaben, die die Männer erfüllen können, können auch die Frauen erfüllen. In der gegenwärtigen Revolution gibt es in der Armee Bataillone und Regimenter, die ausschließlich aus Frauen bestehen. Diese revolutionären Streitkräfte der Frauen sind in der ersten Linie zum Sturm auf den Feind angetreten, sie lieferten den Beweis für ihr großes Heldentum, das dem der Männer gleicht. Bei allen Schlachten, bei allen Siegen war die Beteiligung der Fraueneinheiten überaus wertvoll.

Im Hinterland spielen die Frauen ebenfalls eine wichtige Rolle: sie laden alle Arbeiten auf sich und sie nehmen führende Funktionen ein in der Produktion, in den Krankenhäusern, auf der Ebene der Dörfer, der Distrikte und der Regionen und in den Organisationen der Volksmacht und in der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK).

Vor der Befreiung, waren die Frauen in den Gebieten, die unter der provisorischen Kontrolle des Feindes standen, verachtet und wurden ausgebeutet. Sie waren auf die unterste Stufe der Gesellschaft gesetzt. Die Revolution hat alles geändert. Die Frauen haben sich aufgerichtet. Sie sind wachsam und furchtlos, unbeugsam vor dem Feind, selbst unter der Folter und koste es ihr Leben.

Die Frauen, die die eine Hälfte der Bevölkerung ausmachen, haben an der großen Offensive der endgültigen Vertreibung des Feindes teilgenommen und den großartigen Sieg davongetragen, das hat eine historische Bedeutung.

Heute, im befreiten Kambodscha, haben die Frauen eine noch viel bedeutendere Aufgabe: das neue Kambodscha aufbauen, damit es sich auf allen Seiten entwickelt: auf militärischem, politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung und in der Wissenschaft. Bei all diesen Aufgaben stützen sie sich fest auf die revolutionären Traditionen und entwickeln den revolutionären Heroismus, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

(Kommentar der Kambodschanischen Nachrichtenagentur vom 26. Mai 1975, übersetzt aus dem Französischen)

Brief der Mission der GRUNK aus Paris:
Die Innen- und Außenpolitik Kambodschas

Das kambodschanische Volk rechnet auf unsere Unterstützung beim Aufbau des Landes

Paris, den 27. Mai 1975

Liebe Freunde!

Erlaubt mir zuerst, Euch meinen herzlichsten Dank auszusprechen für Eure Glückwünsche anläßlich der Befreiung von Phnom Penh und des ganzen Landes am 17. April 1975 durch das ganze Volk von Kambodscha, die Volksbefreiungsstreitkräfte (FAPLNK), die Nationale Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK).

Dieser historische Sieg des kambodschanischen Volkes über den amerikanischen Imperialismus – der mächtigste auf der Welt – und seiner Knechte ist ebenso ein Sieg all jener Völker und Kräfte, die nach Unabhängigkeit, Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden und Fortschritt streben. Und das ist ein Sieg all jener, die die feste Absicht gehabt haben, früher oder später den gerechten Kampf unseres Volkes zu unterstützen durch ihre solidarische Aktion.

Spendenkonto Kambodscha
Nr. 437 50 92
(H. Leberl)
Bezirkssparkasse Heidelberg

Dieser Sieg, der erreicht wurde durch so viele Opfer, die das kambodschanische Volk auf sich genommen hat, hat zugleich große Bedeutung für die Sache des Friedens in der Welt, denn dieser Sieg ist eine Ermutigung und sichtbare Stärkung für alle Länder und Völker, die gegenwärtig im Kampf stehen gegen den Imperialismus und Kolonialismus alter und neuer Prägung.

Wie Ihr wißt, hat der Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten unserem Volk und unserem heißgeliebten Vaterland neben den nicht zu berechnenden materiellen Schäden sehr große Verluste an Menschen zugefügt. Tatsächlich beträgt nach den ersten Aufstellungen die Zahl der Toten 600 000. Die Zahl der Verwundeten, Verkrüppelten und Invaliden, einschließlich Kindern, Frauen und alten Menschen, beträgt ebenfalls 600 000. Allein durch den Luftkrieg der amerikanischen Imperialisten, der mehr als 6 Monate – von Januar bis Mitte August 1973 – andauerte, hat die Bevölkerung ungefähr 200 000 als Tote, Verwundete und Verkrüppelte verloren.

Wenn wir uns heute ganz auf den Wiederaufbau unseres Landes konzentrieren, so bleiben wir doch nach wie vor wachsam gegenüber den amerikanischen Imperialisten. Seitdem wir Phnom Penh und das ganze Land befreit haben, haben diese – weit entfernt davon, sich in die Niederlage zu schicken – tatsächlich unaufhörlich ihre Tätigkeit des Erkundens, Spionierens, der Subversion, der Sabotage verstärkt. Sie haben ihre Verleumdungs- und Vergiftungskampagne systematisch intensiviert. Dabei haben sie zusammen mit ihren Komplizen ihre Propagandamaschine gegen Nation und Volk von Kambodscha eingesetzt.

Vor kurzem erst sind die amerikanischen Imperialisten sogar soweit gegangen, mehrere Vorfälle zu provozieren. Mehrfach haben sie unsere territorialen Gewässer verletzt. Der letzte dieser Vorfälle – die ganze Welt weiß das – ist der "Mayaguez"-Zwischenfall. Es handelt sich dabei wieder um eine geplante wilde Aggression, die sehr schwere materielle Schäden verursacht und viele Menschenleben gekostet hat.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um Euch zu versichern, daß die grundlegenden Festlegungen unserer Innen- und Außenpolitik unverändert bleiben. Das hat erst wieder der Sonderkongreß bestätigt, der in Phnom Penh vom 25. bis zum 27. April 1975 stattgefunden hat:

Für die Innenpolitik schlagen wir vor, daß in der nationalen Gemeinschaft " das Glück, die Gleichheit, Gerechtigkeit und eine wirkliche Demokratie herrschen, so daß weder Reich noch Arm, weder ausbeutende noch ausgebeutete Klassen bestehen. Kurz, es handelt sich darum, 'eine Gesellschaft' aufzubauen, 'in der das ganze Volk in Eintracht und Harmonie leben kann, in der großen Einheit der ganzen Nation, in der jeder sich an den praktischen Aufgaben des nationalen Aufbaus und der nationalen Verteidigung beteiligt".

Für die Außenpolitik hat der Sonderkongreß das Festhalten Kambodschas bestätigt an der "Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität, der Blockfreiheit." Es hat "seine feste Opposition gegen die Präsenz jedes ausländischen Militärstützpunktes auf kambodschanischem Boden bekräftigt". Er hat "die feste Entschlossenheit bekräftigt, gegen jede ausländische Einmischung in die Angelegenheiten Kambodschas anzukämpfen". Der Sonderkongreß hat bekräftigt, "gegen jede subversive Aktion und ausländische Aggression gegen Kambodscha anzukämpfen, gleichgültig, ob es sich dabei um eine militärische, kulturelle, soziale oder diplomatische handelt, oder ob sie im Kleid der sogenannten humanitären Form auftritt".

In keiner Weise mischt sich Kambodscha in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes ein, es folgt vorbehaltlos dem Prinzip, wonach jedem Land seine volle Souveränität zukommt und über das Recht verfügt, selber über seine eigenen Angelegenheiten zu entscheiden.

Spendenkonto Vietnam
Nr. 130 24 50
(H. Leberl)
Bezirkssparkasse Heidelberg

Ich wiederhole meinen herzlichen Dank für Eure Glückwünsche. Wir sind überzeugt, daß wir auf Eure Sympathie, Solidarität und Unterstützung rechnen können bei der Verwirklichung unserer beiden vordringlichen Aufgaben, unser Land zu verteidigen und ein neues Kambodscha aufzubauen.

Der Missionschef
OK Sakun

(übersetzt aus dem Französischen)



Besucht die Ausstellung der VR China !

Vom 13. bis 26. Juni findet in Köln die erste große Wirtschafts- und Kulturausstellung der Volksrepublik China in der Bundesrepublik statt. Sie bietet eine sehr gute Gelegenheit für viele Menschen, Erfolge des sozialistischen Aufbaus in China mit den eigenen Augen zu sehen. Die Ausstellung soll informieren über die Erfolge des chinesischen Volkes seit der Gründung der Volksrepublik China, die unter Anleitung durch die Richtlinien "Unabhängigkeit, Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft" und "Entwicklung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Sicherung der Versorgung" errungen wurden. Die Ausstellung stellt auch die freundschaftlichen Beziehungen der Volksrepublik China zu Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und ihre Außenhandelspolitik dar, die für Gleichberechtigung und gegenseitigen Vorteil eintritt. Durch solche Informationen soll die Ausstellung beitragen zur Förderung der beiderseitigen Verständigung und Freundschaft sowie zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Die Ausstellung umfaßt die Bereiche Landwirtschaft, Schwerindustrie, Leicht- und Textilindustrie, Kunstgewerbe und Kultur. In den verschiedenen Abteilungen werden sowohl die Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik in den jeweiligen Bereichen als auch die Entwicklung der Produktion nach Umfang und Qualität dargestellt. Die Abteilung Kultur gibt einen Überblick über die Entwicklung auf dem kulturellen und künstlerischen Sektor seit der Kulturrevolution und insbesondere in der Massenbewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius.

Die Ausstellung wird auf dem Kölner Messegelände (Halle 4 und 5) durchgeführt; sie ist täglich von 9 bis 20 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 4 DM bzw. 2 DM für Schüler, Studenten u.ä. Es wird möglich sein, chinesische Waren zu kaufen und Spielfilme aus China zu besuchen.

An vielen Orten werden von der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft Busfahrten zu dieser Ausstellung organisiert.

Die Ballade vom Doktor Netter

In der Stadt der Spekulanten
lebte und erwarb sein Brot
einer, der auch spekuliert hat,
nämlich: mit der Menschen Not.

Doktor Netter war sein Name,
Arzt war dieser feine Mann.
Die Patienten, die er hatte,
waren ziemlich übel dran.

Zu ihm kamen schwangere Frauen,
die ihr Kind nicht haben wollten,
weil die Lage nicht erlaubte,
daß sie es bekommen sollten.

Weil die Abtreibung verboten,
konnte er soviel verlangen,
wie sie ihm nur zahlen konnten –
anders wär es nicht gegangen.

Zwar, das Geld, das tat er nehmen,
und das Kind, das macht' er weg,
wie's den Frauen hinterher ging,
kümmerte ihn einen Dreck.

Und von all dem vielen Gelde,
was er so erworben hat,
lebte gut der Doktor Netter,
wohlgeachtet in der Stadt.

Ja, die Spitzen der Gesellschaft,
täten ihm den Bart einseifen,
und es konnt' ihm nichts passieren,
wollte ihn jemand verpfeifen.

Doktor Netter hatte Teiche,
Karpfen schwammen munter drin.
Doch die Teiche zu verwalten,
stand ihm selber nicht der Sinn.

Netter hatte einen Partner,
der die Fischlein füttern sollte.
Der Kumpan war unzufrieden,
weil er'n größern Anteil wollte.

Half kein Betteln und kein Bitten,
Netter wollt ihm nicht mehr geben.
Half auch kein Erpressen, Drohen,
da nahm Nettern er das Leben.

Damit solche Parasiten
nicht mehr an der Not verdienen,
weil die Frauen zahlen müssen,
was man auch verlangt von ihnen,
müssen wir gemeinsam kämpfen,
daß das Abtreibungsverbot
ganz ersatzlos abgeschafft wird,
damit Strafe nicht mehr droht.

Nach der Melodie von ' Macky Messer' zu singen

Gruppe Rote Fahne (KPD) schadet dem Kampf der Arbeiter in der DDR

Die Souveränität der DDR respektieren !

Bei der Rechtfertigung ihrer Aktion "auf dem Boden von Berlin/DDR" hat die Gruppe Rote Fahne nach wie vor Schwierigkeiten. Sie hat selbst festgestellt, daß sie diese Aktion gemacht hat, um an Stelle der Arbeiterklasse der DDR zu handeln. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber der Arbeiterklasse der DDR. Unter diesen Bedingungen ist die Aktion tatsächlich nichts anderes als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und hat mit Unterstützung der Arbeiterklasse der DDR überhaupt nichts zu tun. Denn eine Unterstützung der Arbeiterklasse der DDR kann nur in der Unterstützung **ihres** Kampfes und **ihrer** Aktionen bestehen, niemals darin, daß man an ihrer Stelle handelt. Dies haben wir in der KVZ Nr. 20 klargestellt. In "Dem Volke dienen" Nr. 8 antwortet die Gruppe Rote Fahne durch den Mund ihres Studentenverbandes KSV mit zweierlei. Einerseits unterstellt sie uns, wir würden die Existenz der deutschen Nation leugnen, weil wir von zwei **deutschen Staaten** ausgehen, und zweitens leitet sie aus der Existenz der deutschen Nation und dem sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion ab, daß man sich um die Souveränität der DDR einen Dreck zu scheren habe. Aus der Existenz der deutschen Nation folgt jedoch ebenso wenig wie aus dem sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion, daß einem die Souveränität der DDR egal sein könne. Im Gegenteil: Gerade die sozialimperialistische Sowjetunion tritt die Souveränität der DDR ständig mit Füßen und behandelt die DDR als ihr Einflußgebiet. Die BRD hat die Souveränität der DDR bis heute nicht anerkannt und die USA unterhält zusammen mit Frankreich und Großbritannien in Westberlin eigens einen Brückenkopf, der ihr stets einen Vorwand liefern kann für Pressionen und einen Angriff auf die DDR. Wenn die Gruppe Rote Fahne meint, die Souveränität der DDR könne mißachtet werden und sie selber könne jederzeit an Stelle der Arbeiterklasse der DDR auf dem Boden der DDR Aktionen machen, dann handelt sie nicht im Interesse der Arbeiterklasse der DDR, sondern im Interesse der beiden Supermächte und des BRD-Imperialismus, denen die Souveränität der DDR nichts gilt. Die Arbeiterklasse in der DDR dagegen wird auf dem Weg zum Sturz der neuen Bourgeoisie gerade für diese Souveränität eintreten und sich gegen jede äußere Einmischung verwahren müssen. Dabei wird sie sich auf die eigene Kraft stützen und nicht auf die Kraftmeierei der Gruppe Rote Fahne, die frech beansprucht, an ihrer Stelle handeln zu können.

Die Gruppe Rote Fahne hat in ihrem Eifer, den Sozialimperialismus direkt angehen zu können und sei es auch auf dem Boden eines anderen Staates, der DDR, ein Gegenstück zur Breschnew'schen Theorie der "beschränkten Souveränität" hervorgebracht. Nur rechtfertigt Breschnew diese Theorie aus der Existenz des **"sozialistischen Lagers"**, d. h. aus seinem Anspruch, die revisionistischen Länder als den Einflußbereich der Sowjetunion zu behandeln. Die Gruppe Rote Fahne rechtfertigt ihre Theorie aus der Existenz der Nation. Dabei bringt sie dann alles durcheinander. So redet sie von der **"gewaltsamen Schaffung eines 'Staatengebildes DDR von Breschnews Gnaden'"**. Unseres Wissens ist die DDR 1949 gegründet worden als weder Chruschtschow noch Breschnew die Macht in der KPdSU und in der Sowjetunion innehatten. Wir sind bisher auch davon ausgegangen, daß dies keine gewaltsame Schaffung eines Staatsgebildes gewesen sei, sondern ein Akt der Verteidigung gegen die Angriffe des imperialistischen Lagers. Deshalb sind wir auch davon ausgegangen, daß es richtig gewesen ist, daß die Kommunisten in der BRD stets für die Souveränität der DDR eingetreten sind, und daß es kein Zufall gewesen ist, daß die BRD auf die Gründung der DDR mit der Hallstein-Doktrin reagierte.

Und weil wir davon ausgehen, daß es nach der Umwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht erst recht darauf ankommt, für die Souveränität der DDR einzutreten als wichtiger Voraussetzung für den Kampf der Arbeiterklasse in der DDR, halten wir von den Theorien der Gruppe Rote Fahne gerade so wenig wie von ihren Taten.

–J.S.–

Gegenteil: Gerade die sozialimperiali- bracht. Nur rechtfertigt Breschnew –J.S.–

Gruppe Roter Morgen

Verzweifelte Abwehr schlechter Nachbarschaft

In Nr. 22 versucht der Rote Morgen auf einer ganzen Seite, sich die Gruppe Rote Fahne vom Hals zu schaffen. Er wirft ihr vor, sie nutze die notwendige Einheitsfront gegen die beiden Supermächte nur als Vorwand, um in Wirklichkeit eine Politik der Versöhnung mit der Monopolbourgeoisie und der Aufgabe der proletarischen Revolution zu betreiben. Dieser Vorwurf ist berechtigt. Wir haben das selbst in einer Reihe von Artikeln in der KVZ nachgewiesen (vgl. jetzt auch die Broschüre: "Sturz der Bourgeoisie oder 'Vaterlandsverteidigung' des BRD-Imperialismus"). Nur, wieso kommt der Rote Morgen in die Verlegenheit, sich von der Gruppe Rote Fahne und ihrer Politik der Aussöhnung mit dem BRD-Imperialismus distanzieren zu müssen? Er kommt in diese Verlegenheit, weil er selber eine Linie propagiert hat, die als Konsequenz gerade diese Versöhnung mit dem BRD-Imperialismus nach sich zieht. Diese Linie wird in der "Kieler Rede" des Ernst Aust propagiert. Wir sind in der letzten Nummer der KVZ darauf eingegangen. In dieser Rede wird behauptet, jeder Krieg zwischen den beiden Supermächten, in den die BRD *"hineingezogen"* werden sollte, *"wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein antiimperialistischer Befreiungskampf"*. Wieso der imperialistische Krieg *"von Anfang an"* für die *"deutschen Werktätigen"* ein *"antiimperialistischer Befreiungskampf"* sein soll, also auch noch, wenn sie in der imperialistischen Armee am imperialistischen Krieg teilnehmen müssen, hat Ernst Aust gleich gar nicht zu erklären versucht. Es ist dies aber genau der gleiche Unsinn, wie der Unsinn der Gruppe Rote Fahne. Ernst Aust hat auch gleich noch eine neue Theorie des Burgfriedens im eigenen Land entwickelt, auf die sich die Gruppe Rote Fahne gut berufen kann: Diese Theorie besteht in der Forderung nach *"Unterordnung des nationalen Klassenkampfes unter den internationalen"*, was allerdings *"keinesfalls die Aufgabe der eigenen Revolution"* bedeuten soll. In Wirklichkeit bedeutet sie gerade die Aufgabe der Revolution und die Aussöhnung mit der eigenen Bourgeoisie im Kampf gegen die Supermächte, konkret, da Ernst Aust die Sowjetunion allein für den Hauptfeind der europäischen Völker hält, im Kampf gegen die Sowjetunion. Diese Theorie ist neuartig. Sie kommt auf umgekehrtem Weg zu denselben Ergebnissen wie seinerzeit die Sozialdemokraten: hatten sie gesagt, die Arbeiterklasse müsse ihre internationalen Aufgaben zugunsten der Aufgaben der Nation aufgeben, so sagt Aust, sie müsse die Aufgaben des *"nationalen Klassenkampfes"* zugunsten des internationalen Klassenkampfes aufgeben. Dieser verlange die 'Vaterlandsverteidigung'. Die Wurzel der Abweichung ist die gleiche: Überordnung der Interessen der Nation über die Interessen der Arbeiterklasse, während es stets darum geht, die nationale Frage der sozialen Revolution unterzuordnen, selbst dann, wenn die Lösung der nationalen Frage in einem unterdrückten Land die erste Etappe darstellt auf dem Weg der sozialen Revolution des Proletariats.

Nun ist die BRD weder ein unterdrücktes noch ein halbfeudales oder ein feudales Land, sondern ein imperialistisches, neokolonialistisches und unterdrückendes Land. Ist es grundsätzlich falsch, die nationale Frage der sozialen Revolution überzuordnen, so ist es in der imperialistischen BRD direkt reaktionär und muß notwendig zur Unterordnung unter die Monopolbourgeoisie führen. Es gibt keine Unterordnung des *"nationalen Klassenkampfes unter den internationalen"*, sondern der Klassenkampf im eigenen Land ist Teil des internationalen Klassenkampfes und dessen wichtigste Unterstützung. Dabei gibt es verschiedene Etappen des Klassenkampfes im eigenen Land und in vom Imperialismus unterdrückten Ländern ist die Lösung der nationalen Frage die Voraussetzung für die soziale Revolution des Proletariats und der notwendige Beitrag zum internationalen Klassenkampf. In dieser Etappe richtet sich der Klassenkampf gegen den Feudalismus und das ausländische imperialistische Kapital. Keine Rede kann davon sein, daß er dem internationalen Klassenkampf untergeordnet würde, bloß weil er in der Etappe der nationalen Befreiung sich befindet. Diese selbständige Etappe kann es in Westdeutschland als einem imperialistischen Land nicht geben, solange es ein imperialistisches Land ist.

Der Rote Morgen und Ernst Aust haben mit ihren Theorien den Unsinn angerichtet, der bei der Gruppe Rote Fahne offen zutage tritt. Deshalb wird es für den Roten Morgen mit einer Kritik der Gruppe Rote Fahne nicht getan sein. Er wird zur Selbstkritik übergehen müssen. Dazu hat er aber genau sowenig Neigung wie die Gruppe Rote Fahne. Jedoch scheut sich der Rote Morgen vor den Konsequenzen seiner Theorien. Deshalb weicht er zurück vor den Früchten seiner Theorie und verwischt Spuren. Das bedeutet aber immerhin, daß er den Kampf für die Revolution nicht aufgeben will. Die Gruppe Rote Fahne dagegen tut das mit großer Begeisterung. Theoretisch ist der Unterschied zwischen beiden Organisationen gering anzuschlagen, praktisch ist er jedoch vorhanden.

–J.S.–

Polizei kam nach dem Kirchenaustritt

Hausdurchsuchungen bei K.H. Lechner

Norderstedt. Am Freitag, 30.5.75, führte der Kripochef von Norderstedt, Buchholz, begleitet von vier Polizisten in Zivil, eine Hausdurchsuchung in der Wohnung von K.H. Lechner durch.

Lechner soll Sozialmittel veruntreut haben. Das war die willkommene Skandalmeldung für Bild, Welt und Co. Nichts ist allerdings in diesen Zeitungen darüber zu lesen, daß der Betrugsverdacht sich auf die Verwaltung der Altenfreizeiten bezieht, die von Gemeindeangestellten eigenverantwortlich beantragt, gebucht und organisiert wurden. Da sie jedoch seiner Dienstaufsicht als Gemeindepfarrer unterlagen, bietet der Betrugsverdacht eine willkommene Möglichkeit, Lechners Kirchenaustritt einen "kriminellen Aspekt" zu geben. Denn offensichtlich ging es den politischen Stellen der Stadt Norderstedt und der Kriminalpolizei am Freitag mehr darum, die "KBW-Zentrale" bei Lechner zu sichten und Feindaufklärung zu betreiben, als fälschlich beantragte Sozialgelder wiederzufinden. Denn Grund zur Sorge haben die Herren.

Denn als Kripochef Buchholz vor einem Jahr einer faschistischen Schlägerbande Polizeischutz gab, obwohl er genau wußte, daß diese einen fortschrittlichen Türken erschlagen hatte, war es Lechner, der zusammen mit Norderstedter und türkischen Bürgern auf einem Tribunal diesen Kripochef zur Rechenschaft zog.

Auf einem anschließenden Fackelzug vor das Norderstedter Polizeigebäude wurde der Rücktritt von Buchholz gefordert. Die Veranstaltung zum Kirchenaustritt von Lechner vor zwei Wochen zeigte den politischen Stellen Norderstedts, wie gut die Bevölkerung die Argumente der Kommunisten aufnimmt, wenn sie bürgerliches und klerikales Gedankengut widerlegen.

Deshalb müssen diese Vertreter der bürgerlichen Klasse in Norderstedt alles daransetzen, einen Kommunisten wie Lechner moralisch anzugreifen, um ihn auf ihre Ebene zu ziehen, wo Korruption und Betrug das Übliche ist. Wer das verstanden hat, wird nicht darauf reinfallen.

–KBW-Gruppe Norderstedt, C.C.–